

- **Kräftiger Aufschwung verschärft Preisdruck und Lieferprobleme**
- **Privatversicherungswirtschaft bewies in der COVID-19-Krise Leistungsfähigkeit**
- **Die österreichische Land- und Forstwirtschaft im Kontext der Bioökonomie**
- **Fit for 55? Das neue Klima- und Energiepaket der EU**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonominen und -Ökonomen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autorinnen und Autoren repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Christoph Badelt

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: Hans Pitlik

Lektorat: Christoph Lorenz • **Technische Redaktion:**
Tamara Fellinger, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2021

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 270 € • Einzelheft (Printversion): 27,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



94. Jahrgang, Heft 9/2021

627-635 ■ **Kräftiger Aufschwung verschärft Preisdruck und Lieferprobleme**

Stefan Schiman

Der Aufschwung der Weltwirtschaft setzte so unerwartet früh und kräftig ein, dass die Produktion hinterherhinkt, Lagerbestände geräumt werden und Lieferengpässe entstehen. Dies führt zu beträchtlichen Preissteigerungen, die die Wucht des Aufschwungs zunehmend bremsen. In Österreich war das Wirtschaftswachstum im II. Quartal 2021 (+3,6% gegenüber dem Vorquartal) deutlich höher als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+2,2%), vor allem aufgrund der schwungvollen Dynamik im Gastgewerbe. Im Laufe des Sommers hat das BIP bereits das Vorkrisenniveau überschritten. Sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Langzeitbeschäftigungslosigkeit tendierten zuletzt abwärts.

Strong Upswing Exacerbates Price Pressure and Supply Problems

636 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

637-649 ■ **Privatversicherungswirtschaft bewies in der COVID-19-Krise Leistungsfähigkeit**

Thomas Url

Die österreichische Privatversicherungswirtschaft erreichte trotz widriger Umstände im COVID-19-Krisenjahr 2020 einen leichten Prämienzuwachs (+1,4%). Angesichts eines Anstiegs der Aufwendungen für Versicherungsfälle um 3,9% bewies sie auch in einem schwierigen Umfeld ihre Fähigkeit zur Schadenabwicklung. Das Versicherungsgeschäft verschob sich 2020 weiter von der Lebensversicherung zur Krankenversicherung sowie zur Schaden- und Unfallversicherung. Die Entwicklung am österreichischen Versicherungsmarkt entsprach damit in abgeschwächter Form der allgemeinen Dynamik im Europäischen Wirtschaftsraum. Die expansive Geldpolitik im Gefolge der staatlichen Hilfsprogramme zur Liquiditätssicherung in Unternehmen und zur Stützung der Haushaltseinkommen schlug sich 2020 merklich im Veranlagungsergebnis der Versicherer nieder.

Private Insurance Industry Proved Its Claims Management Capacity in the COVID-19 Crisis

651-664 ■ **Die österreichische Land- und Forstwirtschaft im Kontext der Bioökonomie**

Franz Sinabell

Die COVID-19-Krise beeinträchtigte die heimische Landwirtschaft 2020 kaum, wenn man von kurzfristigen Engpässen bei Saisonarbeitskräften absieht. Produktion und Einkommen konnten gegenüber 2019 leicht gesteigert werden. In der Forstwirtschaft waren die Rahmenbedingungen sehr ungünstig. Einerseits reduzierte das niedrige Preisniveau den Anreiz, Holz zu ernten. Andererseits entfiel ein Großteil der Erntemenge auf Schadholz, das auf Dürre und Borkenkäferbefall zurückzuführen war. Land- und Forstwirtschaft sind wichtige Elemente der Bioökonomie. Wie ein langfristiger Vergleich der Entwicklung der Wertschöpfung zeigt, nahm diese in den nachgelagerten Sektoren stärker zu als im Kernbereich, wodurch das Gewicht des Primärsektors sowohl in den Wertschöpfungsketten als auch in der Volkswirtschaft abnahm.

Agriculture and Forestry in Austria in the Context of the Bioeconomy

665-677 ■ **Fit for 55? Das neue Klima- und Energiepaket der EU**

Claudia Kettner-Marx, Gerald Feichtinger

Das "Fit for 55"-Paket der Europäischen Kommission umfasst 13 Vorschläge zur Überarbeitung bestehender und zur Einführung neuer klima- und energiepolitischer Regelwerke. Der Beitrag fasst zentrale Änderungen der Zielsetzungen für die Effort-Sharing-Sektoren, die Bereiche Energieeffizienz und erneuerbare Energien, sowie für die Bepreisung von Treibhausgasemissionen zusammen. Der kurzfristige Zeithorizont bis 2030 ist sowohl für die Finalisierung des Regelwerks als auch für die Zielerreichung herausfordernd. Die vorgeschlagenen Maßnahmen erfordern umfassende Investitionen sowie eine EU-weite Kooperationsbereitschaft und Koordination. Um negative Effekte auf vulnerable Gruppen abzufedern, sind verschiedene Kompensationsmaßnahmen geplant. Ob diese ausreichen, hängt von den konkreten Maßnahmen und deren Ausgestaltung ab.

Fit for 55? The EU's New Climate and Energy Package

679-691 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Economic Indicators

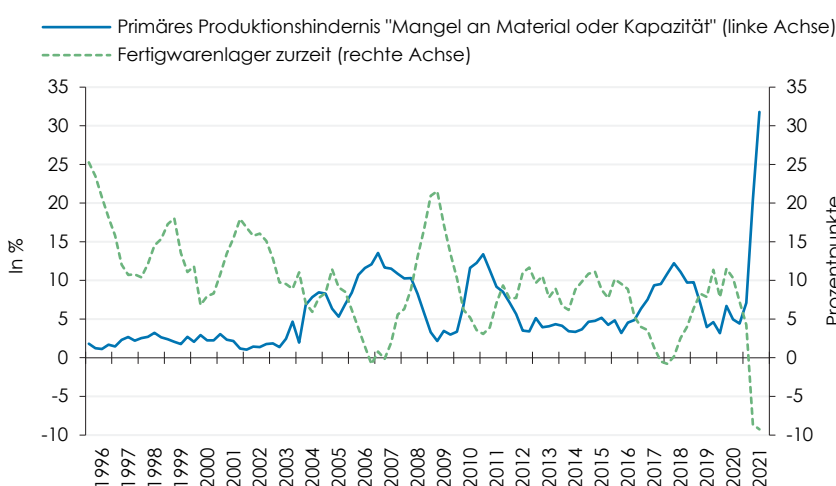
Kräftiger Aufschwung verschärft Preisdruck und Lieferprobleme

Stefan Schiman

- Der Aufschwung der Weltwirtschaft setzte so unerwartet früh und kräftig ein, dass die Produktion hinterherhinkt.
- Lagerbestände werden geräumt und bei vielen Materialien herrschen Lieferengpässe.
- Die beträchtlichen Preissteigerungen bei Rohstoffen und Vorprodukten schlagen auf die Verbraucherpreise durch und bremsen die Wucht des Aufschwungs.
- In Österreich lag das Wirtschaftswachstum im II. Quartal 2021 deutlich über dem Durchschnitt des Euro-Raumes, vor allem wegen starker Zuwächse im Gastgewerbe.
- Im Laufe des Sommers hat das BIP das Vorkrisenniveau überschritten.
- Sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Langzeitbeschäftigungslosigkeit tendierten zuletzt abwärts.
- Der Optimismus der Unternehmen nahm zuletzt ab, die krisengeschüttelten Branchen fürchten erneut Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit im Herbst.

Materialmangel und Fertigwarenlager in der österreichischen Industrie

Saisonbereinigt



"Als Folge der unerwartet frühen und kräftigen Konjunkturerholung kommt es zu starkem Lagerabbau und beträchtlichen Materialengpässen. Dies wirkt preistreibend und bremst die Wucht des Aufschwungs."

Der Anteil der Industriebetriebe, deren wichtigstes Produktionshindernis Material- oder Kapazitätsmangel ist, stieg im Sommer 2021 auf 31,8%. Der Anteil der Industriebetriebe, die ihr Fertigwarenlager als zu klein empfinden, übersteigt den Anteil der Unternehmen, die es als zu groß empfinden, um 9,3 Prozentpunkte (Q: WIFO-Konjunkturtest).

Kräftiger Aufschwung verschärft Preisdruck und Lieferprobleme

Stefan Schiman

Kräftiger Aufschwung verschärft Preisdruck und Lieferprobleme

Der Aufschwung der Weltwirtschaft setzte so unerwartet früh und kräftig ein, dass die Produktion hinterherhinkt, Lagerbestände geräumt werden und Lieferengpässe entstehen. Dies führt zu beträchtlichen Preissteigerungen, die die Wucht des Aufschwungs zunehmend bremsen. In Österreich war das Wirtschaftswachstum im II. Quartal 2021 (+3,6% gegenüber dem Vorquartal) deutlich höher als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+2,2%), vor allem aufgrund der schwingvollen Dynamik im Gastgewerbe. Im Laufe des Sommers hat das BIP bereits das Vorkrisenniveau überschritten. Sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Langzeitbeschäftigungslosigkeit tendierten zuletzt abwärts.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

• **Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 7. 9. 2021

Kontakt: Dr. Stefan Schiman, MSc (stefan.schiman@wifo.ac.at)

Lagerbestände werden weltweit zurzeit beträchtlich reduziert. Üblicherweise folgt einem Lagerabbau ein Konjunkturabschwung. Diesmal ist er jedoch Ausdruck des äußerst kräftigen Aufschwungs, der die Weltwirtschaft seit dem Frühjahr 2021 erfasst hat. Vor allem die Plötzlichkeit und die Stärke des Aufschwungs haben den markanten Lagerabbau zur Folge. Für die meisten Marktteilnehmer trat die Erholung unerwartet früh ein, da die Saisonalität des SARS-CoV-2-Virus unterschätzt wurde. Sie verlief bisher auch äußerst kräftig, da die Lockdowns die Kaufkraft der privaten Haushalte sowie die Produktionskapazitäten der Unternehmen nicht in dem Ausmaß reduziert hatten wie "herkömmliche" Konjunkturabschwünge und weil zudem großzügige wirtschaftspolitische Maßnahmen gesetzt worden waren.

Die sich nun ergebenden Lieferengpässe und Preissteigerungen sind erheblich. So gaben zuletzt rund 32% der heimischen Industriebetriebe Materialmangel als wichtigstes Produktionshindernis an, während der langjährige Durchschnitt 7,5% beträgt und selbst in normalen Aufschwüngen nie mehr als 15% unter akutem Materialmangel leiden. Gleichzeitig haben sich die Preise für Industrierohstoffe von April 2020 bis Mai 2021 auf

Strong Upswing Exacerbates Price Pressure and Supply Problems

The upturn in the global economy started so unexpectedly early and strongly that production is lagging behind, inventories are being cleared and supply bottlenecks are emerging. This is leading to considerable price increases, which are increasingly slowing the momentum of the upswing. In Austria, economic growth in the second quarter 2021 (+3.6 percent quarter-on-quarter) was significantly higher than the euro area average (+2.2 percent), mainly due to buoyant momentum in the hospitality sector. In the course of the summer, GDP already exceeded pre-crisis levels. Both unemployment and long-term unemployment have recently been trending downwards.

Dollarbasis mehr als verdoppelt, obwohl sie in den Krisenmonaten davor, von Jänner 2020 bis April 2020, um nur 14% gesunken waren. Diese Situation führt dazu, dass knapp die Hälfte der heimischen Industriebetriebe die Verkaufspreise demnächst anheben will, während dies im Durchschnitt der letzten 15 Jahre jeweils nur 7,2% planten. Die Lieferengpässe führen aber nicht nur zu Preissteigerungen, sondern auch zu Rationierung: So steigen in der Kfz-Branche trotz eines Nachfragebooms die Anmeldungen zur Kurzarbeit aufgrund des erheblichen Mangels an Halbleitern (Mikrochips).

Dementsprechend sind die meisten Unternehmen zwar grundsätzlich optimistisch in Bezug auf ihre aktuelle Geschäftslage, allerdings bremste sich die Zuversicht im Sommer etwas ein. Das zeigen die Unternehmensbefragungen für Österreich als auch für den übrigen Euro-Raum. In Österreich dämpfte sich die Stimmung insbesondere in den krisengeschüttelten Dienstleistungsbranchen, was darauf hindeutet, dass im Herbst wieder mit Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit gerechnet wird.

Derzeit herrscht aber noch ein äußerst kräftiger Aufschwung. Im II. Quartal 2021 (April bis

Juni) wuchs die Wirtschaftsleistung in Österreich um 3,6% gegenüber dem Vorquartal und damit im Ländervergleich (Euro-Raum +2,2%) besonders rasch. Dies ist vor allem den Wertschöpfungsgewinnen im Gastgewerbe zuzuschreiben, die mehr als die Hälfte des Quartalswachstums ausmachten. Im Juli 2021 wurde bereits das BIP-Niveau vor Ausbruch der COVID-19-Krise überschritten und Mitte August 2021 lag es bereits um 1,5% darüber.

Als Folge des Nachfragebooms und der Angebotsknappheiten stieg die Verbraucherpreis-inflation in Österreich laut Schnellschätzung von Statistik Austria zuletzt auf über 3%. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist im August 2021 auf 7,7% (318.700 Personen) gesunken und lag damit um nur mehr 0,6 Prozentpunkte (23.600 Personen) über dem Vorkrisenniveau vom Februar 2020. Die Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen betrug zuletzt 128.300 Personen, um 30.900 mehr als im Februar 2020, aber bereits um 20.100 weniger als im April 2021.

1. Starke weltweite Nachfrage lässt Lagerbestände schwinden und erzeugt Engpässe

Die Weltwirtschaft befindet sich derzeit in einer kräftigen Aufschwungphase. Zugleich schrumpften die Lagerbestände vielerorts – auch in Österreich¹⁾ – auf ein Minimum. Dies ist insofern bemerkenswert, als die Lagerbildung üblicherweise positiv und mit einem gewissen Vorlauf mit der Konjunktur korreliert ist: Einem Aufschwung gehen meist Lageraufstockungen voran, während ein Abbau der Lagerbestände ein Anzeichen für einen drohenden Abschwung ist. Derzeit droht jedoch trotz der weltweit niedrigen Lagerbestände nicht unmittelbar eine Rezession.

Die Anomalie hinsichtlich der Lagerbestände ist vielmehr auf die Wucht des wirtschaftlichen Aufschwungs zurückzuführen. Sie führt zu einer Verknappung bei Rohstoffen und Vorprodukten und lässt bestehende Lagerbestände schwinden. Üblicherweise gehen Konjunkturaufschwünge schrittweise vonstatten, da Kaufkraft und Produktionskapazitäten erst im Lauf der Zeit zunehmen. In dem von den gesundheitspolitischen Restriktionen aufgrund der COVID-19-Pandemie verursachten Wirtschaftseinbruch sanken die Kaufkraft und die Kapazitäten aber nicht in dem Ausmaß wie in "herkömmlichen" Konjunkturabschwüngen, u. a. aufgrund der großzügigen geld- und fiskalpolitischen Stützungsmaßnahmen. Diese Ausgangslage erklärt die Stärke des derzeit beobachtbaren Aufschwungs.

Nicht nur die hohe Dynamik, sondern auch der Zeitpunkt dieses Aufschwungs kam für viele Marktteilnehmer überraschend, u. a., weil die Saisonalität des Infektionsgeschehens und damit die Geschwindigkeit unter-

schätzt wurde, mit der es bereits im Frühling gelang, die Verbreitung des SARS-CoV-2-Virus einzudämmen²⁾. Daher mangeln den Unternehmen vielerorts Rohstoffe und Vorprodukte, was zu markanten Preissteigerungen führt. Der Rohstoffpreisindex des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitutes (HWWI) liegt auf Dollarbasis seit März 2021 im Durchschnitt um über 90% über dem Vorjahreswert. Der Harpex-Index für Schifffahrtskosten notierte im August 2021 fast doppelt so hoch wie zu seinem bisherigen Höchststand 2005, als der Welthandel geboomt hatte.

Vor allem die Preise für Industrierohstoffe befinden sich derzeit auf sehr hohem Niveau, zumal sie – anders als jene für Energie – während der Lockdowns nur relativ schwach zurückgingen: Auf dem Höhepunkt der weltweiten Krise im produzierenden Bereich von Jänner bis April 2020 sanken sie auf Dollarbasis um rund 14%. Von April 2020 bis Mai 2021 stiegen die Preise für Industrierohstoffe hingegen um insgesamt 112%. Seit Juni 2021 gaben sie wieder leicht nach. Im August 2021 erfolgte ein sprunghafter Rückgang um 11% gegenüber dem Vormonat, ein Indiz für die Abschwächung der Industriekonjunktur. Dennoch waren Industrierohstoffe im August 2021 noch um mehr als die Hälfte teurer als vor der Krise im Jänner 2020. Die Energiepreise stiegen durchgehend von April 2020 bis Juli 2021 an und stagnierten im August 2021. Damit kostete Energie zuletzt noch um ein Drittel mehr als im Jänner 2020, aber etwa gleich viel wie auf dem Höhepunkt der Industriekonjunktur im Oktober 2018 und weniger als vor der Schieferölvrevolution 2014.

Die Plötzlichkeit und Wucht des aktuellen Aufschwungs durchbruch den Gleichlauf von Lagerbildung und Konjunktur.

Die Preise für Industrierohstoffe gaben im August 2021 deutlich nach, lagen aber noch um die Hälfte über dem Vorkrisenniveau.

¹⁾ Laut WIFO-Konjunkturtest war der Anteil der heimischen Unternehmen, die ihr Fertigwarenlager als zu klein empfinden, seit Erhebungsbeginn 1996 noch nie so hoch wie in den letzten Monaten.

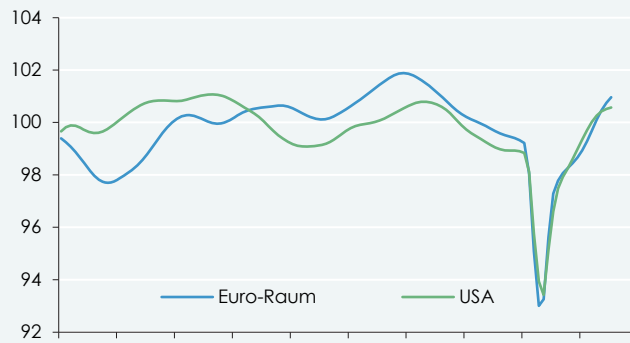
²⁾ Für Österreich siehe Ledebur, K., Kaleta, M., Chen, J., Lindner, S., Matzhold, C., Weidle, F., Wittmann, C.,

Habimana, K., Kerschbaumer, L., Stumpf, S., Heiler, G., Bicher, M., Popper, N., Bachner, F., & Klimek, P. (2021). *Meteorological factors and non-pharmaceutical interventions explain local differences in the spread of SARS-CoV-2 in Austria*. arXiv.

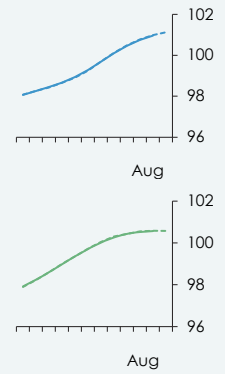
Abbildung 1: **Internationale Konjunktur**

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

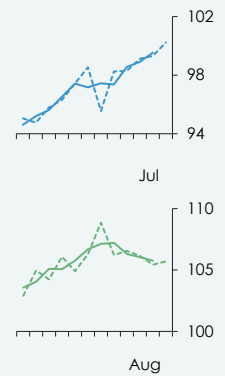
Leading indicators – Amplitude



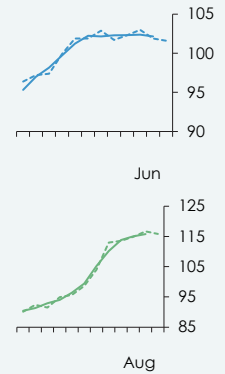
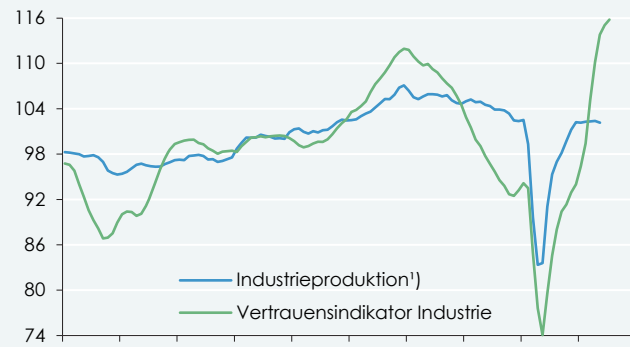
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



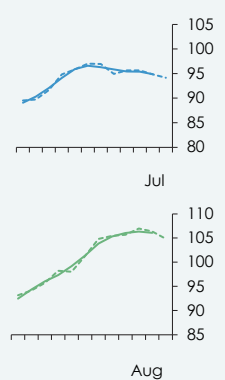
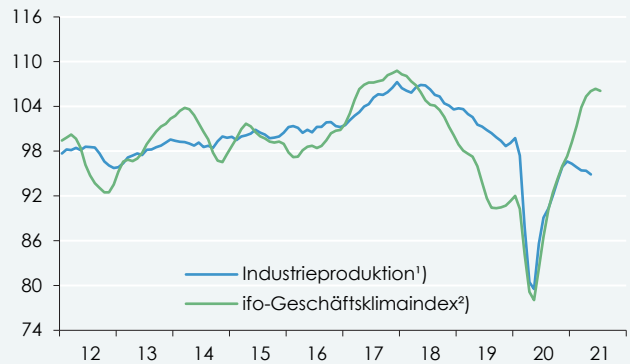
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD. – ¹⁾ Produzierender Bereich. – ²⁾ Verarbeitendes Gewerbe.

Die Knappheit an Rohstoffen und Vorprodukten in vielen Segmenten der Wirtschaft hat neben der Plötzlichkeit und Stärke des Aufschwungs noch weitere Gründe³⁾. Erstens die COVID-19-Pandemie selbst: In vielen Teilen der Welt – klimabedingt vor allem auf der Südhalbkugel – grassiert sie derzeit stärker; dies hemmt die dortige Produktion. So liegen etwa in lateinamerikanischen Minen aufgrund der starken Verbreitung des Virus noch viele Kapazitäten brach. In China werden aufgrund erneuter Ausbrüche immer wieder große Häfen geschlossen, die wichtige Verteilerzentren für den Welthandel darstellen.

Zweitens benötigt das Hochfahren der Produktion Zeit. So kommt es bei der Stahlerzeugung zu Verzögerungen, da die vollständige Inbetriebnahme von Hochöfen mehrere Monate dauern kann. Noch zeitintensiver ist die Ausweitung von Produktionskapazitäten in der Halbleiterindustrie. Die Nachfrage nach Halbleitern war aufgrund der zunehmenden Digitalisierung bereits vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie hoch gewesen und bekam durch die Verbreitung von Kryptowährungen und den damit zusammenhängenden Gebrauch von Grafikkarten einen zusätzlichen Schub. Während der Lockdowns nahm der Bedarf an Computern und anderen elektronischen Geräten aufgrund von Home-Office und Distance Learning zu.

Dies trieb die Nachfrage nach Halbleitern weiter an, sodass die vorhandenen Produktionskapazitäten nicht mehr ausreichen, um den konjunkturbedingten Nachfrageanstieg zu bedienen. Die Verknappung bei Mikrochips traf insbesondere die Kfz-Herstellung derart akut, dass manche Betriebe wieder auf Kurzarbeit umgestiegen sind. Die USA verzeichnen im Kfz-Bereich den niedrigsten Lagerbestand seit Erhebungsbeginn in den 1960er-Jahren.

Drittens bremst die krisenbedingte Beschleunigung des Strukturwandels die Erholung. Reeder ließen inmitten der Krise Frachtschiffe verschrotten und stellten Bestellungen neuer Schiffe zurück, die jetzt dringend benötigt würden. Auch Sägewerke wurden während der Lockdowns stillgelegt – Kapazitäten, die angesichts des hohen Bedarfs an verarbeitetem Holz nun von Nutzen wären. In der Holzindustrie wirkt zudem die protektionistische Wirtschaftspolitik der Trump-Administration nach: Nach der Einführung von Zöllen auf Holzimporte aus Kanada wichen Unternehmen in den USA auf europäische Zulieferer aus und verschärften damit die Engpässe in Europa. Im Bereich der Kunststoffherzeugung wirkt sich die Drosselung der Herstellung von Kerosin, einem wichtigen Kuppelprodukt, in Engpässen aus. Diese ist ihrerseits eine Folge des geringen Flugaufkommens.

In vielen Teilen der Welt hemmt die COVID-19-Pandemie nach wie vor die Produktion.

Die Anpassung und Ausweitung der Produktion nimmt in manchen Branchen mehrere Monate in Anspruch.

Die Stilllegung von Produktionskapazitäten während der Lockdowns verzögert nun den Aufschwung.

2. Stimmung der Unternehmen im Euro-Raum stagnierte zuletzt

In der EU wuchs die Wirtschaft im II. Quartal um 2,1%, im Euro-Raum um 2,2%. Besonders kräftig war das Wirtschaftswachstum im II. Quartal in Italien (+2,7%) und Spanien (+2,8%). In Frankreich betrug der Zuwachs 1,1%, in Deutschland 1,6%. Laut ifo hat sich die Geschäftslage in Deutschland im Sommer weiter verbessert, während sich die Geschäftserwartungen eintrübten, insbesondere im Dienstleistungsbereich.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch im IHS-Markit-Einkaufsmanagerindex für den Euro-Raum: Nach einem kräftigen Anstieg im II. Quartal nahm er im Juli nur mehr leicht zu und im August etwas ab. Im Dienstleistungsbereich erreichte die Stimmung einen Platfond und in der Industrie trübt sie sich bereits seit Juni etwas ein. Der Economic Sentiment Indicator (ESI) der Europäischen Union

notiert zwar ebenfalls weiterhin auf sehr hohem Niveau, deutete zuletzt jedoch auf eine leichte Eintrübung der Stimmung in der Sachgütererzeugung, im Dienstleistungssektor sowie unter den Konsumentinnen und Konsumenten. Zugleich stabilisierte sich der Indikator in den Bereichen Einzelhandel und Bauwesen.

Die Arbeitslosigkeit ist im Euro-Raum weiter rückläufig, die Arbeitslosenquote sank im Juli um weitere 0,2 Prozentpunkte auf 7,6%. Die Zahl der Arbeitslosen nahm in allen Ländern des Euro-Raumes ab. Der Preisaufrieb, der sich seit März 2021 beschleunigte, betrug im August nach vorläufiger Schätzung 3,0%. Gleichzeitig blieb die Kerninflationsrate bis Juli unter 1% und dürfte im August auf 1,6% gesprungen sein.

3. Österreich: Kräftiges Wachstum im II. Quartal 2021 vom Gastgewerbe getragen

Laut vierteljährlicher Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung von Anfang September wuchs das reale BIP im II. Quartal 2021 um 3,6% gegenüber dem Vorquartal, während die Veränderungsrate des Vorquartals

von -1,1% auf -0,2% revidiert wurde. Auf Basis dieser Revision expandierte das reale BIP im 1. Halbjahr 2021 (II. Quartal 2021 gegenüber IV. Quartal 2020) um 3,4%. Die WIFO-

³⁾ Zu den folgenden Ausführungen vgl. Scheuerle, A. (2021). Lieferengpässe – Ursachen und Folgen. *Makro Research. Volkswirtschaft Spezial*, 9/2021. DekaBank.

Schnellschätzung von Ende Juli war von +3,1% ausgegangen.

Besonders kräftige Wertschöpfungszuwächse verzeichneten die von den vorangegangenen Lockdowns am stärksten betroffenen Bereiche Beherbergung und Gastronomie (+231%, Wachstumsbeitrag: 1,9 Prozentpunkte), Verkehr (+19% bzw. 0,8 Prozentpunkte) und Handel (+4,9% bzw. 0,5 Prozentpunkte). Die Herstellung von Waren, die auch über den Winter 2020/21 gewachsen war, stagnierte hingegen. Verwendungsseitig zeigt sich die Reduktion der Lagerbestände: Während die Bruttoinvestitionen im Vergleich zum Vorquartal um 6,4% sanken, legten die Bruttoanlageinvestitionen um 1,8% zu. Getragen wurde das Wachstum von der Konsumnachfrage (+3,1%) sowie dem Export von Dienstleistungen (+36,7%).

Am aktuellen Rand verliert die Konjunktur etwas an Schwung.

Die erste Hälfte der Sommersaison 2021 war im Tourismus zwar besser als im Vorjahr, aber schlechter als 2019.

In der heimischen Industrie ist die Kapazitätsauslastung seit dem Frühjahr überdurchschnittlich.

Der Mangel an Arbeitskräften wird wieder zum akuten Produktionshindernis.

Der Anteil der Unternehmen, die Materialengpässe meldeten, nahm seit dem Frühjahr 2021 besonders stark zu. Ein Mangel an Nachfrage herrscht hingegen kaum.

Die wöchentliche wirtschaftliche Aktivität gemäß WWI verbesserte sich in den Kalenderwochen 32 und 33 (9. bis 22. August 2021) weiter. Nach vorläufiger Berechnung lag das BIP um 1,5% bzw. 1,3% über dem Vorkrisenniveau, einer Durchschnittswoche im Jahr 2019 als fixe Referenzperiode. Im Vergleich zur entsprechenden Kalenderwoche 2020 war das BIP um 5,5% bzw. 5,1% höher. Die Bestimmungsfaktoren des WWI zeichnen zwar weiterhin ein günstiges Bild, die Dynamik der Expansion schwächte sich aber ab, insbesondere in der Güterproduktion. Der Bereich Gastronomie und Beherbergung stagnierte gegenüber den Vorwochen, während die Bauwirtschaft wieder etwas an Schwung gewann.

Nach dem Lockdown-bedingten Einbruch des Tourismus im Winter 2020/21 erholte sich die touristische Nachfrage mit der Aufhebung der behördlichen Betretungsverbote Mitte Mai 2021 rascher als im Vorjahr, u. a. da die Reisefreiheit innerhalb Europas früher wiederhergestellt war. Von Mai bis Juli 2021 wurden in Österreich um ein Fünftel mehr Nächtigungen verzeichnet als im Vergleichszeitraum 2020, aber um ein Drittel weniger als 2019. Der Anteil ausländischer Gäste nahm von 28,6% in der Wintersaison 2020/21 auf 58,6% in der ersten Hälfte der Sommersaison 2021 zu und lag damit noch um 12 Prozentpunkte unter dem Anteil in der Sommersaison 2019.

3.1 Krisengeschüttelte Branchen fürchten erneute Verschärfungen

Die Stimmung der österreichischen Unternehmen war im August anhaltend optimistisch, die Einschätzung der aktuellen Konjunkturlage änderte sich gegenüber dem Vormonat kaum. In der Industrie stieg die Kapazitätsauslastung im Sommer auf knapp 86% an, nachdem sie bereits im Frühjahr 85% betragen hatte und damit über den lang-

jährigen Durchschnitt von 82% geklettert war.

Die Geschäftserwartungen für die kommenden Monate trübten sich zuletzt jedoch etwas ein, insbesondere im Dienstleistungssektor und hier vor allem in den krisengeschüttelten Bereichen Beherbergung und Gastronomie und Verkehr. In der Sachgütererzeugung verschlechterte sich die Stimmung unter den Herstellern kurzlebiger Konsumgüter. Hersteller von Investitionsgütern, Bauunternehmen und freiberufliche Personen im Dienstleistungsbereich blieben dagegen gleich optimistisch. Diese sektoralen Unterschiede deuten darauf hin, dass die beobachtete Stimmungseintrübung vor allem der Furcht vor erneuten, COVID-19-bezogenen Geschäftseinschränkungen im Herbst geschuldet ist.

Laut WIFO-Konjunkturtest war der Anteil der Unternehmen, deren Produktionstätigkeit durch keinerlei Hemmnisse beeinträchtigt wird, im Sommer 2021 deutlich rückläufig: In der Industrie sank er auf 36% (Durchschnitt der letzten 15 Jahre 62%), in der Bauwirtschaft auf 20% (Durchschnitt 49%) und im Dienstleistungsbereich auf 39% (Durchschnitt 53%).

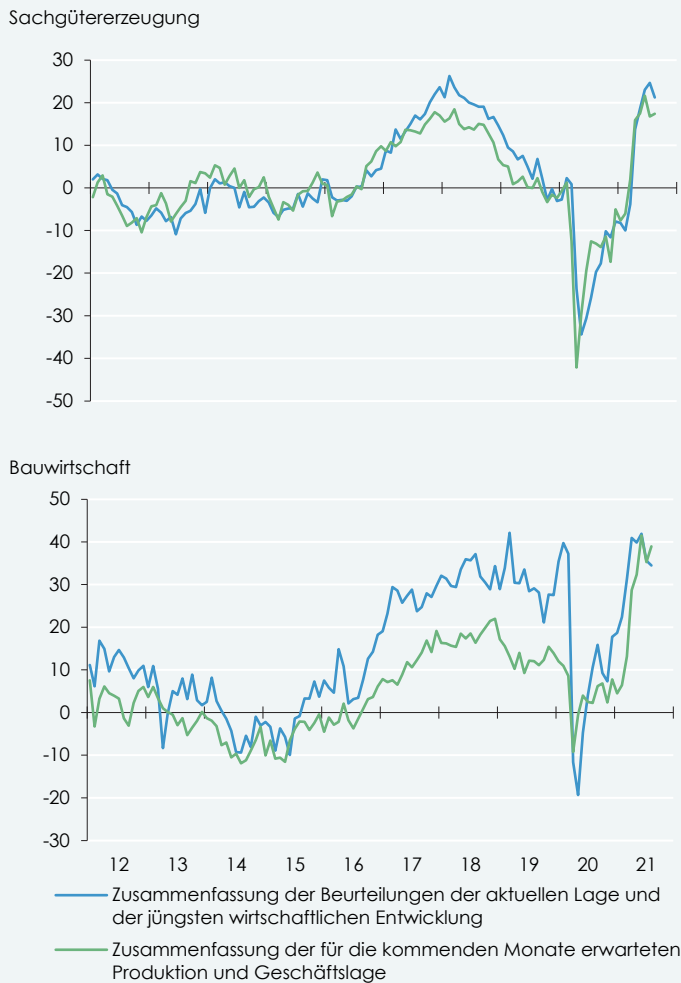
Für 21% der Warenhersteller, 34% der Unternehmen in der Bauwirtschaft und 25% der Dienstleister war der Mangel an Arbeitskräften das wichtigste Produktionshindernis. Damit wurden wieder Werte wie im Konjunkturaufschwung vor der COVID-19-Krise erreicht (Industrie: 21% im Sommer 2018, Bauwirtschaft: 45% im Oktober 2018, Dienstleistungen: 27% im Winter 2019/20).

Während demnach der Mangel an Arbeitskräften wieder akut wurde, stieg der Anteil der Unternehmen, die Materialengpässe als wichtigstes Produktionshindernis benannten, zuletzt rasant an: In der Industrie und in der Bauwirtschaft wurden zuletzt Anteile von rund 30% erreicht, wobei sie im Durchschnitt der vergangenen 15 Jahre lediglich 7,5% bzw. 2% betragen hatten. Selbst in den letzten drei Konjunkturaufschwüngen waren die entsprechenden Werte nicht über 15% gestiegen.

Umgekehrt herrscht in der Industrie und in der Bauwirtschaft kaum Mangel an Nachfrage, nur 10% bzw. 6% nannten ihn als wichtigstes Produktionshindernis (15-jähriger Durchschnitt 17% bzw. 19%). Auch im Bereich der Dienstleistungen lag der Anteil mit 19% noch unter dem langjährigen Durchschnitt von 22%. Darüber hinaus gaben zuletzt nur einige wenige der befragten Unternehmen an, vorrangig unter Finanzierungsproblemen zu leiden. In der Industrie wurden sie von keinem einzigen Unternehmen gemeldet.

Abbildung 2: **Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests**

Indizes der aktuellen Lagebeurteilung und der unternehmerischen Erwartungen, saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über 0 zeigen insgesamt positive, Werte unter 0 negative Erwartungen an.

3.2 Verteuerung von Rohstoffen treibt die Verbraucherpreise

Der Anstieg der Verbraucherpreise betrug im Juli 2,9%. Hauptsächlicher Preistreiber war abermals der Bereich Verkehr (+8,1%) und hierin insbesondere die Treibstoffpreise, die mehr als ein Fünftel höher waren als im Vorjahr. Im Bereich Wohnen verteuerten sich Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe (+7,1%) empfindlich, was die Kaufkraft – aufgrund der Saisonalität der Nachfrage – derzeit jedoch weniger stark belastet. Die relativ hohe Inflation hängt also vor allem mit dem starken Anstieg der Rohstoffpreise zusammen. Insgesamt trug die Verteuerung von Energie mehr als 1 Prozentpunkt zur Gesamtinflation bei.

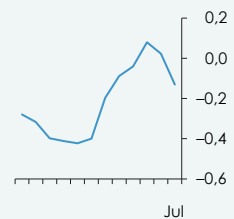
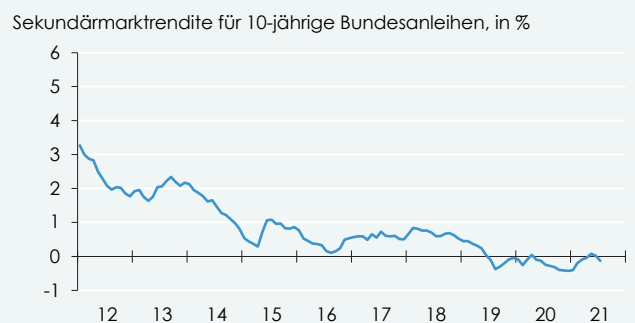
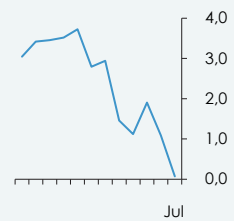
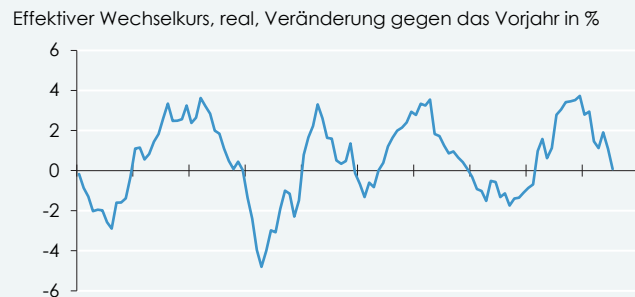
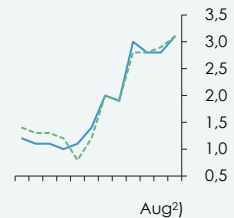
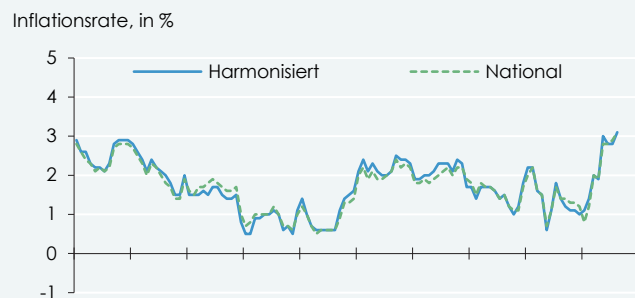
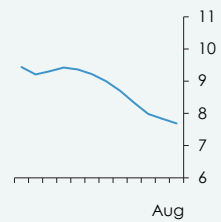
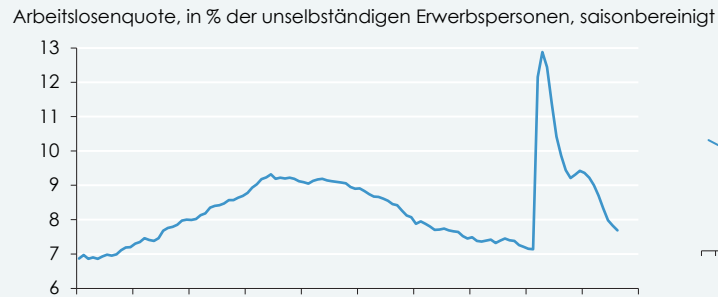
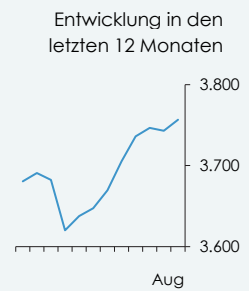
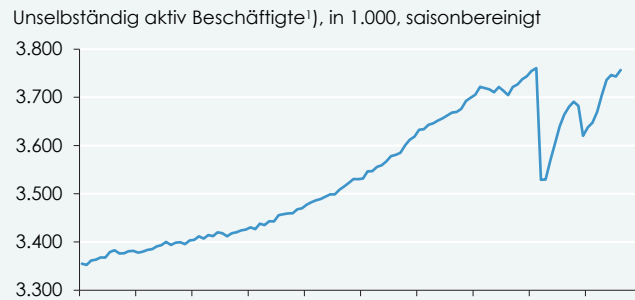
Die Knappheit an Baumaterial schlägt sich in einer Verteuerung von Material zur Instand-

haltung und Reparatur von Wohnungen nieder (+4,7%). Zudem zogen die Preise für Restaurants und Hotels erneut kräftig an (+3,3%). Die gezahlten Wohnungsmieten – eine weitere traditionelle Inflationsquelle in Österreich – stiegen im Juli hingegen weniger stark (+1,3%).

Nach vorläufiger Schätzung beschleunigte sich die Inflation im August auf 3,1%. Laut WIFO-Konjunkturtest nahm der Anteil der Unternehmen, die ihre Verkaufspreise in den nächsten drei Monaten erhöhen wollen, seit dem Frühjahr 2021 deutlich zu. In der Bauwirtschaft betrug er zeitweise zwei Drittel, in der Industrie stieg er auf knapp die Hälfte und im Dienstleistungssektor auf über ein Fünftel – die langjährigen Durchschnittswerte liegen bei lediglich 7% bis 10%. Demnach ist auch in den kommenden Monaten mit erheblichen Preissteigerungen zu rechnen.

Auch in den kommenden Monaten ist mit erheblichen Preissteigerungen zu rechnen.

Abbildung 3: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²⁾ Gemäß Schnell-schätzung von Statistik Austria.

3.3 Starke Arbeitskräftenachfrage drückt Arbeitslosigkeit fast auf Vorkrisenniveau

Die saisonbereinigte Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten erreichte im Juni 2021 bereits wieder das Niveau von Dezember 2019 und ist seither leicht auf das Niveau von November 2019 zurückgegangen. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen tendiert seit Ende 2020 abwärts, und war mit 318.700 im August um nur mehr 23.600 bzw. 8,0% vom Vorkrisenwert im Februar 2020 entfernt; im November 2020 lag sie noch um 30,6% darüber. Die saisonbereinigte Zahl der Schulungsteilnehmerinnen und Schulungsteilnehmer war in den letzten Monaten tendenziell höher als vor der Krise, sodass die erweiterte Arbeitslosigkeit (Arbeitslose einschließlich

Personen in Schulungen) im August 2021 noch um 10,1% höher war als im Februar 2020.

Die saisonbereinigte Zahl an offenen Stellen stieg im August 2021 auf einen neuen Höchstwert von 104.300. Der Stellenandrang, also die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen je offene Stelle, ist damit auf 3,1 gesunken. Er notiert bereits seit Juni 2021 unter dem Vorkrisenwert von 3,7 im Februar 2020. Von der intensiven Suche nach Arbeitskräften profitieren auch langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose. Ihre Zahl liegt zwar noch um 30.900 bzw. 31,8% über dem Wert von Februar 2020, sie ist aber seit April 2021 bereits um 20.100 gesunken.

Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit sank im bisherigen Jahresverlauf.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preis-

stabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2015) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivil-diener. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

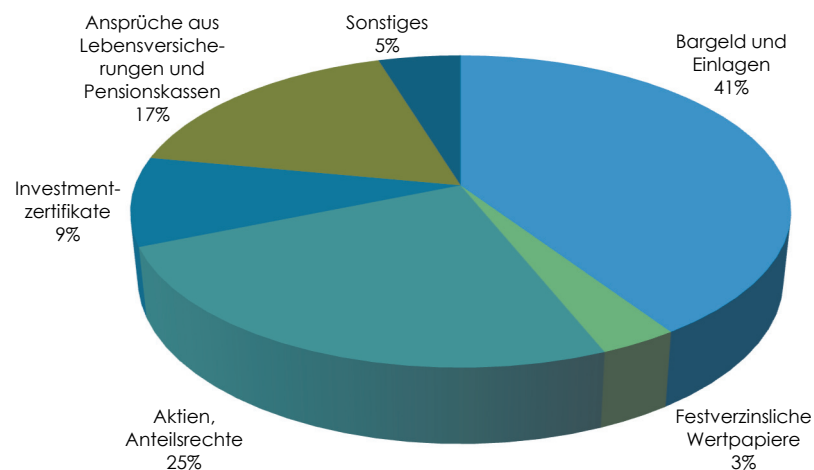
Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Privatversicherungswirtschaft bewies in der COVID-19-Krise Leistungsfähigkeit

Thomas Url

- Das Jahr 2020 war deutlich von den Folgen der COVID-19-Pandemie geprägt.
- Im Euro-Raum erlitt die Lebensversicherung Einbußen, während die Nicht-Lebensversicherung Umsatzsteigerungen verzeichnete.
- In Österreich standen die Tarifsteigerungen für Versicherungsprodukte im Einklang mit der Verbraucherpreisentwicklung.
- In der Lebensversicherung hielt die Verlagerung des Geschäftes zu fonds- und indexgebundenen Produkten weiter an.
- Private Krankenzusatzversicherungen profitierten 2020 von COVID-19-Maßnahmen und verstärktem Gesundheitsbewusstsein.
- Die heimische Versicherungswirtschaft bewahrte auch in der COVID-19-Krise ihre Fähigkeit zur Schadenabwicklung.
- Niedrige Renditen auf dem Kapitalmarkt belasteten 2020 das Veranlagungsergebnis.

Verteilung des privaten Geldvermögens 2020



"Die Auszahlungen von Lebensversicherungen nahmen 2020 stark zu. Prämieinnahmen und Veranlagungserträge konnten diesen Zuwachs nicht kompensieren. Deshalb ging der Anteil von Ansprüchen aus Lebensversicherungen am Geldvermögen der privaten Haushalte zurück."

Die COVID-19-Krise ging mit einer unerwünscht hohen Ersparnisbildung der privaten Haushalte einher. Sie setzten dabei vorwiegend auf liquide Anlageformen. Ihr Geldvermögen wuchs 2020 um 29,5 Mrd. €, wovon 20,4 Mrd. € in täglich fälligen Einlagen landeten und weitere 2,4 Mrd. € in Form zusätzlichen Bargeldes gehalten wurden. Sinkende Prämieinnahmen und hohe Auszahlungen führten in diesem Umfeld zu einem Rückgang des Anteils der Lebensversicherungen am Geldvermögen (Q: OeNB. Gesamtes Geldvermögen: 763,1 Mrd. €).

Privatversicherungswirtschaft bewies in der COVID-19-Krise Leistungsfähigkeit

Thomas Url

Privatversicherungswirtschaft bewies in der COVID-19-Krise Leistungsfähigkeit

Die österreichische Privatversicherungswirtschaft erreichte trotz widriger Umstände im COVID-19-Krisenjahr 2020 einen leichten Prämienzuwachs (+1,4%). Angesichts eines Anstiegs der Aufwendungen für Versicherungsfälle um 3,9% bewies sie auch in einem schwierigen Umfeld ihre Fähigkeit zur Schadenabwicklung. Das Versicherungsgeschäft verschob sich 2020 weiter von der Lebensversicherung zur Krankenversicherung sowie zur Schaden- und Unfallversicherung. Die Entwicklung am österreichischen Versicherungsmarkt entsprach damit in abgeschwächter Form der allgemeinen Dynamik im Europäischen Wirtschaftsraum. Die expansive Geldpolitik im Gefolge der staatlichen Hilfsprogramme zur Liquiditätssicherung in Unternehmen und zur Stützung der Haushaltseinkommen schlug sich 2020 merklich im Veranlagungsergebnis der Versicherer nieder.

JEL-Codes: G22, E21, G18 • **Keywords:** Privatversicherung, COVID-19, Regulierung, Geldvermögensbildung

Begutachtung: Christine Mayrhuber • **Wissenschaftliche Assistenz:** Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 8. 9. 2021

Kontakt: Dr. Thomas Url (thomas.url@wifo.ac.at)

Private Insurance Industry Proved Its Claims Management Capacity in the COVID-19 Crisis

Despite adverse circumstances due to the COVID-19 pandemic, the Austrian private insurance industry achieved slight premium growth (+1.4 percent) in 2020 and demonstrated its claims handling capacity under difficult conditions with a 3.9 percent increase in expenses for insurance claims. The insurance business continued to shift from life insurance towards health and property-casualty insurance in 2020. The Austrian insurance market thus followed the general dynamics in the European Economic Area but at a slower pace. The expansionary monetary policy in the wake of government aid programs to secure liquidity in companies and support household incomes had a strong impact on insurers' investment results.

Die heimische Privatversicherungswirtschaft überstand den wirtschaftlichen Einbruch des Jahres 2020 vergleichsweise unbeschadet: Das Prämienvolumen legte brutto um 1,4% zu. Gleichzeitig zeigte sich die kontinuierliche Leistungsfähigkeit der Branche in einer Ausnahmesituation: Die Aufwendungen für Versicherungsfälle stiegen um 3,9%. Innerhalb der drei großen Versicherungsbereiche setzte sich die Verschiebung des Prämienaufkommens zulasten der Lebensversicherung fort (Übersicht 1). Die Prämieein-

nahmen in diesem Bereich lagen 2020 um 1,4% unter dem Vorjahresniveau, während die Schaden- und Unfallversicherung ein Umsatzwachstum von 2,3% verzeichnete. Die Krankenzusatzversicherung profitierte von der verstärkten Auseinandersetzung der privaten Haushalte mit dem Thema Gesundheit (+4%). Aufgrund des Anstiegs der Prämieinnahmen erholte sich die Versicherungsdurchdringung 2020 deutlich (Übersicht 1).

1. Die Privatversicherungswirtschaft im internationalen Vergleich

Die Entwicklung der Bruttoprämieinnahmen auf dem heimischen Markt entsprach ungefähr jener im Euro-Raum. Der Rückgang im Bereich der Lebensversicherung war dort jedoch wesentlich kräftiger als in Österreich: Inflationsbereinigt brach 2020 das Prämienaufkommen der Lebensversicherung im Euro-Raum um 10,4% ein (Österreich -2,8%), während es in der Nicht-Lebensversicherung um 1% wuchs (Österreich +1,4%).

In den Mitgliedsländern des Europäischen Wirtschaftsraumes entwickelte sich das Versicherungsgeschäft 2020 sehr unterschiedlich. Laut EIOPA¹⁾ legte die Lebensversicherung in Schweden (+19,5%) und Estland (+9,1%) stark zu, während ihre Prämieinnahmen in Portugal (-37%) und Finnland (-32,9%) um etwa ein Drittel schrumpften. In der Nicht-Lebensversicherung wiesen Randmärkte wie Malta (20,3%) und Irland (+17,6%) die

¹⁾ Die nachstehend ausgewiesenen Werte beruhen auf der Entwicklung der nominellen Prämieinnahmen

(umgerechnet in Euro), wie sie die EIOPA in der Versicherungsstatistik veröffentlicht.

stärkste positive Dynamik auf; Island (-15%) und Estland (-14,3%) verzeichneten hingegen die tiefsten Einbrüche. Der für österreichische Versicherungsunternehmen wichtige osteuropäische Markt entwickelte sich ebenfalls uneinheitlich. Im Vereinigten Königreich ging das Prämienvolumen der Lebensversicherung im letzten Jahr vor dem

Ausscheiden aus dem europäischen Binnenmarkt deutlich zurück (-17,7%); in der Nicht-Lebensversicherung verstärkte sich die bereits 2019 beobachtbare Abwärtsbewegung weiter (von -4,4% auf -7,5% 2020), wobei die Abwertung des britischen Pfund gegenüber dem Euro um 1,4% (2020) für einen Teil dieser Entwicklung verantwortlich ist.

Übersicht 1: Abgegrenzte Bruttoprämien

	Alle Sparten Mio. €	Lebens- versicherung In % des gesamten Prämienvolumens	Kranken- versicherung In % des gesamten Prämienvolumens	Schaden- und Unfallversicherung In % des gesamten Prämienvolumens	Versicherungsdurchdringung ¹⁾ In % des BIP
2016	18.624	32,6	11,1	56,4	4,8
2017	18.115	31,9	11,8	56,3	4,6
2018	18.504	30,0	12,0	57,9	4,5
2019	18.804	28,9	12,4	58,7	4,5
2020	19.076	28,1	12,8	59,2	4,8

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, Statistik Austria. – ¹⁾ Auf Basis verrechneter direkter inländischer Prämien.

Schätzungen von Swiss Re (2021) zufolge lag das weltweite Prämienvolumen im Jahr 2020 um 1,3% unter dem Vorjahreswert (real, auf Dollarbasis). Damit trat der im März 2020 prognostizierte Rückgang um 3% nicht vollständig ein (Swiss Re, 2020). Für die Jahre 2021 und 2022 schätzt Swiss Re die Aussichten für die Versicherungswirtschaft sehr positiv ein, da der Aufholeffekt nach dem BIP-Einbruch im Jahr 2020 gemeinsam mit umfassenden geld- und fiskalpolitischen Impulsen in Europa und den USA das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöhen wird (Swiss Re, 2021). Zusätzlich zeigte die COVID-19-Krise vielen privaten Haushalten ihre Unterversicherung in den Bereichen Gesundheit und Sterblichkeit auf, ebenso wie die potentiellen Folgen einer Pandemie für das Haushaltseinkommen. Diese Steigerung des Risikobewusstseins wird sich in den Folgejahren der Krise ebenfalls belebend auf die Nachfrage nach Versicherungsleistungen auswirken (Swiss Re, 2021). Betriebliche Versicherungen dürften vom Sichtbarwerden der Verwundbarkeit von Lieferketten profitieren. Auch durch den Anstieg der Cyber-Kriminalität und die zunehmende Öffnung der IT-Systeme im Zuge von Home-Office und Kundenportalen dürfte der Bedarf an betrieblichen Versicherungen steigen. Auf der Angebotsseite wird die schon im Jahr 2020 beobachtete leichtere Durchsetzbarkeit von Tarifierhöhungen bestehen bleiben. Die verstärkte Nutzung des Internets durch private Haushalte dürfte sich ebenso positiv auf die Prämieinnahmen auswirken (Swiss Re, 2021).

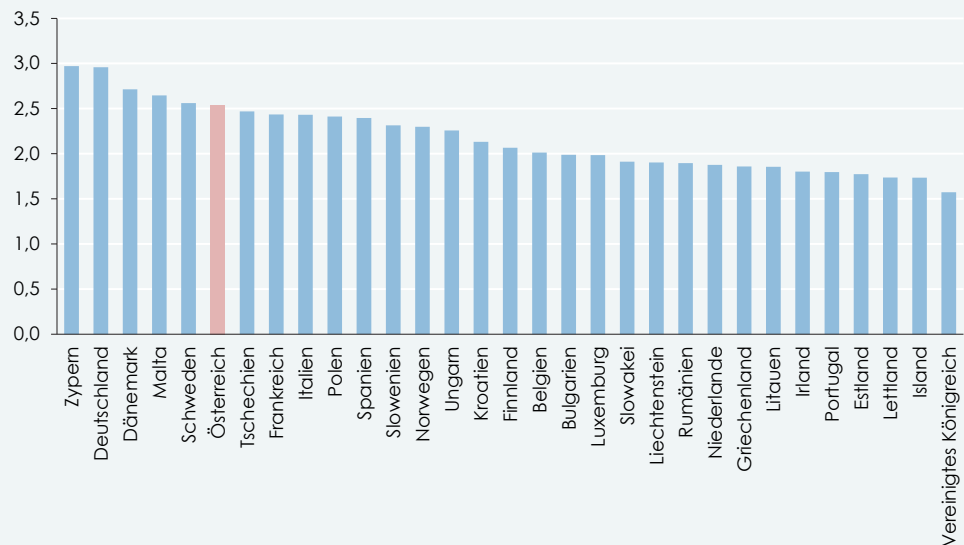
Laut aktuellem Risk-Dashboard der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen (EIOPA), das auf der Auswer-

tung der Solvency-II-Berichte zum I. Quartal 2021 beruht, bestehen derzeit hohe makroökonomische Risiken. Die EIOPA begründet diese Einschätzung mit gestiegenen Inflationserwartungen und dem Anstieg der 10-Jahres-Währungsswapsätze, wobei in den nächsten 12 Monaten keine Trendwende erwartet wird. In den anderen Kategorien werden die Risiken als mittel eingestuft, so auch in der Risikokategorie "Profitabilität und Solvenz", wo die EIOPA im I. Quartal 2021 eine Verschlechterung der Lage beobachtete. Vor allem die Lebensversicherung verzeichnete 2020 EU-weit eine deutliche Verringerung der Veranlagungserträge. Dennoch zeigt ein Vergleich der Mitgliedsländer des europäischen Binnenmarktes zum Stand Jahresende 2020 keinen durchgängigen Rückgang der SCR-Quote, also des Verhältnisses der anrechenbaren Eigenmittel zur Solvenzkapitalanforderung, im Jahr 2020. Für Österreich lag die SCR-Quote Ende 2019 bei 2,7 und verringerte sich bis Ende 2020 auf 2,5. Damit liegt die österreichische Versicherungswirtschaft im europäischen Vergleich im Spitzenfeld (Abbildung 1). Die Stabilität der SCR-Quoten im Jahr 2020 war auch eine Folge der Eingriffe der EIOPA in die Ausschüttungspolitik der Versicherer. Bereits kurz nach Beginn der COVID-19-Pandemie empfahl die EIOPA den Versicherungsunternehmen, Ausschüttungen gänzlich einzustellen und auf variable Bonuszahlungen zu verzichten. Zu Jahresende 2020 schwächte die EIOPA diese Leitlinie angesichts verbesserter Aussichten jedoch etwas ab: das Ausmaß an Dividenden, Aktienrückkäufen und variablen Bonuszahlungen sollte die anrechenbaren Eigenmittel des Unternehmens nicht gefährden und der aktuellen Risikolage entsprechen.

Internationale Prognosen erwarten für 2021 und 2022 sowohl für die Nicht-Lebens- als auch für die Lebensversicherung eine positive Entwicklung.

Laut aktuellem Risk-Dashboard der EIOPA bestehen für die Versicherungswirtschaft derzeit vor allem makroökonomische Risiken.

Abbildung 1: Solvenzkapitalanforderung (SCR-Quoten) im internationalen Vergleich 2020



Q: EIOPA (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung). SCR-Quote: Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel zur Solvenzkapitalanforderung.

Seit Mai 2021 führt die EIOPA in Zusammenarbeit mit der Finanzmarktaufsicht einen weiteren Stresstest der europäischen Versicherungswirtschaft durch, dessen Ergebnisse für das Jahresende 2021 angekündigt wurden. Der Test umfasst 44 Versicherungsunternehmen, die gemeinsam 75% der Kapitalanlagen innerhalb des Binnenmarktes halten. In Österreich nimmt die Vienna Insurance Group teil. Tochtergesellschaften großer, in

Österreich tätiger ausländischer Konzerne werden gemeinsam mit deren Muttergesellschaften geprüft. Der Stresstest soll Grundlagen für eine bessere Einschätzung der Widerstandskraft des Versicherungssektors in einem ungünstigen finanziellen und wirtschaftlichen Umfeld liefern. Für 2021 wird ein Szenario herangezogen, das eine längere Dauer der COVID-19-Krise und weiterhin niedrige Zinssätze unterstellt.

2. Europäische Versicherungsaufsicht bewertet vorhandene Regularien und schlägt Erweiterungen vor

Im Dezember 2020 übergab die EIOPA ihre Einschätzung über Solvency II und ihre darauf beruhenden Empfehlungen zur Reform des Versicherungsaufsichtsrechtes der Europäischen Kommission (EIOPA, 2020). Die EIOPA kam zu dem Schluss, dass Solvency II eine gute Aufsichtsarbeit ermöglicht und daher keine grundlegenden Änderungen am Regelwerk notwendig sind. Geringfügigen Änderungsbedarf erkannte die Behörde in Bezug auf die Behandlung des Zinsrisikos in einem Umfeld mit negativen nominellen Zinssätzen und hinsichtlich der Extrapolation der Zinsstrukturkurve auf die in der Versicherungswirtschaft notwendigen langen Laufzeiten. Durch die vorgegebenen Verfahren zur Berechnung des risikobasierten Eigenkapitalerfordernisses kam es bisher teilweise zu hoher Volatilität der ermittelten Solvenzkapitalanforderungen, welche in Zukunft vermieden werden soll. Da einige Versicherungen zusätzlich zur Risikostreuung über den Querschnitt der Versicherten auch eine Diver-

sifikation über die Zeit ermöglichen, soll diese Dimension des Risikoausgleichs künftig mitberücksichtigt werden. Schließlich regte die EIOPA auch eine Erleichterung der Bedingungen zur langfristigen Kapitalveranlagung in Aktien an, sofern diese Anlage einen Bezug zu langfristigen illiquiden Verpflichtungen hat – wie z. B. in der Lebensversicherung. Für Versicherungsunternehmen mit niedrigem Risiko wurden erleichterte Governance- und Meldepflichten vorgeschlagen. Zur Identifikation solcher Versicherer will die EIOPA quantitative Kriterien entwickeln. Die Versicherungsbranche findet in den zugehörigen technischen Details zum Solvency-II-Review allerdings verschärfte administrative Anforderungen und höhere Eigenmittelerfordernisse vor (Brandstetter, 2021). Die EIOPA strebt zudem eine Ausweitung ihres makroprudentiellen Instrumentariums an, etwa um Dividendenbeschränkungen und die Vorgabe zum Aufbau zusätzlicher Kapital-

puffer, um systemische Risiken in der Versicherungswirtschaft zu reduzieren.

In Anlehnung an den Abwicklungsmechanismus und die Spareinlagenversicherung in der Kreditwirtschaft forderte die EIOPA (2020) auch die Einrichtung eines harmonisierten Abwicklungsverfahrens für Versicherungen in einem europäischen Netzwerk aus nationalen Garantiesystemen. Diese Systeme sollen die Ansprüche der Versicherten absichern und den Versicherungsschutz erhalten. Österreich verfügt derzeit über kein externes Versicherungsgarantiesystem, da die Unternehmen ihre versicherungstechnischen Rückstellungen durch die Aktiva des Deckungsstockes unter aktuarieller Aufsicht eigenständig absichern. Ein Garantiesystem ohne unternehmensspezifische risikoadäquate Prämienätze erscheint nach dem Austritt der Raiffeisenbanken aus der österreichischen Spareinlagensicherung nicht empfehlenswert. Bei einer einheitlichen Prämie werden Schäden durch risikoreiches Verhalten oder Malversationen in Einzelinstituten vom Gesamtkollektiv getragen, während sektorspezifische Strategien zur Risikominimierung, wie z. B. der Raiffeisen-Revisionsverband, in der Prämiengestaltung unberücksichtigt bleiben. Einheitliche Prämien würden unter diesen Umständen auch theoretisch zu einem Auseinanderbrechen des Versichertenkollektivs führen (Rothschild und Stiglitz, 1976).

Mit der Eröffnung eines öffentlichen Konsultationsverfahrens versucht die EIOPA unter dem Titel "Open Insurance", die Digitalisie-

rung von Finanzdienstleistungen voranzutreiben. Dabei geht es um die Möglichkeit zum elektronischen Zugriff und zur Auswertung persönlicher versicherungsrelevanter Daten für digitale Unternehmen außerhalb der Versicherungswirtschaft im Rahmen neuer Application Programming Interfaces (APIs). Die EIOPA interessiert sich dabei für das wirtschaftliche Potential durch das Aufbrechen der Wertschöpfungskette im Versicherungsunternehmen. Die Umfrage wurde Ende April 2021 abgeschlossen. Die EIOPA schätzt derzeit unter Bedachtnahme auf die Interessen der Versicherten das Potential für Produkt- und Leistungsinnovationen ab.

Die Europäische Kommission unternimmt mit dem Digital Operational Resilience Act (DORA)²⁾ innerhalb des Digital Finance Package (Fachverband Finanzdienstleister, 2021) einen Versuch, das Risiko von Cyber-Angriffen, das durch die Öffnung der IKT-Systeme in der Finanzwirtschaft steigt, wieder zu vermindern. DORA soll Finanzintermediäre und Drittanbieter dazu anhalten, vermehrt Sicherheitsvorkehrungen zu ergreifen, um IT- und Cyber-Risiken zu minimieren. Dazu soll auch ein neuer Aufsichtsrahmen für im Finanzsektor tätige Drittanbieter von Informations- und Kommunikationsdienstleistungen beitragen. Neben der Einrichtung eigener IKT-Verantwortlicher in Finanzintermediären mit mehr als 10 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von über 2 Mio. € sind regelmäßige Risikobewertungen der Netzwerk- und Informationsinfrastruktur und eine Meldung an die Finanzmarktaufsicht vorgesehen.

Ähnlich dem vorhandenen Regelwerk in der Kreditwirtschaft schlägt die EIOPA für Versicherungsunternehmen einen Abwicklungsmechanismus und ein Netzwerk nationaler Garantiesysteme vor.

Digitalisierung ist derzeit ein Schwerpunkt der EU-Legislativagenda.

3. Versicherungswirtschaft reagierte auf Umsatzausfälle durch Lockdowns

In der COVID-19-Krise kam es in Österreich zu mehreren Lockdowns mit Betriebsunterbrechungen. Im Vergleich zu den umfangreichen staatlichen Subventionen zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Unternehmen (Kaniowski et al., 2021) spielten Versicherungsleistungen nur eine untergeordnete Rolle. Betriebsunterbrechungsversicherungen beziehen sich in Österreich oft auf den Eintritt einer Seuche nach dem Epidemiegesetz. Zusätzlich knüpft die Deckung in solchen Fällen meist an die im § 32 Epidemiegesetz festgelegten staatlichen Schadenersatzzahlungen an. Der Versicherer deckt dann den darüber hinaus gehenden Betrag. Da in den COVID-19-Gesetzen staatliche Schadenersatzleistungen nach dem § 32 Epidemiegesetz aufgehoben und gleichzeitig durch eine Vielzahl anderer Hilfsmaßnahmen ersetzt wurden, erweist sich die Berechnung des zustehenden Leistungsumfanges aus solchen Verträgen als schwierig.

Grundsätzlich sehen diese Verträge zwei Leistungsformen vor (Barazon, 2020). In einfachen Verträgen sind Pauschalzahlungen in Form vorab festgelegter Tagessätze vorgesehen, die oft mit einer Höchstdauer von z. B. 30 Tagen begrenzt sind. Es können aber auch umfassendere Deckungen vereinbart sein, die dann jedoch auf bestimmte taxativ angeführte Seuchen beschränkt sind. In diesem Fall deckt der Versicherungsvertrag die Schäden aus behördlich verfügten Betriebs-schließungen nicht, weil COVID-19 zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses unbekannt war.

Die österreichische Versicherungswirtschaft schlug zur Vereinfachung der Abwicklung und zur Beschleunigung der Auszahlung bereits im April 2020 eine Kulanzlösung vor (VVO-Pressesaussendung vom 16. 4. 2020). Einzelunternehmen sowie Klein- und Mittelbetriebe, die über eine Betriebsunterbre-

²⁾ Europäische Kommission (2020). Proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on digital operational resilience for the financial sector and amending Regulations (EC) No 1060/2009,

(EU) No 648/2012, (EU) No 600/2014 and (EU) No 909/2014, COM(2020) 595 final. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52020PC0595>.

chungsversicherung verfügen und dem Betretungsverbot gemäß COVID-19-Verordnung unterlagen, wurde von einigen Versicherungsunternehmen die Zahlung von 15% einer Tagesentschädigung für die Dauer von höchstens 30 Tagen angeboten. Damit sollte der durch die staatlichen COVID-19-Unterstützungsleistungen (Kurzarbeit, Hilfsfonds, Härtefallfonds usw.) nicht kompensierte Anteil der Einbußen etwa zur Hälfte abgedeckt werden.

Die österreichische Versicherungswirtschaft beschloss 2020 einen Verhaltenskodex, der dazu beitragen sollte, die krisenbedingten Liquiditätsprobleme der Versicherten zu mildern.

Betriebsunterbrechungen infolge von Epidemien sind für private Versicherer ein Kumulrisiko. Daher sind vollständige Deckungen nicht versicherbar und weitgehende Haftungsauschlüsse üblich.

Neben dem Vorschlag für eine Kulanzlösung beschloss der österreichische Versicherungsverband Mitte April 2020 einen Verhaltenskodex in der COVID-19-Krise. Den Versicherten wurde eine möglichst rasche Schadenabwicklung zugesichert. Bei Zahlungsproblemen oder Zahlungsverzug blieb der Versicherungsschutz aufrecht, sofern eine nachträgliche Prämienzahlung mit dem Versicherer vereinbart wurde. Während einer Prämienpause (ohne nachträgliche Prämienzahlung) war der Versicherungsschutz nur eingeschränkt gültig. Im Tausch mit Selbstbehalt oder einem geringeren Versicherungsschutz war es möglich, niedrigere Prämienzahlungen zu vereinbaren.

Allgemein betrachtet stellen Epidemien bzw. Pandemien für die Versicherungswirtschaft ein Kumulrisiko dar, da sie viele Versicherte

gleichzeitig betreffen, diese einen Schaden erleiden und daher einen Leistungsanspruch anmelden. Bei Kumulschäden ist innerhalb des Versichertenkollektivs kein Risikoausgleich zwischen betroffenen und nicht betroffenen Versicherten möglich. Eine private Vollversicherung für Betriebsunterbrechungen ist unter diesen Umständen schwierig, weil die erwartete Leistungssumme insgesamt sehr hoch ausfallen kann. So wurde etwa während der COVID-19-Krise allein im April 2020 ein Umsatzrückgang von 13,1 Mrd. € gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres gemeldet (laut Umsatzsteuervoranmeldungsstatistik). Die Kapazität der österreichischen Versicherungswirtschaft zur Deckung eines solchen Schadensvolumens lässt sich anhand einiger aktueller Bilanzkennzahlen zeigen, die die finanzielle Vorsorge für erwartete Leistungen beschreiben. Die Deckungsrückstellung in der gesamten Schaden- und Unfallversicherung lag Ende 2020 bei 189,9 Mio. €; die gesamten versicherungstechnischen Rückstellungen summierten sich auf 16,3 Mrd. € und die Bilanzsumme betrug 32,4 Mrd. €. Der potentielle Kumulschaden einer Vollversicherung von Betriebsunterbrechungen im Zuge einer Epidemie würde ein privates Versicherungssystem überlasten, vor allem dann, wenn mit einer längeren Dauer von Betriebsschließungen zu rechnen ist.

4. Tarifsteigerungen für Versicherungsprodukte im Einklang mit der Verbraucherpreisentwicklung

In Österreich stand die Preisentwicklung für Versicherungsprodukte 2020 im Einklang mit dem allgemeinen Preisauftrieb laut Verbraucherpreisindex und dürfte 2021 inflationsdämpfend wirken (Übersicht 2). Die Tarife der im VPI erfassten Versicherungen entwickelten sich 2020 unterschiedlich: Für Kfz-

Rechtsschutzversicherungen waren sie rückläufig, während sie für Kfz-Teilkaskoversicherungen und Haushaltsversicherungen unterdurchschnittlich zulegten. Zu überdurchschnittlichen Tarifierhöhungen kam es 2020 in der Gesundheits- und in der Kfz-Haftpflichtversicherung.

Übersicht 2: Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex

	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021 ¹⁾
	Gewicht in %			Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Tarifprämien für							
Hausratsversicherung	0,328	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,7
Bündelversicherung für Eigenheim	0,663	+ 1,5	+ 0,9	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,2	+ 0,3
Private Gesundheitsversicherung	1,617	+ 2,2	+ 1,0	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,1
Kfz-Haftpflichtversicherung (Pkw)	1,220	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,0	- 1,0	+ 1,8	+ 1,9
Kfz-Rechtsschutzversicherung	0,035	+ 1,3	- 0,4	+ 1,1	+ 1,9	- 1,0	+ 1,1
Kfz-Teilkaskoversicherung	0,179	+ 2,1	+ 2,5	+ 5,7	+ 3,2	+ 0,9	- 2,0
Privatversicherungsformen insgesamt	4,042	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5
Verbraucherpreisindex insgesamt		+ 0,9	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,1
Beitrag der Privatversicherungsformen	Prozentpunkte	+ 0,08	+ 0,05	+ 0,08	+ 0,05	+ 0,06	+ 0,06

Q: Statistik Austria. – 1) Jänner bis Juli.

Dieses Bild wird durch eine Analyse der durchschnittlichen Prämien je Risiko für einzelne Versicherungstypen jedoch nicht bestätigt. Die Durchschnittsprämie berücksichtigt weitere Möglichkeiten zur kundenspezifischen Preisdifferenzierung bei Versicherungsprodukten, etwa durch Prämienrückerstattungen, Selbstbehalte, Leistungseinschränkungen, einen Haftungsausschluss oder Rabatte. Die Durchschnittsprämie in der Kfz-Haftpflichtversicherung lag 2020 um 0,8% unter dem Vorjahresniveau, während sie in der Kfz-Kaskoversicherung um 2,6% höher war. In der Kfz-Versicherung insgesamt blieben die Durchschnittsprämien 2020 konstant. Dagegen folgt der kräftige Anstieg der Durchschnittsprämien in der heimischen Sachversicherung (2020 +8,7%) dem international beobachtbaren Trend zu deutlichen Tarifierhöhungen in der Nicht-Lebensversicherung (Swiss Re, 2021).

Eine Basiskennzahl für die Ermittlung der Profitabilität eines Versicherungstarifs ist die Schadenquote, d. h. das Verhältnis zwischen

den Leistungen und Prämieinnahmen für einen bestimmten Versicherungstyp. Im direkten Geschäft der gesamten Schaden- und Unfallversicherung war die Schadenquote 2020 mit 58,8% geringfügig niedriger als im Vorjahr (2019: 59%) und deutlich geringer als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre (60,2%). Wie schon im Vorjahr dürfte daher auch 2020 in diesem Segment nur ein geringer Preisdruck bestanden haben. Spielraum für Preissenkungen haben die österreichischen Versicherer in der Kfz-Haftpflicht- und in der Haushaltsversicherung. Dort lagen die Schadenquoten 2020 um mehr als zwei Standardabweichungen unter dem langjährigen Mittelwert; allerdings wurden die Quoten durch die COVID-19-Krise nach unten gedrückt. In der Feuer-Betriebsunterbrechungsversicherung setzte sich hingegen der mehrjährige Trend hoher Leistungen fort: Eine Schadenquote von 203,4% entspricht einer Überschreitung des langfristigen Durchschnittes um mehr als zwei Standardabweichungen, sodass hier in Zukunft mit Tarifanpassungen zu rechnen ist.

Der kräftige Anstieg der Durchschnittsprämien in der Sachversicherung bestätigt den internationalen Trend zu Tarifierhöhungen im Bereich der Nicht-Lebensversicherung.

Die Schadenquoten blieben 2020 weiter auf niedrigem Niveau. Dies eröffnet in einigen Versicherungstypen Spielraum für Tarifenkungen.

5. Verlagerung von klassischen zu fonds- und indexgebundenen Lebensversicherungen hält an

Die COVID-19-Krise hinterließ 2020 kräftige Spuren im real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (-2,8%). Die behördlichen Ausgangsbeschränkungen erschwerten den privaten Konsum und bewirkten so einen überdurchschnittlichen Anstieg der Sparquote (einschließlich betrieblicher Versorgungsansprüche 14,5%). Das Geldvermögen der privaten Haushalte stieg daher um 29,5 Mrd. € (2019 +16,4 Mrd. €). Angesichts der hohen Unsicherheit konzentrierte sich die Neuveranlagung auf täglich fällige Einlagen in den Geldinstituten (+20,4 Mrd. €). Die hohe Liquiditätspräferenz und vermutlich auch die Vorsorge gegen Risiken der täglichen Bargeldversorgung bewirkten eine zusätzliche Nachfrage nach Bargeld im Ausmaß von 2,4 Mrd. €.

Die Europäische Zentralbank (EZB) reagierte auf die COVID-19-Krise mit der Einführung und schrittweisen Ausweitung des Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) auf insgesamt 1.850 Mrd. €. Zusätzlich wurde das bereits zuvor eingerichtete Wertpapierankaufprogramm ausgeweitet (Pekanov, 2021). Die Leitzinssätze verblieben auf niedrigem Niveau, sodass auf dem Kapitalmarkt mit der Investition in längerfristige festverzinsliche Wertpapiere kaum positive Renditen zu erwirtschaften waren. Der Bestand an täglich fälligen Spareinlagen privater Haushalte war 2020 mit 0,1% verzinst, Spareinlagen mit einer Bindungsfrist von mehr als zwei Jahren mit durchschnittlich 0,5%. Unter Berücksichtigung der Verbraucherpreisentwicklung (Übersicht 2) bedeutete dies in beiden Fällen einen realen Kaufkraftverlust.

Unter Einbeziehung von Bewertungsgewinnen stieg das Geldvermögen der privaten Haushalte 2020 um 5,3%, wobei festverzinsliche Wertpapiere in Summe abgestoßen wurden. Von der Nachfrageverschiebung zu risikoreicheren Veranlagungsformen profitierte der Bestand an Aktien überdurchschnittlich stark, aber auch Investmentzertifikate erfreuten sich großer Beliebtheit. Die Ansprüche aus Lebensversicherungen nahmen geringfügig zu (+0,8%) und auch die betrieblichen Pensionsansprüche entwickelten sich mit +2,5% unterproportional. Dementsprechend schrumpfte der Anteil der Ansprüche aus betrieblichen und privaten Formen der Altersvorsorge am gesamten Finanzvermögen der privaten Haushalte auf 17,3% (2019: 17,9%, Abbildung 2).

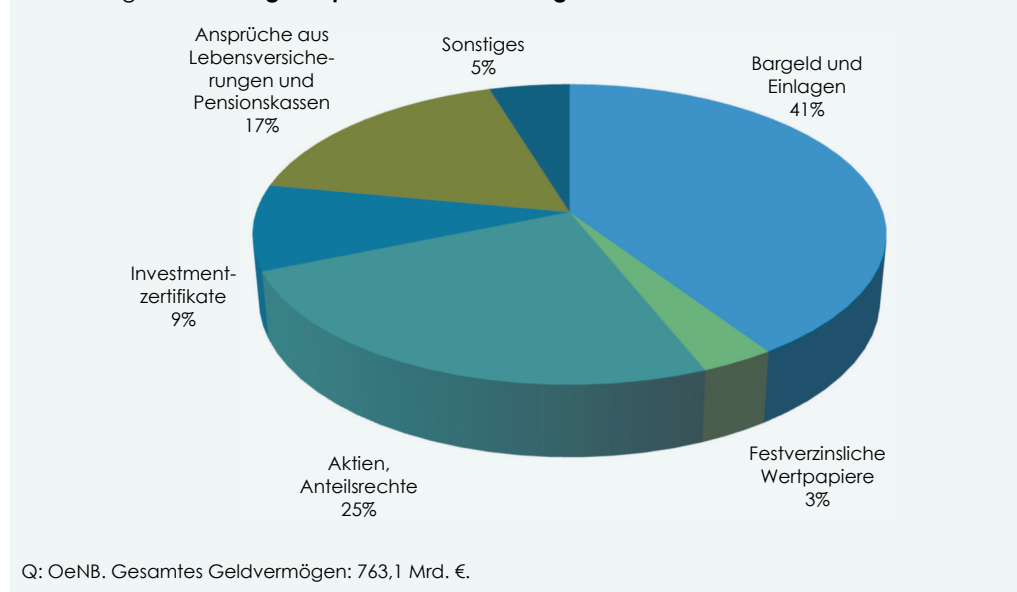
Die derzeit geringe Attraktivität von Lebensversicherungen als langfristige Sparform zeigt sich auch im anhaltenden Rückgang des Prämienvolumens (Übersicht 3). Niedrige nominelle Zinssätze und vergleichsweise geringe garantierte Renditen dämpfen im Zusammenwirken mit langen Bindungsfristen die Nachfrage nach klassischen Lebensversicherungen mit einer Mindestertragsgarantie. Für Mitte 2022 schreibt die Finanzmarktaufsicht eine weitere Senkung des höchstzulässigen garantierten Zinssatzes zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen von derzeit 0,5% auf 0% vor (BGBl. II Nr. 354/2021). Damit können Versicherungsunternehmen beim Neuabschluss einer klassischen Lebensversicherung künftig nur mehr die Auszahlung der kumulierten Sparprämie garantieren, d. h. der Summe der eingezahlten Bruttoprämien abzüglich der Versiche-

Die expansive Reaktion der Geldpolitik auf die COVID-19-Krise drückte die Zinssätze auf Spareinlagen deutlich unter die Inflationsrate.

ungssteuer, der Kosten und einer etwaigen Risikoprämie. Für den Bestand an Polizen gelten weiterhin die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses vereinbarten Bedingungen. Die Vorgaben zur Berechnung der Zinszurückstellung wurden ebenfalls geändert (BGBl. II Nr. 186/2020): Der Referenzzinssatz

muss nun als Durchschnitt der umlaufgewichteten Rendite für Bundesanleihen über die letzten fünf Jahre berechnet werden und beruht nicht mehr nur auf dem Vorjahreswert. In einer Phase sinkender Renditen streckt diese Vorgangsweise den Rückstellungsbedarf über mehrere Jahre.

Abbildung 2: **Verteilung des privaten Geldvermögens 2020**



Übersicht 3: **Lebensversicherung**

	Bruttoprämien Abgegrenzt	Nettoprämien ¹⁾	Selbstbehalt- quote	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Aufwendungen für Versiche- rungsfälle	Erhöhung der versicherungs- technischen Rückstellungen
	Mio. €	Mio. €	In %		Mio. €	
2016	6.063	5.952	98,2	1.961	7.732	- 142
2017	5.770	5.682	98,5	1.861	7.191	348
2018	5.558	5.469	98,4	1.655	6.669	- 1.475
2019	5.434	5.337	98,2	1.771	7.319	469
2020	5.355	5.269	98,4	1.396	7.934	- 1.959
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
2016	- 9,0	- 9,2	- 0,2	- 4,7	- 8,9	
2017	- 4,8	- 4,5	+ 0,3	- 5,1	- 7,0	
2018	- 3,7	- 3,7	- 0,1	- 11,1	- 7,2	
2019	- 2,2	- 2,4	- 0,2	+ 7,0	+ 9,7	
2020	- 1,4	- 1,3	+ 0,2	- 21,2	+ 8,4	

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – ¹⁾ Geschätzt.

Die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge entwickelte sich auch 2020 wenig erfreulich. Seit der Halbierung der staatlichen Förderung auf 4,25% der jährlichen Einzahlung im Jahr 2012 unterliegt sie einem nachfrageseitigen Schrumpfungprozess, der durch einen Rückzug von Anbietern aus diesem Markt verstärkt wird. In den Kapitalanlagegesellschaften gibt es schon seit 2019 keine Verträge mehr, d. h. sämtliche seit 2003 abgeschlossenen Verträge wurden bereits abge-

wickelt. In den Versicherungsunternehmen bietet sich ein etwas günstigeres Bild, allerdings ist auch hier die Zahl der Verträge seit 2014 rückläufig (2020: 1,05 Mio.). Zudem war 2020 die Zahl der Neuverträge mit 12.300 ungewöhnlich niedrig. Die durchschnittliche jährliche Einzahlung in die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge stieg 2020 auf 743 € und lag deutlich unter dem gesetzlichen Höchstwert von 2.960 €.

Der Rückgang der Vertragszahlen in der Lebensversicherung (-3,4%) bedingte bei nur schwach steigenden durchschnittlichen Prämien (+2%) und einem niedrigen Finanzergebnis einen Abbau der versicherungstechnischen Rückstellungen (Übersicht 3). Solvency II erhöht die Kosten von Mindesttraggarantien für Versicherungsunternehmen und führt zu einer Verschiebung des Angebotes von klassischen Lebensversicherungen zu hybriden Produkten, die eine fonds- oder indexgebundene Versicherung mit einer klassischen Lebensversicherung verknüpfen. Solche Produkte sollen den erwarteten Ertrag für die privaten Haushalte steigern. 2021 könnten die wirtschaftliche Erholung und attraktive Kursgewinne an den Börsen zu einer Fortsetzung des Aufschwungs in der fonds- und indexgebundenen Lebensversicherung führen (2020 +18,1% Prämiensteigerung der laufenden Prämien im Neugeschäft). Dazu trägt auch die im Vertrieb von Lebensversicherungen beobachtbare Tendenz bei, die privaten Haushalte zur umfangreicheren Übernahme von Investitionsrisiken zu ermuntern. Aktuelle Umfrageergebnisse des WIFO deuten für die fonds- und indexgebundenen Produkte in den Jahren 2021/22 allerdings nur auf leichte Zugewinne. Das eingeschränkte Angebot an klassischen Garantieprodukten ist nicht nur das Ergebnis sinkender garantierter Höchstzinssätze, sondern folgt auch aus den höheren Eigenkapitalerfordernissen für die in Österreich verbreitete Garantieförmigkeit, die auch die jährlich an die Versicherten zugewiesenen Finanzerträge umfasst.

Zur Jahresmitte 2020 legte die EIOPA den Entwurf für die Level 2-Verordnungen für das

Pan-Europäische Private Pensionsprodukt (PEPP) vor³⁾, das einen Ansparvorgang über unterschiedliche Finanzintermediäre ermöglicht. Dazu zählen neben den Versicherungen auch Pensionsfonds, Kreditinstitute und Kapitalanlagegesellschaften. Die Kosten des PEPP sind in der Basisversion mit 1% des Vermögensbestandes beschränkt. Die privaten Haushalte können den Anbieter eines PEPP nach fünf Jahren zu vorab festgelegten Kosten wechseln. Die einheitliche Regulierung des PEPP soll sicherstellen, dass der Ansparvorgang auch bei einem grenzüberschreitenden Wohnsitzwechsel innerhalb des europäischen Binnenmarktes reibungslos fortgesetzt werden kann. Für das eingezahlte Kapital gibt es entweder eine Garantie des Anbieters oder risikomindernde Veranlagungstechniken. Die Kündigung eines PEPP kann nur unter bestimmten Bedingungen erfolgen, weil damit eine ausreichende Altersvorsorge angestrebt wird. Andererseits ist aber keine Verrentung des eingezahlten Kapitals zum Pensionsantritt vorgeschrieben; die privaten Haushalte können für die Auszahlung explizit auch eine Pauschalform wählen.

Das versicherungstechnische Ergebnis der Lebensversicherung rutschte im COVID-19-Krisenjahr 2020 erstmals seit 2008 in die Verlustzone. Das Veranlagungsergebnis konnte kaum zur Korrektur der Bilanz beitragen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verschlechterte sich auf -41 Mio. € und bewirkte in der Lebensversicherung – trotz weiter voranschreitender Reduktion des Eigenkapitals – eine negative Eigenkapitalverzinsung von -1,8% (2019: 3,9%).

Aufgrund des Rückgangs der Vertragszahlen, des bescheidenen Veranlagungsergebnisses und steigender Auszahlungen sank 2020 der Rückstellungsbedarf in der Lebensversicherung.

Die EIOPA legte im Sommer 2020 den Entwurf für die Level 2-Verordnungen über regulatorische technische Standards des Pan-Europäischen Privaten Pensionsproduktes vor.

Das versicherungstechnische Ergebnis der Lebensversicherung rutschte im Krisenjahr 2020 in die Verlustzone.

6. Nachfrage nach Krankenzusatzversicherungen profitierte von COVID-19-Maßnahmen und verstärktem Gesundheitsbewusstsein

Die COVID-19-Pandemie stellte das österreichische Gesundheitssystem 2020 vor große Herausforderungen. Ab März erforderten die hohen Infektionszahlen und die Bereithaltung von Reservekapazitäten für COVID-19-Fälle eine Einschränkung des Betriebs im gesamten Gesundheitssystem. Gleichzeitig beanspruchte die Behandlung von schweren COVID-19-Fällen die vorhandenen Kapazitäten in den Intensivstationen. Vollständige Daten über die im öffentlichen Gesundheitssystem erbrachten Leistungen liegen für das Jahr 2020 noch nicht vor. Eglau (2021) zeigt jedoch in einer Schnellstudie zum stationären Spitalsbereich, dass der medizinische Betrieb während des ersten Lockdown im Frühjahr 2020 stark zurückgefahren wurde. Im zweiten Lockdown wurden allerdings – trotz deutlich höherer COVID-19-Behandlungs-

zahlen – weniger umfangreiche Einschränkungen gesetzt. Mit Ausnahme der Schlaganfälle wurden in den untersuchten Behandlungsbereichen (Akutversorgung, planbare Versorgung, Krebs, psychische Erkrankungen, Kinderversorgung) in den Monaten März bis Mai 2020 sowie November und Dezember 2020 im Vergleich zu den Vorjahren weniger stationäre Aufenthalte registriert. Aufgrund der Betriebsschließungen, der Mobilitätseinschränkungen und des Home-Office sank auch die Zahl der Krankenstände, der Unfälle und der damit verbundenen Spitalsaufenthalte. Zudem war durch die Abstandsregeln, umfassende Hygienebestimmungen und die Schließung von Kindergärten und Schulen das Aufkommen anderer Infektionskrankheiten geringer.

³⁾ https://www.eiopa.europa.eu/media/news/eiopa-finalises-regulation-of-pan-european-personal-pension-product_en.

Die Angebotsbeschränkungen im öffentlichen Gesundheitswesen erzeugten eine leichte Ausweichbewegung in den niedergelassenen Bereich und führten zu einem Rückgang der Aufwendungen für den Krankenhauskostener-satz . . .

. . . gleichzeitig stieg die Nachfrage nach Kranken-zusatzversicherun-gen.

Das eingeschränkte Angebot im öffentli-chen Bereich bewirkte 2020 auch in der pri-vaten Krankenzusatzversicherung einen Rückgang der Aufwendungen für Versiche-rungsfälle (Übersicht 4), wobei die Zahl der Leistungsfälle leicht zunahm (+2,9%). Das ist vor allem auf sinkende Ausgaben für die großen Posten "Krankenhauskostenersatz" (-4,6%) und "Besondere Untersuchungen, Behandlungen und Heilbehelfe" (-3,9%) zu-rückzuführen. Die Aufwendungen für "Arzt-leistungen" nahmen dagegen zu (+5,8%).

Die Reduktion im Angebot öffentlicher Ge-sundheitsdienstleistungen wirkte sich insge-samt positiv auf die Nachfrage nach priva-ten Krankenzusatzversicherungen aus. Die COVID-19-Pandemie schärfte das Bewusst-

sein der privaten Haushalte über Gesund-heitsrisiken. Zugleich erzeugte die Möglich-keit zur Ausweitung des Deckungsumfanges von Privatversicherungen auf Honorare von Privatärztinnen und Privatärzten ohne Kas-senvertrag ein attraktives Produktmerkmal, das vor allem in Zeiten einer Pandemie inte-ressant ist. Die gezeichneten Risiken in der privaten Krankenversicherung konnten 2020 trotz der erschwerten Kontaktaufnahme mit dem Vertrieb um 0,9% ausgeweitet werden. Das Prämienwachstum von 4% lag auch deutlich über der Preissteigerung privater Gesundheitsversicherungen im Verbraucher-preisindex (vgl. Übersicht 2), sodass ein Teil des zusätzlichen Prämienvolumens auf die Ausweitung des Versicherungsschutzes in den Verträgen zurückgehen dürfte.

Übersicht 4: **Private Krankenversicherung**

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Schadenquote	Überschuss aus der Finanzgebarung	Erhöhung der versicherungs- technischen Rückstellungen
	Mio. €	Mio. €	In %	Mio. €	Mio. €
2016	2.061	1.361	66,0	249	411
2017	2.138	1.431	66,9	238	426
2018	2.229	1.487	66,7	186	445
2019	2.339	1.592	68,1	237	456
2020	2.433	1.512	62,2	189	590
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
2016	+ 4,7	+ 3,2	- 1,4	+ 10,1	+ 12,5
2017	+ 3,8	+ 5,1	+ 1,3	- 4,6	+ 3,5
2018	+ 4,2	+ 3,9	- 0,3	- 21,7	+ 4,5
2019	+ 4,9	+ 7,1	+ 2,0	+ 27,4	+ 2,6
2020	+ 4,0	- 5,0	- 8,7	- 20,5	+ 29,3

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Im Krisenjahr 2020 hal-bierte sich das versiche-rungstechnische Ergeb-nis in der heimischen Krankenversicherung.

Da der Leistungsrückgang des Jahres 2020 teilweise auf das Hinausschieben von Be-handlungen zurückzuführen ist, wäre in den Jahren 2021 und 2022 mit einer Korrekturbe-wegung zu rechnen. Allerdings ist das po-tentielle Ausmaß solcher Nachholeffekte un-klar, weil auch 2021 Lockdown-Maßnahmen getroffen wurden und im Herbst 2021 eine weitere Infektionswelle droht. Daher nutzten die Versicherer 2020 die niedrige Schaden-quote zu einem überdurchschnittlich hohen Aufbau versicherungstechnischer Rückstel-lungen trotz rückläufiger Veranlagungser-träge.

Das versicherungstechnische Ergebnis in der heimischen Krankenversicherung halbierte sich 2020. Angesichts des rückläufigen Ver-anlagungsüberschusses schlug sich dies auch im Ergebnis der gewöhnlichen Ge-schäftstätigkeit nieder (2020: 55,1 Mio. €). Durch eine deutliche Kürzung des Eigenkapi-tals konnte die Eigenkapitalrendite bei 16,2% gehalten werden (2019: 25,7%), sodass die Krankenzusatzversicherung auch 2020 der profitabelste Versicherungs-zweig in Öster-reich war.

7. Lockdowns reduzierten Leistungsfälle in der Schaden- und Unfallversicherung

Die Dynamik des Prämienaufkommens der Schaden- und Unfallversicherung flachte sich 2020 weiter ab (Übersicht 5), wobei ei-ner steigenden Zahl an privaten Haushalten (+1%) rückläufige Kfz-Neuzulassungen (-19%) gegenüberstanden. Da der Bestand an Pkw 2020 trotzdem zulegte (+1,5%), stiegen die

versicherten Risiken in der Kfz-Versicherung auf 11,7 Mio. (+2,8%). In der Schadenversi-cherung, d. h. ohne den Bereich Kfz, dürften hingegen die krisenbedingte Konsumzurück-haltung, die schwierigere Geschäftsanbah-nung unter den Bedingungen der Lock-downs und der Rückgang der nominellen

Ausrüstungsinvestitionen (-8,0%) zur erheblichen Verkleinerung des Versichertenkollektivs beigetragen haben (-9,3%), was zum Teil das verhaltene Prämienwachstum erklärt.

Wie ein Blick auf die Preisentwicklung für Sachversicherungen laut Verbraucherpreisindex zeigt, lagen die Tarifanpassungen in

allen Versicherungsprodukten unter dem Prämienwachstum. Dies deutet angesichts der Zunahme des Prämienaufkommens auf eine Ausweitung des Versicherungsschutzes für die gedeckten Risiken. Darauf weist auch der deutliche Anstieg der Durchschnittsprämien in der Sachversicherung (+8,7%) hin.

Übersicht 5: Schaden- und Unfallversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Überschuss aus der Finanzgebarung	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Erhöhung der versicherungs- technischen Rückstellungen
Mio. €				
2016	10.500	733	6.819	21
2017	10.207	725	6.854	24
2018	10.717	686	6.822	15
2019	11.032	976	6.900	30
2020	11.288	287	6.989	10
Veränderung gegen das Vorjahr in %				
2016	+ 1,6	+ 3,6	+ 0,8	+ 46,7
2017	- 2,8	- 1,0	+ 0,5	+ 12,3
2018	+ 5,0	- 5,5	- 0,5	- 38,3
2019	+ 2,9	+ 42,3	+ 1,1	+ 107,1
2020	+ 2,3	- 70,5	+ 1,3	- 67,9

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Die Versicherungsunternehmen bewiesen in der COVID-19-Krise ihre Leistungsfähigkeit in der Schadenabwicklung. Der Rückgang des Aktivitätsniveaus infolge der Pandemie und der behördlichen Einschränkungen wirkte sich nicht nur auf die Einnahmenseite der Schaden- und Unfallversicherung aus, sondern dämpfte auch auf der Aufwandsseite die Zahl der Schaden- und Leistungsfälle (2020 -5,7%). In der Kfz-Versicherung war dieser dämpfende Effekt der geringeren Mobilität noch deutlicher sichtbar (-15,2%) und entsprach in etwa dem Rückgang der Straßenverkehrsunfälle (-14,2%). Da in der Sachversicherung jedoch zugleich die durchschnittliche Leistung pro Schadenfall erheblich stieg (+8,5%), blieb die Schadenquote mit 58,8% annähernd stabil (2019: 59%). Für den Anstieg der durchschnittlichen Schadenshöhe waren Schäden verantwortlich, die in der volatilen Versicherung von Feuer-Betriebsunterbrechungen in der Industrie anfielen. Obwohl die Zahl der Insolvenzen 2020 wesentlich geringer war als im langjährigen Durchschnitt, wurden in der Kreditversicherung um 15% mehr Schadenfälle verzeichnet; der Rückgang der durchschnittlichen Schadenshöhe je Leistungsfall glich diesen Zuwachs jedoch aus.

Zur Verringerung der Schadenhäufigkeit im Jahr 2020 trug auch der COVID-19-bedingte Rückgang der herkömmlichen Kriminalität bei. Die polizeiliche Kriminalitätsstatistik weist für 2020 nur 433.800 Anzeigen aus. Damit sank dieser Wert gegenüber dem bereits günstigen Vorjahresniveau nochmals um 11,3%. Die Zahl der Eigentumsdelikte

(128.100 Anzeigen) ging gleich um 21,9% zurück, was die Aufwendungen im Bereich der Einbruch-Diebstahlversicherungen verringerte. Die Zahl der Schadenfälle nahm 2020 zwar um 14,6% ab, die Leistungen in der Einbruch-Diebstahlversicherung legten aufgrund der Zunahme schadenträchtiger Delikte aber dennoch zu. Ähnlich wie im konventionellen Wirtschaftsleben verlagerte sich auch in der Kriminalität die Aktivität vom realen in den digitalen Raum: Die Polizei verzeichnete 2020 um ein Viertel mehr Anzeigen wegen Cyber-Kriminalität (35.900 Fälle). Die Versicherungswirtschaft erkannte das Potential dieses Risikos für Versicherungslösungen und bietet daher Cyber-Versicherungen für Unternehmen an. Wichtiger als der Versicherungsschutz und die Leistung im Schadenfall sind jedoch die mit einer solchen Versicherung verbundenen zusätzlichen Vorbeugemaßnahmen in den Unternehmen. Im Ernstfall können sie das Schadensmaß einer Cyber-Attacke deutlich verringern.

Der kräftige Rückgang des Veranlagungsergebnisses in der Schaden-Unfallversicherung im Jahr 2020 (Übersicht 5) zeigt erneut die Bedeutung der rechtzeitigen Sanierung des versicherungstechnischen Ergebnisses. Lange Zeit wurden die Tarife durch den Überschuss aus der Finanzgebarung gestützt, doch seit 2015 ist diese Einnahmequelle weniger ergiebig, wodurch eine risikogerechte Gestaltung des Tarifwerkes erforderlich ist. Dies ist in einem Bereich mit hohem Wettbewerb zwar schwierig durchsetzbar, dürfte jedoch 2020 erneut gelungen sein. Das

Der Rückgang des allgemeinen Aktivitätsniveaus infolge der COVID-19-Pandemie dämpfte auch die Zahl der Schaden- und Leistungsfälle.

Die Kriminalität verschob sich im Zuge der COVID-19-Krise vom realen in den digitalen Raum; dementsprechend sank 2020 die Zahl der Schaden- und Leistungsfälle in der Einbruch-Diebstahlversicherung.

Die heimische Schaden- und Unfallversicherung verbesserte 2020 ihr versicherungstechnisches Ergebnis.

versicherungstechnische Ergebnis verbesserte sich deutlich auf 520 Mio. € (2019: 420 Mio. €). Somit konnten die negativen Auswirkungen des Einbruchs der Veranlagungserträge auf das Ergebnis der gewöhn-

lichen Geschäftstätigkeit begrenzt werden. Dieses betrug 2020 800 Mio. €, womit die Schaden- und Unfallversicherung eine Eigenkapitalrendite von 8% erzielte (2019: 13,2%).

8. Rendite auf versicherungswirtschaftliche Kapitalanlagen sank 2020 deutlich

Zeitgleich mit der Ankündigung umfangreicher staatlicher Stützungsmaßnahmen für private Haushalte und Unternehmen im gesamten Euro-Raum reagierte auch die Europäische Zentralbank mit zusätzlichen geldpolitischen Impulsen auf die COVID-19-Krise. Die Ausweitung des Wertpapierankaufprogrammes um 20 Mrd. € monatlich und die Einführung des Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) mit einem Umfang von 1.850 Mrd. € und einer geplanten Laufzeit bis März 2022 setzte die Renditen auf festverzinsliche Staatsanleihen weiter unter Druck. Das PEPP beinhaltet keine Vorgabe für die Verteilung der Wertpapierankäufe auf die einzelnen Mitgliedsländer des Euro-Raumes. Daher konnte damit auch der im

März 2020 beobachtete sprunghafte Anstieg des Zinsabstandes zwischen den Sekundärmarktrenditen auf Staatsanleihen – Griechenlands, Italiens bzw. Portugals einerseits und Deutschlands andererseits – korrigiert werden. Für die europäische Versicherungswirtschaft schwand damit allerdings eine Chance auf höhere Zinserträge auf risikoarme grenzüberschreitende Veranlagungen. Mit österreichischen Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von etwa 10 Jahren (Benchmark) konnten im Jahresdurchschnitt 2020 nur mehr negative nominelle Renditen (-0,2%) erwirtschaftet werden; die umlaufgewichtete Sekundärmarktrendite war sogar noch geringer (Übersicht 6).

Übersicht 6: Renditen der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Sekundärmarktrendite Bund	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung
	Rendite in %			
2016	0,0	3,7	4,0	3,0
2017	0,2	3,5	3,6	2,9
2018	0,3	3,1	2,6	2,8
2019	- 0,1	3,3	3,1	3,9
2020	- 0,3	2,7	2,3	1,1

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, WIFO-Berechnungen.

Die drei Versicherungsbereiche waren 2020 unterschiedlich stark von der Renditekompression betroffen. In der Lebensversicherung sank die Rendite auf versicherungswirtschaftliche Kapitalanlagen unterdurchschnittlich, während die Schaden- und Unfallversicherung kräftige Einbußen erlitt. Die in Übersicht 6 angegebenen Renditen beruhen auf dem Veranlagungsergebnis für den Deckungsstock klassischer Lebensversicherungen (Erträge aus Kapitalanlagen und Zinserträge) nach Abzug von Aufwendungen für Kapitalanlagen und Zinsaufwendungen (Url, 1996). Dies entspricht nicht der Gutsschrift für Kapitalerträge auf den Konten der Versicherten, sondern dem Veranlagungserfolg der Gesamtbranche.

Die Versicherungswirtschaft investiert wegen der gezeichneten Mindesttragsgarantien das Anlagevermögen im Deckungsstock konservativ. Das Portfolio bestand 2020 überwiegend aus Anleihen (46%) und Beteiligungen in verbundenen Unternehmen (19%). Daneben spielten Investmentzertifikate (19%) und Immobilien (8%) eine wichtige Rolle. Da die Versicherungswirtschaft als langfristiger Investor noch alte hochverzinsten Veranlagungen im Portfolio hat, betrifft der aktuelle Renditerückgang nur die Neuveranlagung. Dennoch schlugen sich 2020 die Auswirkungen des niedrigen Renditeniveaus erstmals im Veranlagungsergebnis nieder.

9. Literaturhinweise

Barazon, R. (2020). Versicherung bedeutet nicht, dass jedes denkbare Risiko gedeckt ist. *Versicherungsrundschau*, (12), 24-27.

Brandstetter, M. (2021). Solvency II Review: Gefährdung des langfristigen Investitionspotential. *Versicherungsrundschau*, (4), 16-18.

- Eglau, K. (2021). *Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die stationäre Spitalsversorgung anhand ausgewählter Bereiche*. Gesundheit Österreich. https://jasmin.goeg.at/1633/1/Auswirkungen%20COVID19_KA_Aktualisierung_Gesamtjahr2020_bf.pdf.
- EIOPA (2020). *Opinion on the 2020 Review of Solvency II*. https://www.eiopa.europa.eu/content/opinion-2020-review-of-solvency-ii_en.
- Finanzmarktaufsicht Österreich – FMA (2021). 2020 – Jahresbericht der Finanzmarktaufsichtsbehörde.
- Kaniovski, S., Pekanov, A., & Url, T. (2021). *Ex-post-Analyse der Wirkungen des COVID-19-Maßnahmenpaketes auf die Unternehmensliquidität*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67189>.
- Pekanov, A. (2021). *Geldpolitik und Kreditwesen in der COVID-19-Krise*. *WIFO-Monatsberichte*, 94(4), 309-320. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/67136>.
- Rothschild, M., & Stiglitz, J. E. (1976). *Equilibrium in Competitive Insurance Markets: An Essay on the Economics of Imperfect Information*. *Quarterly Journal of Economics*, 90, 629-650.
- Swiss Re (2020). *World Insurance: Riding out the 2020 Pandemic Storm*. *Sigma*, (4).
- Swiss Re (2021). *World Insurance: The Recovery Gains Pace*. *Sigma*, (3).
- Url, T. (1996). *Kennzahlen zur österreichischen Versicherungswirtschaft*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/21313>.
- Wirtschaftskammer Österreich, Fachverband Finanzdienstleister (2021). *Digital Operational Resilience Act (DORA). Teil des EU-Rahmenwerkes Digital Finance Package*. <https://www.wko.at/branchen/information-consulting/finanzdienstleister/artikel.dora.pdf>.

Erwerbsaustritt, Pensionsantritt und Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters ab 2024

Potentielle Auswirkungen auf Frauen, Branchen und Betriebe

Christine Mayrhuber, Hedwig Lutz (WIFO), Ingrid Mairhuber (FORBA)



FORBA WIFO ■
In Auftrag gegeben von:
AK WIEN

Erwerbsaustritt, Pensionsantritt und Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters ab 2024

Potentielle Auswirkungen auf Frauen, Branchen und Betriebe

Christine Mayrhuber, Hedwig Lutz (WIFO), Ingrid Mairhuber (FORBA)

Mitarbeit: Elisa Hellrigl (FORBA)
EDV: Georg Böhs (WIFO)
Wissenschaftliche Assistenz: Anna Brunner, Marion Kogler, Stefan Weingärtner (WIFO)

März 2021
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Modul 1: Status quo des Pensionsantrittsgeschehens – quantitative Analyse (WIFO)

Einleitung zur quantitativen Analyse des Pensionsantrittsgeschehens

Rahmenbedingung der Altersangleichung – Lücken zwischen Beschäftigungsbeendigung und Pensionsantritt – Empirische Befunde zum Status quo der Lücke zwischen Beschäftigungsbeendigung und Pensionsantritt der Frauen

Modul 2: Auswirkungen der Antrittsalterserhöhung auf Frauen – qualitative Analyse (FORBA)

Zielsetzung und methodische Vorgangsweise der qualitativen Analyse

Betriebsfallstudie: Mobile Betreuung und Pflege – Betriebsfallstudie: Einzelhandel – Betriebsfallstudie: Gebäudereinigung – Erwerbslose ältere Frauen im Gesundheits- und Sozialwesen, im Handel sowie in der Reinigung – Zusammenfassung der qualitativen Ergebnisse

Modul 3: Direkte und indirekte Folgen der Antrittsalterserhöhung – Maßnahmenempfehlungen (FORBA, WIFO)

Zum gegenwärtigen Übergangsgeschehen – Mögliche Folgen der Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters ab 2024 – Ansätze für einen friktionsfreieren Pensionsübergang, Maßnahmen zur Abfederung negativer Konsequenzen

Die Analysen zum gegenwärtigen Pensionsübertrittsgeschehen der Frauen zeigen große zeitliche Lücken zwischen Beschäftigungsbeendigung und Pensionsantritt. In der Beherbergung und Gastronomie sowie in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen treten nur ein Drittel der Frauen direkt von einer aktiven Beschäftigung in eine Alterspension über. Der Pensionsübertritt aus Großbetrieben erfolgt zu zwei Dritteln direkt, in Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten hingegen nur zu einem Drittel direkt. Die untersuchten Betriebe aus den Branchen mobile Betreuung und Pflege, Einzelhandel und Gebäudereinigung sind auf die Anhebung des Frauenpensionsalters nicht vorbereitet und haben kaum erforderliche Maßnahmen gesetzt, etwa zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit. Die interviewten erwerbslosen Frauen sehen – vor allem aufgrund von gesundheitlichen Problemen und des Alters – bereits jetzt wenig Chancen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden bzw. bis 60 Jahre erwerbstätig sein zu können.

Im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien • März 2021 • 190 Seiten • 50 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67348>

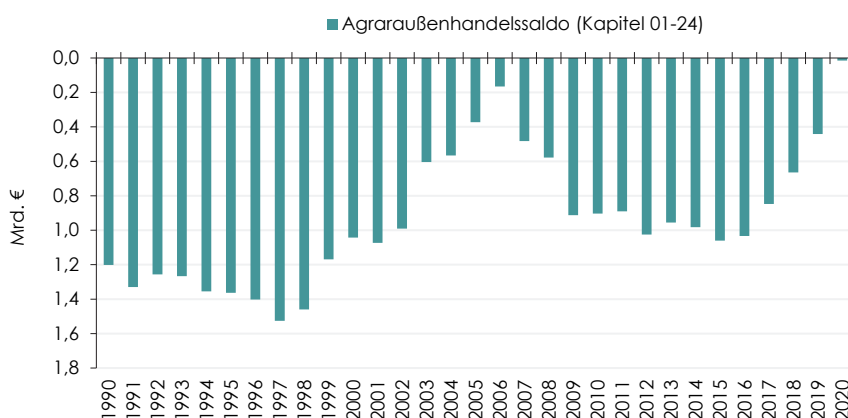
Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft im Kontext der Bioökonomie

Franz Sinabell

- Die Einkommen in der Landwirtschaft stiegen 2020 leicht, nachdem sie 2018 und 2019 zurückgegangen waren.
- Die Einfuhren von Agrargütern nahmen gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig zu. Da die Exporte stärker ausgeweitet wurden, konnte 2020 erstmals eine beinahe ausgeglichene Außenhandelsbilanz erreicht werden.
- In der Forstwirtschaft fiel der Holzeinschlag auf das Niveau des Jahres 2016 zurück. Ein hoher Anteil an Schadholz und niedrige Preise schmälerten den Ertrag.
- Die Landwirtschaft ist eng in die Wertschöpfungskette von Agrargütern und Lebensmitteln eingeflochten. Ihr Gewicht ging jedoch in den letzten Jahren kontinuierlich zurück.
- Die verschiedenen Glieder dieser Wertschöpfungskette entwickelten sich unterschiedlich. Ein verhaltenes Wertschöpfungswachstum wurde in den vor- und unmittelbar nachgelagerten Bereichen verzeichnet, starke Zuwächse gab es im Lebensmittelhandel.
- In vielen Gebieten Österreichs sind die Forstwirtschaft und die unmittelbar nachgelagerten Verarbeitungsunternehmen von großer Bedeutung für die Regionalwirtschaft.

Österreichischer Agraraußenhandelssaldo



"Im Außenhandel mit Agrargütern nahmen 2020 die Importe gegenüber dem Vorjahr nur wenig zu. Die Exporte stiegen rascher. Erstmals wurde ein beinahe ausgeglichener Saldo erreicht."

Die Außenhandelsbilanz im Bereich Agrargüter, Lebensmittel und Getränke war 2020 erstmals beinahe ausgeglichen (Q: WDS – Macrobond. Daten abgerufen am 7. 9. 2021).

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft im Kontext der Bioökonomie

Franz Sinabell

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft im Kontext der Bioökonomie

Die COVID-19-Krise beeinträchtigte die heimische Landwirtschaft 2020 kaum, wenn man von kurzfristigen Engpässen bei Saisonarbeitskräften absieht. Produktion und Einkommen konnten gegenüber 2019 leicht gesteigert werden. In der Forstwirtschaft waren die Rahmenbedingungen sehr ungünstig. Einerseits reduzierte das niedrige Preisniveau den Anreiz, Holz zu ernten. Andererseits entfiel ein Großteil der Erntemenge auf Schadholz, das auf Dürre und Borkenkäferbefall zurückzuführen war. Land- und Forstwirtschaft sind wichtige Elemente der Bioökonomie. Wie ein langfristiger Vergleich der Entwicklung der Wertschöpfung zeigt, nahm diese in den nachgelagerten Sektoren stärker zu als im Kernbereich, wodurch das Gewicht des Primärsektors sowohl in den Wertschöpfungsketten als auch in der Volkswirtschaft abnahm.

JEL-Codes: E32, E66, Q10 • **Keywords:** Landwirtschaft, Konjunkturbericht, Österreich, Bioökonomie

Begutachtung: Hans Pitlik • **Wissenschaftliche Assistenz:** Dietmar Weinberger (dietmar.weinberger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 18. 9. 2021

Kontakt: Priv.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Franz Sinabell (franz.sinabell@wifo.ac.at)

Agriculture and Forestry in Austria in the Context of the Bioeconomy

In agriculture, the situation in 2020 was not impacted from the COVID-19 crisis apart from short-term bottlenecks in seasonal work. Production and income increased slightly compared to 2019. In forestry, the situation was very unfavourable. Low prices reduced the incentive to harvest timber and much of the harvested volume was due to damages from drought and bark beetles. Agriculture and forestry are important elements of the bioeconomy. As a long-term comparison of the development of value added shows, it increased more in the downstream sectors than in the core sector, reducing the weight of the primary sector both in the value chains and in the national economy.

1. 2020 leichte Zunahme der Faktoreinkommen je Arbeitskraft im heimischen Agrarsektor

Nachdem die Agrareinkommen in Österreich zwei Jahre in Folge zurückgegangen waren, wurde 2020 ein leichter Anstieg verzeichnet.

Nach zwei Jahren teils kräftigen Rückgangs nahm 2020 das Einkommen in der heimischen Landwirtschaft wieder leicht zu (+1,5%). Dies gilt jedoch nur in Bezug auf das Realeinkommen pro Kopf (preisbereinigtes Faktoreinkommen je Arbeitskraft). Das im Agrarbereich insgesamt erwirtschaftete Faktoreinkommen, das die Entlohnung der eingesetzten Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital misst, war dagegen laut Statistik Austria erneut leicht rückläufig (-0,7%). Abgesehen von Engpässen bei Saisonarbeitskräften hielten sich die negativen Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die heimische Landwirtschaft in Grenzen. Da jedoch 2020 die Zahl der im Agrarbereich tätigen Arbeitskräfte erneut deutlich abnahm (-2,2%), stiegen die Pro-Kopf-Einkommen geringfügig an

(Statistik Austria, 2021). Der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigung in Österreich lag 2020 unverändert bei 2,9%, da diese krisenbedingt ebenfalls schrumpfte.

In der Europäischen Union entwickelten sich die landwirtschaftlichen Einkommen 2020 sehr unterschiedlich. Im Durchschnitt der EU 27 sanken sie um 1,5%. Die landwirtschaftliche Produktion ging 2020 gegenüber dem Höchststand im Jahr 2019 nominell um 1,4% zurück. Laut Schätzungen von Eurostat ergibt sich dies einerseits aus der leichten Verbilligung landwirtschaftlicher Waren und Dienstleistungen (um 0,7% nominell) und folgt andererseits aus einem leichten Rückgang des Produktionsvolumens (-0,8%; Eurostat, 2021).

2. Landwirtschaftliche Produktion etwas höher als 2019

Der nominelle Produktionswert der österreichischen Landwirtschaft betrug 2020 7,7 Mrd. € und war somit um 2,6% höher als

im Vorjahr. Das Produktionsvolumen nahm um 2,2% zu, die Erzeugerpreise um 0,4%. Die Tierproduktion hatte mit 47% den höchsten

Anteil an der Gesamtproduktion, vor dem Pflanzenbau mit 43%. Die restlichen 10% entfielen auf die Produktion landwirtschaftlicher Dienstleistungen und landwirtschaftliche Nebentätigkeiten (Übersicht 1).

Im Pflanzenbau wurde 2020 das Produktionsvolumen gegenüber dem Vorjahr um 4,6% gesteigert. Da die Preise um 1,1% zulegten, stieg der Produktionswert um 5,7% auf 3,3 Mrd. €. Der Anstieg des Produktionswertes ist vor allem auf die höheren Erlöse bei Weizen, Mais und vor allem bei Ölsaaten und Ölfrüchten (+13,6%) sowie Eiweißpflanzen (+20,5%) zurückzuführen. Das Produktionsvolumen bei Zuckerrüben war 2020 dagegen um 5,4% geringer, was der Verkleinerung der Anbauflächen geschuldet ist. Die Produktionsmenge von Kartoffeln nahm zwar zu, ein starker Preisverfall führte aber dazu, dass der entsprechende Produktions-

wert um 17,3% sank. Auch der Gemüsebau büßte trotz einer leichten Steigerung der Erntemenge an Produktionswert ein (-2,9%). Die Wein- und Obstproduktion wurde 2020 deutlich ausgeweitet (+30%). Im Obst- und Weinbau war in den letzten Jahren eine hohe Volatilität der Erträge zu beobachten, die vor allem auf das Schwanken der Wetterlage zurückzuführen ist.

In der Tierhaltung nahm der Produktionswert um 0,6% ab. Während das Produktionsvolumen der Rindfleischerzeugung erneut sank (-3,8%), wurde die erzeugte Milchmenge leicht gesteigert (+0,5%). Ebenfalls ausgeweitet wurde die Produktionsmenge von Eiern und Schweinen (+2,2% bzw. +1,3%). Die Preise für Rinder und Schweine sanken, jene für Milch und Eier stiegen dagegen leicht. Der Preis für tierische Erzeugnisse war dennoch um 0,5% niedriger als 2019.

Der Produktionswert der Landwirtschaft war 2020 nominell um 2,6% höher als im Vorjahr. Die Erzeugerpreise stiegen um 0,4%, das Produktionsvolumen um 2,2%.

Übersicht 1: Erzeugung, Wertschöpfung und Einkommen in der österreichischen Landwirtschaft

	2019	Wert 2020 Mio. €	2020 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Volumen 2020 2019 = 100	Preise 2020
Zu Erzeugerpreisen					
Pflanzliche Produktion ¹⁾	3.151	3.328	+ 5,6	104,6	101,1
+ Tierische Produktion	3.617	3.593	- 0,7	99,8	99,5
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	6.768	6.921	+ 2,3	102,1	100,2
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	263	294	+ 11,9	111,4	100,5
= Landwirtschaftliche Erzeugung	7.031	7.215	+ 2,6	102,4	100,2
+ Nicht trennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	452	462	+ 2,2	99,0	103,2
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	7.483	7.677	+ 2,6	102,2	100,4
Zu Herstellungspreisen					
Pflanzliche Produktion	3.143	3.321	+ 5,7	104,6	101,1
+ Tierische Produktion	3.604	3.582	- 0,6	99,8	99,6
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	6.747	6.902	+ 2,3	102,1	100,2
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	263	294	+ 11,9	111,4	100,5
= Landwirtschaftliche Erzeugung	7.010	7.197	+ 2,7	102,3	100,3
+ Nicht trennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	452	462	+ 2,2	99,0	103,2
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	7.462	7.658	+ 2,6	102,1	100,5
- Vorleistungen insgesamt ¹⁾	4.401	4.560	+ 3,6	107,3	96,4
= Bruttowertschöpfung	3.060	3.098	+ 1,2	94,9	106,3
- Abschreibungen	1.861	1.925	+ 3,4	101,2	102,3
= Nettowertschöpfung	1.200	1.173	- 2,2	85,1	112,7
± Saldo sonstiger Produktionsabgaben, Subventionen	1.278	1.318	+ 3,1		
= Faktoreinkommen bzw. Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	2.478	2.492	+ 0,6		
Nominelles Faktoreinkommen je JAE²⁾	1.000 €	21,38	21,98	+ 2,8	

Q: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria, LGR01 Landwirtschaftliche Gesamtrechnung gemäß ESVG 2010, zu laufenden Preisen, Revisionsstand Juli 2021; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich innerbetrieblich erzeugter und verbrauchter Futtermittel. – ²⁾ JAE: landwirtschaftlicher Arbeits-einsatz (entlohnt und nichtentlohnt) gemessen in Jahresarbeitseinheiten bzw. Vollzeitäquivalenten (Zahl der auf Normalarbeitszeit umgerechneten Beschäftigungsverhältnisse).

3. Bruttowertschöpfung wuchs trotz steigender Produktionskosten leicht

Zur Produktion des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs von 7,6 Mrd. € wurden 2020 4,6 Mrd. € an Vorleistungen eingesetzt (Übersicht 1). Futtermittel sind mit über einem Drittel der Kosten die größte Position. Ein großer Teil davon wird von den landwirtschaftlichen Betrieben selbst erzeugt und zu Produktions-

kosten bewertet, die um 3,5% stiegen. Weitere wichtige Positionen mit Ausgabensteigerungen im Jahr 2020 waren Saatgut (+1%) und die Instandhaltung von Maschinen und Geräten (+2,6%) sowie Gebäuden (+19,3%). Die Aufwendungen für tierärztliche Leistungen und Medikamente (+3,4%) sowie land-

Während der Produktionswert des Agrarsektors 2020 um 2,6% gesteigert werden konnte, nahm die Bruttowertschöpfung nur um 1,2% zu, da die Ausgaben für Vorleistungen um 3,6% stiegen. Die Nettowertschöpfung sank um 2,2%, da die Abschreibungen um 3,4% zunahmen.

wirtschaftliche Dienstleistungen (+11,9%) nahmen ebenfalls zu. Geringer als im Vorjahr fielen 2020 die Kosten für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (-4,4%), für Düngemittel (-1%) und Energie (-9,8%) aus.

Da die Produktionskosten mit +3,6% stärker zunahmen als der Wert der Erzeugung (+2,6%), stieg die Bruttowertschöpfung in der Landwirtschaft nur leicht um 1,2%. Die Abschreibungen nahmen um 3,4% zu, wodurch die Nettowertschöpfung neuerlich sank (-2,2%).

Das Jahr 2020 fiel in die Periode des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 und des Programms der ländlichen Entwicklung für denselben Zeitraum. Das Volumen der Subventionen ändert sich innerhalb einer Periode meist nur wenig, da die mehrjährigen

Programme umgesetzt werden. Im Jahr 2020 stiegen die an die heimische Landwirtschaft ausgeschütteten Förderungen um 3,4% (von 1,46 auf 1,51 Mrd. €). Maßgeblich trugen dazu die COVID-19-Unterstützungsleistungen im Umfang von 54 Mio. € bei (Fixkostenzuschuss, Umsatzeratz, Ausfallbonus und Verlustersatz). Die Belastung durch Steuern und Produktionsabgaben stieg 2020 um 3,3%. Der Saldo aus sonstigen Produktionsabgaben und Subventionen betrug 1,32 Mrd. € (Übersicht 2) und war somit höher als die Nettowertschöpfung von 1,17 Mrd. €. Das Faktoreinkommen konnte dadurch leicht um 0,6% gesteigert werden. Da das Beschäftigungsvolumen neuerlich abnahm (-2,2%), konnte eine Steigerung des nominellen Faktoreinkommens je Jahresarbeitseinheit um 2,8% erzielt werden.

Übersicht 2: **Subventionen und Steuern in der österreichischen Landwirtschaft**

	2018	2019	2020	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderungen insgesamt	1.476	1.461	1.510	+ 3,4
Gütersubventionen	4	4	4	+ 8,3
Pflanzlicher Bereich	0	0	0	-
Tierprämien	4	4	4	+ 8,3
Sonstige Subventionen	1.472	1.457	1.506	+ 3,4
Basisprämie ¹⁾	460	461	456	- 1,1
Agrarumweltförderung	670	674	673	- 0,1
Ausgleichszulage	261	259	257	- 0,8
COVID-19-Unterstützungsleistungen ²⁾	-	-	54	-
Andere	81	63	66	+ 4,8
Steuern und Abgaben	187	204	211	+ 3,3
Gütersteuern	24	25	23	- 8,2
Sonstige Produktionsabgaben	163	179	188	+ 4,9

Q: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria, LGR01 Landwirtschaftliche Gesamtrechnung gemäß ESVG 2010, zu laufenden Preisen, Revisionsstand Juli 2021. Daten abgerufen am 7. 9. 2021. Statistik Austria, Schnellbericht "Landwirtschaftliche Gesamtrechnung für Österreich 2020", 07/2021 (https://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/land_und_forstwirtschaft/gesamtrechnung/landwirtschaftliche_gesamtrechnung/index.html); WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich Kleinerzeugerregelung. – ²⁾ Kurzarbeit, Fixkostenzuschuss, Umsatzeratz, Verlustersatz, Verlustersatz für indirekt Betroffene in der Landwirtschaft, Ausfallbonus, spezifische Unterstützungen der Bundesländer.

4. Außenhandelsbilanz bei Agrargütern und Lebensmitteln erstmals beinahe ausgeglichen

2020 nahm sowohl die Ausfuhr als auch die Einfuhr von Agrargütern zu. Da die Exporte deutlich stärker ausgeweitet wurden, erzielte der Agrarsektor erstmals eine beinahe ausgeglichene Außenhandelsbilanz.

Das Volumen des österreichischen Agraraußenhandels wuchs 2020 neuerlich, wenn auch in geringerem Umfang als 2019. Neben agrarischen Rohstoffen zählen zu den Agrargütern gemäß der Kombinierten Nomenklatur (KNO) auch hochverarbeitete Lebensmittel wie Getränke und Zubereitungen von Früchten. In den meisten der 24 Positionen wurden 2020 mehr Güter importiert als exportiert (Übersicht 3). Nennenswerte Exportüberschüsse ergaben sich in den Bereichen Fleisch und Fleischwaren, Milch und Milcherzeugnisse, Mollereierzeugnisse und vor allem im Bereich Getränke. Insgesamt verringerte sich in allen 24 KNO-Positionen das fünfte Jahr in Folge der Überhang der Importe

gegenüber den Exporten. Hatte er 2019 noch 0,44 Mrd. € betragen, so wurde 2020 erstmals eine beinahe ausgeglichene Außenhandelsbilanz erzielt: Die Importe überwogen die Exporte lediglich um knapp 15 Mio. €.

Wie die langfristige Entwicklung des Agrarhandelssaldos zeigt (Abbildung 1), brachte die Integration in den Gemeinsamen Markt eine starke Dynamik mit sich, von der sowohl Exporteure als auch Importeure durch einen laufenden Anstieg des Handelsvolumens profitierten. Im Jahr 2006 waren die Exporte noch nahezu gleich hoch gewesen wie die

Importe. Seither stiegen die Importe meist etwas rascher als die Exporte. Seit 2015 nähert

sich das Volumen der Ausfuhren aber wieder jenem der Importe an.

Übersicht 3: Agraraußenhandel 2020

Kombinierte Nomenklatur – KNO

	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
	Insgesamt	Insgesamt	Insgesamt	EU 27
	Anteile in %		Mio. €	
I Lebende Tiere; Waren tierischen Ursprungs	21,6	18,5	+ 394,1	+ 108,1
01 Lebende Tiere	1,0	1,6	- 81,6	- 123,0
02 Fleisch und Fleischwaren	9,1	6,6	+ 314,5	+ 115,0
03 Fische, Krebstiere, Weichtiere	0,5	2,2	- 226,7	- 130,2
04 Milch, Milcherzeugnisse, Eier und Honig	10,7	7,2	+ 436,2	+ 265,9
05 Andere Waren tierischen Ursprungs	0,4	0,8	- 48,3	- 19,6
II Waren pflanzlichen Ursprungs	14,4	31,0	- 2.115,6	- 1.345,4
06 Waren pflanzlichen Ursprungs	0,3	2,8	- 317,3	- 312,6
07 Gemüse, Wurzeln, Knollen	1,2	4,7	- 440,9	- 369,1
08 Früchte	2,6	9,6	- 891,5	- 345,6
09 Kaffee u. Ä., Gewürze	1,3	3,7	- 316,2	- 181,7
10 Getreide	3,6	4,2	- 68,9	- 88,2
11 Müllereierzeugnisse	2,0	1,0	+ 130,3	+ 101,9
12 Ölsaaten und ölhaltige Früchte	3,2	4,3	- 143,2	- 100,1
13 Schellack, Gummen, Harze und andere Pflanzensäfte	0,1	0,6	- 65,0	- 49,2
14 Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs	0,0	0,0	- 3,0	- 0,8
III Tierische und pflanzliche Fette und Öle sowie deren Spaltprodukte; zubereitete Speisefette; Wachse tierischen und pflanzlichen Ursprungs	2,4	4,0	- 207,2	- 196,1
15 Tierische und pflanzliche Öle und Fette	2,4	4,0	- 207,2	- 196,1
IV Waren der Lebensmittelindustrie; Getränke, alkoholhaltige Flüssigkeiten und Essig; Tabak	61,6	46,5	+ 1.914,0	+ 288,2
16 Zubereitungen von Fleisch, Fischen u. Ä.	4,2	3,5	+ 89,4	+ 95,5
17 Zucker und Zuckerwaren	2,2	2,5	- 44,1	- 96,9
18 Kakao, Kakaozubereitungen	3,3	4,2	- 116,8	- 111,0
19 Zubereitungen aus Getreide und anderen Backwaren	9,2	8,4	+ 111,4	- 14,7
20 Zubereitungen von Gemüse und Früchten u. Ä.	5,3	6,4	- 140,5	- 40,0
21 Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	6,8	6,6	+ 22,9	- 126,2
22 Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig	23,6	6,3	+ 2.202,1	+ 796,9
Energydrinks	2,1	0,3	+ 223,2	+ 182,8
23 Rückstände und Abfälle, Tierfutter	7,1	6,6	+ 62,8	+ 56,0
24 Tabak und Tabakwaren	0,0	2,1	- 273,2	- 271,5
			Mio. €	
Agrarhandel insgesamt laut KNO	12.751,74	12.766,46	- 14,7	- 1.145,3
Agrarhandel insgesamt laut SITC ¹⁾	12.548,03	12.749,26	- 201,2	- 1.300,3
			Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Agrarhandel insgesamt laut KNO	+ 3,7	+ 0,2	+ 96,7	+ 25,2
Agrarhandel insgesamt laut SITC ¹⁾	+ 3,3	- 0,1	+ 67,4	+ 22,3

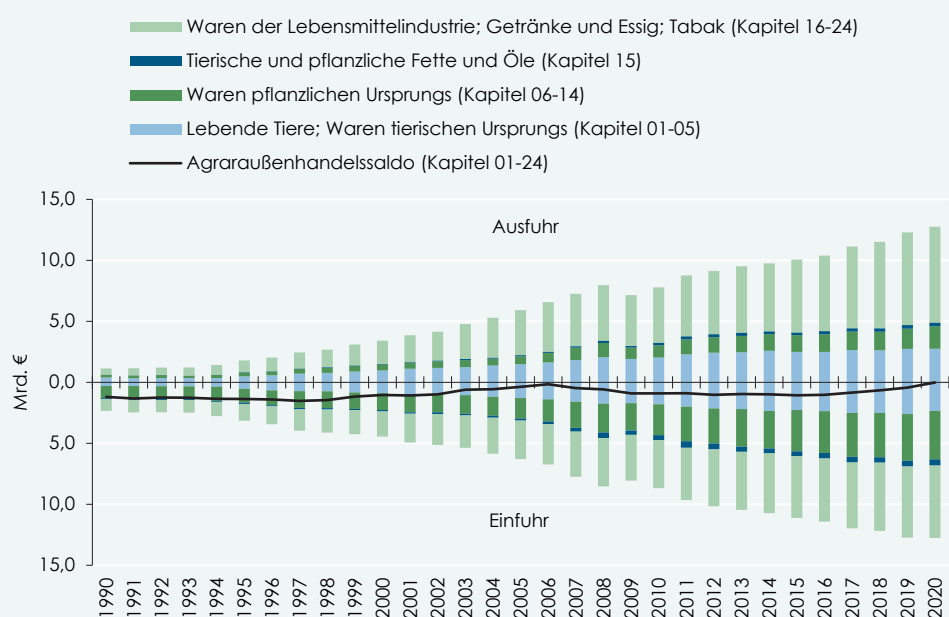
Q: WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2019: endgültige Werte. – ¹⁾ Die Summen nach KNO- und SITC-Nomenklatur weichen wegen des jeweiligen Aggregationsverfahrens (SITC 0, 1, 21, 22, 29, 4) und der zunehmenden Zahl von Positionen mit Geheimhaltung in der KNO-Außenhandelsdatenbank voneinander ab.

Die Integration in den Gemeinsamen Markt ab dem Jahr 1995 führte sowohl zu einer tiefgreifenden Veränderung der agrarpolitischen Rahmenbedingungen als auch zu Veränderungen in der Landwirtschaft selbst. Vor allem die Annäherung der Preise der wichtigsten Agrargüter an das niedrigere Preisniveau auf dem Weltmarkt führte zu weitreichenden Anpassungen. Innerhalb der Landwirtschaft nahm die Bedeutung der Produktion von Getreide, Rindern und Schweinen ab. Zugleich gewannen die Milcherzeugung, der Obst-, Gemüse-, Garten- und Weinbau an Bedeutung, ebenso wie landwirtschaftliche Dienstleistungen und

nicht trennbare Nebentätigkeiten im nicht-landwirtschaftlichen Bereich (vgl. Sinabell, 2020).

Die veränderten Produktionsschwerpunkte spiegeln sich auch in der veränderten Exportstruktur von Agrargütern, Lebensmitteln und Getränken: Die Bedeutung weiterverarbeiteter Produkte nahm im Lauf der Zeit deutlich zu (Übersicht 4). Der Anstieg des Anteils dieser Produkte am Gesamtexport deutet auf eine zunehmende internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie.

Abbildung 1: **Österreichischer Agraraußenhandel nach Warenabschnitten des Harmonisierten Systems (KNO)**



Q: WDS – Macrobond. Daten abgerufen am 7. 9. 2021.

Übersicht 4: **Struktur der Agrarexporte im Zeitvergleich**

	Ø 1995/1997		Ø 2018/2020	
	Mio. €	In %	Mio. €	In %
I Lebende Tiere; Waren tierischen Ursprungs	583,01	27,9	2.705,06	22,2
01 Lebende Tiere	75,22	3,6	137,91	1,1
02 Fleisch und Fleischwaren	259,00	12,4	1.144,29	9,4
03 Fische, Krebstiere, Weichtiere	2,08	0,1	53,92	0,4
04 Milch, Milcherzeugnisse, Eier und Honig	229,25	11,0	1.317,51	10,8
05 Andere Waren tierischen Ursprungs	17,46	0,8	51,43	0,4
II Waren pflanzlichen Ursprungs	343,26	16,4	1.672,84	13,7
06 Waren pflanzlichen Ursprungs	6,00	0,3	39,34	0,3
07 Gemüse, Wurzeln, Knollen	39,71	1,9	162,69	1,3
08 Früchte	69,67	3,3	293,67	2,4
09 Kaffee u. Ä., Gewürze	46,59	2,2	155,08	1,3
10 Getreide	110,18	5,3	415,37	3,4
11 Müllereierzeugnisse	23,05	1,1	219,65	1,8
12 Ölsaaten und ölhaltige Früchte	43,99	2,1	370,53	3,0
13 Schellack, Gummen, Harze und andere Pflanzensäfte	2,82	0,1	14,91	0,1
14 Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs	1,25	0,1	1,59	0,0
III Tierische und pflanzliche Fette und Öle sowie deren Spaltprodukte; zubereitete Speisefette; Wachse tierischen und pflanzlichen Ursprungs	33,40	1,6	297,76	2,4
15 Tierische und pflanzliche Öle und Fette	33,40	1,6	297,76	2,4
IV Waren der Lebensmittelindustrie; Getränke, alkoholhaltige Flüssigkeiten und Essig; Tabak	1.131,23	54,1	7.511,04	61,6
16 Zubereitungen von Fleisch, Fischen u. Ä.	48,30	2,3	512,56	4,2
17 Zucker und Zuckerwaren	110,63	5,3	277,52	2,3
18 Kakao, Kakaozubereitungen	149,26	7,1	391,22	3,2
19 Zubereitungen aus Getreide und anderen Backwaren	138,68	6,6	1.126,34	9,2
20 Zubereitungen von Gemüse und Früchten u. Ä.	189,90	9,1	689,91	5,7
21 Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	84,47	4,0	809,28	6,6
22 Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig	260,75	12,5	2.857,38	23,4
23 Rückstände und Abfälle, Tierfutter	97,39	4,7	846,29	6,9
24 Tabak und Tabakwaren	51,85	2,5	0,53	0,0
Agrarexport insgesamt	2.090,89	100,0	12.186,69	100,0

Q: WDS – Macrobond. Daten abgerufen am 7. 9. 2021.

5. Klimawandel setzt Forstwirtschaft mehrfach unter Druck

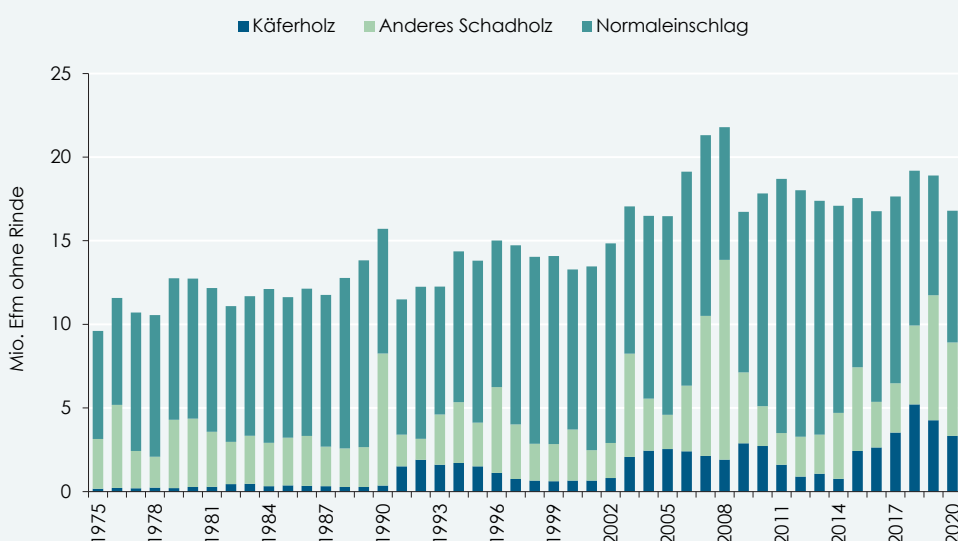
Die Forstwirtschaft ist der Sektor mit dem größten Ausmaß an Flächennutzung in Österreich. Nur wenige Flächen sind unberührt und sich selbst überlassen. Die meisten Flächen werden intensiv genutzt, und zwar in mehrfacher Hinsicht: für die Holzgewinnung, zur Jagd, als Erholungsraum, für Ökosystemdienstleistungen oder zur Kohlenstoffspeicherung. All diese Nutzungsmöglichkeiten werden durch den Klimawandel beeinflusst und zunehmend geschmälert. Zu den für den Wald abträglichen Faktoren zählen der hohe Druck durch Schädlinge, die Trockenheit in bestimmten Lagen und die damit verbundene Gefahr von Wald-

bränden sowie die höhere Frequenz von heftigen Stürmen und Eisbrüchen.

Eine Folge der seit Jahrzehnten anhaltenden Ausweitung der Forstflächen und der zunehmenden Automatisierung der Holzernte ist die Erhöhung des Holzeinschlags (Übersicht 5). Schäden am Wald erfordern häufig eine vorzeitige Ernte und tragen somit zur Steigerung des Holzaufkommens bei. Die tatsächliche Erntemenge hängt nicht nur vom durch Wetter- und Schadereignisse ausgelösten Holzanfall ab, sondern auch von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Die Forstwirtschaft ist in Österreich der Sektor mit dem größten Ausmaß an Flächennutzung. Die meisten Flächen werden in mehrfacher Hinsicht intensiv genutzt: für die Holzgewinnung, zur Jagd, als Erholungsraum, für Ökosystemdienstleistungen oder zur Kohlenstoffspeicherung. Der Klimawandel schmälert diese Nutzungsmöglichkeiten zunehmend.

Abbildung 2: Holzeinschlag in Österreich



Q: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Holzeinschlagsmeldungen (<https://info.bmlrt.gv.at/themen/wald/wald-in-oesterreich/wald-und-zahlen/holzeinschlagsmeldung-2020.html>); Bundesforschungszentrum für Wald, Dokumentation der Waldschädigungsfaktoren (<https://www.bfw.gv.at/dokumentation-waldschaedigungsfaktoren/>).

Übersicht 5: Holzeinschlag

	2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2019	2020
	1.000 Efm ohne Rinde					Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nutzholz (Rohholz, stoffliche Nutzung)	12.173	12.738	13.949	13.325	11.462	- 3,2	+ 4,6	+ 9,5	- 4,5	- 14,0
Sägeholz (Sägerundholz)	9.006	9.535	10.395	9.870	8.504	- 5,1	+ 5,9	+ 9,0	- 5,1	- 13,8
Industrieholz (Industrierundholz)	3.167	3.203	3.553	3.454	2.958	+ 2,8	+ 1,1	+ 10,9	- 2,8	- 14,4
Brennholz (Rohholz für energetische Nutzung)	4.590	4.909	5.243	5.579	5.327	- 7,8	+ 6,9	+ 6,8	+ 6,4	- 4,5
Gesamteinschlag	16.763	17.647	19.192	18.904	16.790	- 4,5	+ 5,3	+ 8,8	- 1,5	- 11,2
	Anteile in %									
Schadholz	32,0	36,7	51,7	62,1	53,1					

Q: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Holzeinschlagsmeldungen (<https://info.bmlrt.gv.at/themen/wald/wald-in-oesterreich/wald-und-zahlen/holzeinschlagsmeldung-2020.html>).

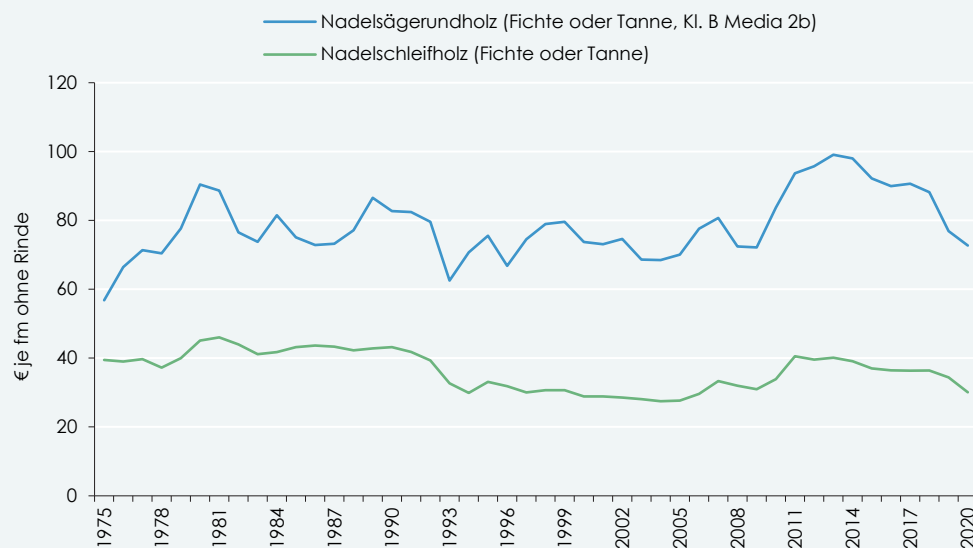
In den letzten Jahren waren aber nicht wirtschaftliche Überlegungen die wichtigsten Gründe für Ernteentscheidungen, sondern Schadereignisse (Abbildung 2). Anders wäre es nicht zu erklären, warum das geerntete

Holzvolumen ausgeweitet wurde, obwohl die Holzpreise seit 2013 im Sinken begriffen sind (Abbildung 3). Sehr niedrige Holzpreise decken vielfach nicht die Kosten einer ungeplanten Ernte und stellen Betriebe somit

vor große wirtschaftliche Herausforderungen. Wegen der langfristigen Produktionszyklen ist eine schnelle Anpassung an die veränderten Klimabedingungen nur schwer möglich. Zugleich wird die Erreichung von

Klimazielen immer schwieriger, wenn die Fähigkeit der Wälder, der Atmosphäre überschüssiges Kohlendioxid zu entziehen, aufgrund von Schadereignissen abnimmt.

Abbildung 3: **Entwicklung der nominellen Holzpreise in Österreich**



Q: Statistik Austria, Land- und forstwirtschaftliche Erzeugerpreise (https://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/land_und_forstwirtschaft/preise_bilanzen/preise/index.html).

6. Die Entwicklung biobasierter Wertschöpfungsketten in Österreich

6.1 Das Konzept der Bioökonomie im Überblick

Unter Bioökonomie versteht man jene Wertschöpfungsketten, die auf nachhaltig produzierter Biomasse basieren. Die Rohstoffe kommen aus der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei und der Aquakultur.

Das Konzept der Bioökonomie gewann laut Tschannen et al. (2020) im letzten Jahrzehnt sowohl in der Forschung als auch auf politischer Ebene an Bedeutung. Der "multidisziplinäre Ansatz" werde "off als Antwort auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Klimawandel, Energie- und Ressourceneffizienz, Gesundheit und demografischer Wandel betrachtet". Auch wenn der Begriff Bioökonomie derzeit noch relativ unbestimmt ist, können darunter jene Wertschöpfungsketten verstanden werden, die auf nachhaltig produzierter Biomasse basieren. Die Nachhaltigkeitskriterien orientieren sich an den Sustainable Development Goals (SDGs) der UNO, die dem Schutz der Atmosphäre, der Biodiversität und der natürlichen Ressourcen ebenso einen hohen Stellenwert beimessen wie der Verringerung der an Hunger leidenden Weltbevölkerung. Als nachhaltig einzustufende Rohstoffe entstammen in Österreich der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei und der Aquakultur.

Ein pragmatischer Ansatz zur konkreten Beschreibung der Bioökonomie orientiert sich an der Klassifikation der Wirtschaftszweige. Zur Bioökonomie zählen neben jenen Bereichen, die unmittelbar an der Produktion von Biomasse beteiligt sind, auch die diesen

Branchen vor- und nachgelagerten Sektoren.

Sowohl die Europäische Union (Europäische Kommission, 2012) als auch die OECD (2009) entwickelten Strategien für die Bioökonomie. Sie sollen eine Abkehr von fossilen Rohstoffen befördern und somit dazu beitragen, die Klimaverträglichkeit des Wirtschaftssystems zu erhöhen. Zudem arbeiteten die G7, aber auch andere EU-Mitgliedsländer in den letzten zehn Jahren nationale Strategien aus (Dieckhoff et al., 2015).

In Österreich wurde 2012 der "Ressourceneffizienz Aktionsplan" veröffentlicht (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, 2012). Er weist viele Berührungspunkte mit der Bioökonomie auf, indem er eine Steigerung der Effizienz bei der Nutzung natürlicher Ressourcen verfolgt. Zwei Jahre später folgte die **FTI-Strategie für die biobasierte Industrie in Österreich** (FTI für Forschung, Technologie und Innovation; Gangelberger und Sturm, 2014). Weitere Berührungspunkte bestehen mit der **Österreichischen Waldstrategie 2020+** (Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, 2018). Im Rahmen der **#mission2030 – Die Österreichische Klima- und Energiestrategie** (Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus und Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, 2018) wurde

schließlich der Ministerbeschluss für die Erarbeitung einer Bioökonomie-Strategie gefasst, die 2019 unter dem Titel "**Bioökonomie. Eine Strategie für Österreich**" publiziert wurde (Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus et al., 2019). Darin wird auf die Erarbeitung eines Aktionsplans zur Umsetzung der Strategie verwiesen.

In den beiden folgenden Abschnitten werden erste Ansätze vorgestellt, um die Bioökonomie in Österreich zu charakterisieren. Näher betrachtet werden dabei die Wertschöpfungskette Agrargüter und Lebensmittel sowie der Cluster Forst- und Holzwirtschaft. Abschließend wird ein Ausblick auf mögliche künftige Entwicklungen gegeben.

6.2 Die Wertschöpfungskette Agrargüter und Lebensmittel

Ein wesentlicher Teil der Bioökonomie ist die Wertschöpfungskette Agrargüter und Lebensmittel. Der Agrarsektor hat in Österreich in Bezug auf Wertschöpfung und Beschäftigung einen immer geringeren Anteil an der Volkswirtschaft. Ein Grund dafür ist, dass viele traditionell von der Landwirtschaft verrichtete Tätigkeiten in vor- und nachgelagerte Bereiche verlagert werden. Ein weiterer Grund ist die rasche technische Entwicklung in der Landwirtschaft. Der Agrarsektor bezieht in großem Maßstab Vorleistungen und Investitionsgüter und ist damit zugleich ein wichtiger Absatzmarkt für viele Unternehmen.

Zur Wertschöpfungskette Agrargüter und Lebensmittel zählt neben der Lebensmittelverarbeitung auch der Lebensmittelhandel als eine zentrale Schnittstelle zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Allerdings werden im Lebensmittelhandel auch viele Güter abgesetzt, die mit Lebensmitteln und Getränken nichts zu tun haben. Die Betrachtung der Wertschöpfungskette wird wesentlich davon beeinflusst, welche Grundlage, Statistik und Abgrenzung verwendet werden. Es gibt folglich nicht die **eine** richtige Zahl, die alle Glieder der Kette abschließend beschreibt.

In einer aktuellen WIFO-Studie arbeitete Sinabell (2020) einen Vorschlag aus, welche konkreten Branchen der Wertschöpfungskette Agrargüter und Lebensmittel zugeordnet werden sollen. Diese Zuordnung basiert auf der ÖNACE-Klassifikation für Wirtschaftsbereiche.

Zur Wertschöpfungskette Agrargüter und Lebensmittel zählt neben dem **Landwirtschaftlichen Kernbereich**

- der **vorgelagerte Bereich**, in dem die für die Produktion im Kernbereich nötigen Vorleistungen, spezifischen Investitions-

güter und Dienstleistungen erbracht werden,

- die **nachgelagerten Bereiche**, die aus Agrargütern Lebensmittel und andere verarbeitete Produkte herstellen und spezifische Dienstleistungen erbringen und
- schließlich der Handel, der auf verschiedenen Ebenen angesiedelt ist, die vom Großhandel bis zum Lebensmitteleinzelhandel reichen.

Bei der Zuordnung kann jede einzelne Position dahingehend hinterfragt werden, ob sie als Teil der Wertschöpfungskette aufgefasst werden soll oder nicht. So kann diskutiert werden, warum etwa die Agrarforschung oder die Lebensmittelinspektion nicht miteinbezogen werden. Der Grund dafür ist, dass diese Dienstleistungen überwiegend öffentlich bereitgestellt werden und dazu eigene Statistiken ausgewertet werden müssten. Bei anderen Positionen ist wiederum keine exakte Aufgliederung nach Produktionszwecken möglich. Hersteller von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln setzen nennenswerte Mengen ihrer Güter in Bereichen ab, die nichts mit Lebensmitteln zu tun haben (z. B. in der Bahn- und Straßeninstandhaltung zum Pflanzenschutz) oder verkaufen diese direkt an die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Die im Lauf der letzten beiden Jahrzehnte im Bereich der Landwirtschaft und der damit zusammenhängenden Wertschöpfungskette erzielte nominelle Bruttowertschöpfung wird in Übersicht 6 ausgewiesen¹⁾. Mit Blick auf die Wachstumsraten zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Gliedern der Wertschöpfungskette. In der Landwirtschaft und in den vorgelagerten Bereichen – also jenen Branchen, die Inputs und Vorleistungen liefern – war das Wachstum am schwächsten. Die der Landwirtschaft nachgelagerten Branchen und der Handel wuchsen dagegen deutlich dynamischer und rascher als die Gesamtwirtschaft. Zu den Faktoren, die zu dieser Entwicklung beitragen, liegen derzeit jedoch noch keine Befunde vor.

Die Gastronomie und die Beherbergung, die in Übersicht 7 berücksichtigt wurden, werden üblicherweise nicht als Teil der Bioökonomie betrachtet, obwohl Lebensmittel und Getränke einen wichtigen Teil ihres Wareneinsatzes ausmachen. In diesen beiden Branchen wird die Wertschöpfung überwiegend in Form von Dienstleistungen erzielt. Bemerkenswert ist, dass zwischen 2005 und 2019 die Wertschöpfung in beiden Branchen annähernd im gleichen Ausmaß zunahm wie im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln und Getränken. Vor allem die Gastronomie, wozu auch Catering und Kantinen zählen, gewinnt immer stärker an Bedeutung, da die privaten Haushalte die Nahrungszubereitung zunehmend als Service zukaufen, was die

Trotz steigender Wertschöpfung ist der Anteil des heimischen Agrarsektors an der Gesamtwirtschaft rückläufig.

¹⁾ Für Details zur Zuordnung siehe Sinabell (2020).

Wertschöpfung und Beschäftigung erhöht. Damit wird die Gastronomie als Abnehmerin von Gütern aus der Lebensmittelwirtschaft und der landwirtschaftlichen Direkt-

vermarktung immer wichtiger. Dies trifft zwar auch auf Hotels und Beherbergungsbetriebe zu, jedoch in geringerem Umfang.

Übersicht 6: Bruttowertschöpfung in der Wertschöpfungskette Agrargüter und Lebensmittel

	Landwirtschaftlicher Kernbereich (laut VGR)	Vorgelagerte Wirtschaftsbereiche (ohne Handel)	Nachgelagerte Wirtschaftsbereiche (ohne Handel)	Handel (vor- und nachgelagerte Bereiche)	Wertschöpfungskette Agrarrohstoffe und Lebensmittel insgesamt	Volkswirtschaft insgesamt (laut VGR)
Mio. €, nominell						
2005	2.324	490	3.715	4.993	11.521	225.888
2006	2.479	505	3.838	5.227	12.049	239.076
2007	2.895	622	4.131	5.685	13.334	253.605
2008	2.895	774	4.306	5.463	13.439	262.415
2009	2.363	511	4.406	5.390	12.670	256.671
2010	2.670	555	4.714	5.816	13.754	263.634
2011	3.114	737	4.767	6.040	14.658	276.404
2012	3.068	683	5.123	6.233	15.107	283.548
2013	2.825	710	5.052	6.366	14.954	288.624
2014	2.780	725	5.104	6.811	15.421	297.230
2015	2.670	691	5.543	7.075	15.978	307.038
2016	2.808	721	5.871	7.822	17.222	318.953
2017	3.301	770	6.149	7.389	17.609	329.396
2018	3.201	778	6.146	7.769	17.894	344.339
2019	3.271	825	6.396	8.222	18.714	355.359
Veränderung in % p. a.						
2005/2019	+ 2,5	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,3
2010/2019	+ 2,3	+ 4,5	+ 3,4	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,4
2015/2019	+ 5,2	+ 4,5	+ 3,6	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,7

Q: Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik, verschiedene Jahre; STATcube von Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik (LSE) ab 2008 – Unternehmensdaten (ÖNACE 2008). Daten abgerufen am 15. 7. 2021; Statistik Austria, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Erstellt am: 31. 5. 2021; WIFO-Schätzungen. Kernbereich: A01 Landwirtschaft und Jagd, A03 Fischerei. Vorgelagerte Wirtschaftsbereiche: Herstellung und Instandhaltung von land- und forstwirtschaftlichen Produktionsmitteln (C2015 Herstellung von Düngemitteln, C2020 Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Pflanzenschutzmitteln, C283 Herstellung von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen, einschließlich Reparatur und Instandhaltung), N7731 Vermietung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten. Nachgelagerte Wirtschaftsbereiche: C10 Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, C11 Getränkeherstellung. Handel vorgelagerte Bereiche: Handel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen (G4611, G462), Großhandel mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten (G4661). Handel nachgelagerte Bereiche: Handel mit Nahrungsmitteln und Getränken (G4617, G4631 bis G4639, G4711, G4721 bis G4729, G4781).

Setzt man die Wertschöpfungskette Agrargüter und Lebensmittel (einschließlich des Handels der vor- und nachgelagerten Sektoren, jedoch ohne Einzelhandel) in Beziehung zur Gesamtwirtschaft, so betrug ihr Wertschöpfungsanteil zuletzt 3,9% (2019).

6.3 Die Wertschöpfung im Cluster Forst- und Holzwirtschaft

Der in diesem Abschnitt vorgelegte Überblick zur Wertschöpfung im Cluster Forst- und Holzwirtschaft orientiert sich an der Zuordnung von Sinabell und Streicher (2021). Es gibt derzeit keine normierte Liste von Branchen und Sektoren, welche die Wertschöpfungskette dieses Clusters definiert. Die hier zugrunde gelegte Abgrenzung²⁾ stützt sich auf Daten aus der Volkswirtschaftlichen

Gesamtrechnung (VGR) und der Leistungs- und Strukturhebung (LSE)³⁾. Zum Cluster Forst- und Holzwirtschaft zählen demgemäß drei Aggregate:

- der **Kernbereich**, zu dem die Forstwirtschaft, Sägewerke und die Herstellung von Furnier- und Holzfasernplatten gehören,
- der **Bereich mit engeren Verflechtungen**: er umfasst Branchen, die Güter aus Holz herstellen, die als Endprodukt noch deutlich als holzbasiert erkennbar sind, sowie
- der **Bereich mit weniger engen Verflechtungen**: dazu zählen Branchen, die Produkte aus Fasern und Papier herstellen sowie der Groß- und Detailhandel mit Holz bzw. Holzprodukten.

Die der Forstwirtschaft nachgelagerten Sektoren erzielten zwischen 2005 und 2019 fast durchwegs höhere Wertschöpfungszuwächse als die Forstwirtschaft selbst.

²⁾ Für Details zur Zuordnung siehe Sinabell und Streicher (2021), Übersicht 25.

³⁾ Siehe dazu im Detail Charlement et al. (2020) und Statistik Austria (2020).

Übersicht 7: Nominelle und reale Wertschöpfung der einzelnen Glieder der Wertschöpfungskette Agrargüter und Lebensmittel sowie der Beherbergung und Gastronomie

	2005	2019	Bruttowertschöpfung		2005/2019	2005/2019
			Mio. €, nominell	Veränderung in %		
Kernbereich	2.324	3.271	+ 40,8	2.800	3.078	+ 9,9
A01 Landwirtschaft, Jagd	2.317	3.240	+ 39,9	2.791	3.048	+ 9,2
A03 Fischerei und Aquakultur	7	31	+ 343,1	9	30	+ 246,0
Vorgelagerte Wirtschaftsbereiche (ohne Handel)	490	825	+ 68,5	590	776	+ 31,5
C2015 Herstellung von Düngemitteln	110	132	+ 19,9	133	124	- 6,4
C2020 Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Pflanzenschutzmitteln	60	59	- 1,6	72	55	- 23,2
C283 Herstellung von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen, einschließlich Reparatur und Instandhaltung	310	609	+ 96,3	374	573	+ 53,2
N7731 Vermietung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten	9	25	+ 169,2	11	23	+ 110,2
Nachgelagerte Wirtschaftsbereiche (ohne Handel)	3.715	6.396	+ 72,2	4.476	6.017	+ 34,4
Lebensmittelindustrie	3.158	5.529	+ 75,1	3.805	5.202	+ 36,7
C10 Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	3.018	4.498	+ 49,0	3.637	4.232	+ 16,4
C101 Schlachten und Fleischverarbeitung	655	939	+ 43,4	789	884	+ 12,0
C102 Fischverarbeitung	15	9	- 37,7	18	9	- 51,4
C103 Obst- und Gemüseverarbeitung	298	451	+ 51,3	359	424	+ 18,2
C104 Herstellung von Ölen und Fetten (pflanzlich bzw. tierisch)	35	99	+ 183,4	42	93	+ 121,3
C105 Milchverarbeitung	335	456	+ 36,2	404	429	+ 6,3
C106 Mahl- und Schälmaschinen, Herstellung von Stärke	119	275	+ 131,0	143	259	+ 80,4
C107 Herstellung von Back- und Teigwaren	1.000	1.326	+ 32,5	1.205	1.247	+ 3,5
C108 Herstellung von sonstigen Nahrungsmitteln	472	688	+ 45,8	568	647	+ 13,8
C109 Herstellung von Futtermitteln	90	255	+ 184,0	108	240	+ 121,8
C11 Getränkeherstellung	696	1.898	+ 172,6	839	1.786	+ 112,9
C1107 Herstellung von Erfrischungsgetränken	230	1.286	+ 460,4	277	1.210	+ 337,6
Handel (vor- und nachgelagerte Bereiche)	4.993	8.222	+ 64,7	6.016	7.735	+ 28,6
Handel vorgelagert (landwirtschaftliche Grundstoffe, Maschinen und Geräte)	763	1.269	+ 66,3	919	1.194	+ 29,9
Handel nachgelagert (Nahrungsmittel und Getränke)	4.230	6.953	+ 64,4	5.097	6.541	+ 28,3
Großhandel mit Nahrungsmitteln und Getränken	1.629	2.144	+ 31,6	1.962	2.017	+ 2,8
Einzelhandel mit Nahrungsmitteln und Getränken	2.602	4.809	+ 84,9	3.135	4.525	+ 44,3
Wertschöpfungskette Agrargüter und Lebensmittel insgesamt	11.521	18.714	+ 62,4	13.882	17.606	+ 26,8
Gastronomie	2.802	5.360	+ 91,3	3.376	5.042	+ 49,4
Beherbergung	3.150	5.642	+ 79,1	3.795	5.308	+ 39,9

Q: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik (LSE) ab 2008 – Unternehmensdaten (ÖNACE 2008), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; WIFO-Berechnungen. Daten abgerufen am 15. 7. 2021. – ¹⁾ Die nominellen Werte wurden mit dem BIP-Deflator deflatiert. Lebensmittelindustrie: C10 ohne C109 Herstellung von Futtermitteln + C1107 Herstellung von Erfrischungsgetränken.

Neben diesen drei Bereichen, in denen das eingesetzte Material zu einem bedeutenden Teil aus Holz und Holzderivaten besteht, gibt es zwei weitere Bereiche, in denen Holz und die Forstwirtschaft eine wichtige Rolle spielen, die aber nicht dem Cluster Forst- und Holzwirtschaft zugerechnet wurden:

- **Energieerzeugung:** Während Holz Jahrhunderte hindurch die wichtigste Energiequelle gewesen war, kamen im Zuge der Industrialisierung zunehmend fossile Energieträger zum Einsatz. Im 20. Jahrhundert wurden in großem Maßstab weitere Energiequellen erschlossen. Holz ist jedoch nach wie vor ein wichtiger Rohstoff für die Energiebereitstellung. Derzeit wird es vor allem zur Erzeugung von Wärme, Dampf und Strom eingesetzt. Künftig dürfte es auch für die Treibstoffherstellung an Bedeutung gewinnen.
- **Konstruktion:** Holz ist zudem ein wichtiger Bau- und Werkstoff. Aufgrund verschie-

dener Ursachen (etwa Bauordnungen) war sein Einsatz bisher auf kleinere Gebäude beschränkt. Neue Technologien und Anpassungen der Regulierung erlauben allerdings in Zukunft einen umfangreicheren Einsatz von Holz in der Konstruktion.

Wie im Fall des Agrarsektors kann auch die Zuordnung der einzelnen Branchen zum Cluster Forst- und Holzwirtschaft hinterfragt werden – etwa, warum die Forschung im Bereich Holz nicht dem Cluster zugerechnet wurde. Der Grund dafür ist die mangelnde Erfassung in den untersuchten Statistiken. Bei anderen Positionen ist der Produktionszweck nicht eindeutig: Hersteller von Spielzeug setzen auch viele andere Materialien ein, die nicht auf Holz basieren. Auf ein Herausrechnen des "Holzanteils" solcher Positionen, wie dies teils in der Literatur der Fall ist, wurde verzichtet, da die dazu nötigen Daten nicht verfügbar sind.

Übersicht 8: Bruttowertschöpfung im Cluster Forst- und Holzwirtschaft

	Kernbereich (Forstwirtschaft und holz- bearbeitendes Gewerbe)	Eng verflochtene Sektoren	Weniger eng verflochtene Sektoren	Cluster Forst- und Holzwirtschaft	Zusätzliche Sektoren – Fertigteilbauten aus Holz, Energie (Schätzungen)	Cluster Forst- und Holzwirtschaft einschließlich zusätzlicher Sektoren	Volkswirtschaft insgesamt (laut VGR)
	Mio. €, nominell						
2005	1.864	4.935	5.153	11.953	947	12.900	225.888
2006	2.193	5.203	5.474	12.870	985	13.855	239.076
2007	2.510	6.070	5.772	14.353	1.069	15.422	253.605
2008	2.189	5.431	5.678	13.298	1.128	14.426	262.415
2009	1.809	5.110	5.287	12.205	1.102	13.307	256.671
2010	2.148	5.360	5.479	12.987	1.027	14.013	263.634
2011	2.309	5.584	5.846	13.739	994	14.733	276.404
2012	2.195	5.586	5.684	13.466	1.053	14.518	283.548
2013	2.258	5.522	5.544	13.324	986	14.310	288.624
2014	2.241	5.737	5.717	13.695	1.034	14.729	297.230
2015	2.381	5.830	6.287	14.498	1.113	15.611	307.038
2016	2.420	6.174	6.153	14.748	1.240	15.987	318.953
2017	2.453	6.379	6.583	15.414	1.264	16.678	329.396
2018	2.658	6.826	7.322	16.806	1.348	18.154	344.339
2019	2.617	6.747	6.330	15.694	1.319	17.013	355.359
	Veränderung in % p. a.						
2005/2019	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,0	+ 3,3
2010/2019	+ 2,2	+ 2,6	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,2	+ 3,4
2015/2019	+ 2,4	+ 3,7	+ 0,2	+ 2,0	+ 4,3	+ 2,2	+ 3,7

Q: Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik, verschiedene Jahre; STATcube von Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik (LSE) ab 2008 – Unternehmensdaten (ÖNACE 2008). Daten abgerufen am 15. 7. 2021; Statistik Austria, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Erstellt am: 31. 5. 2021; WIFO-Schätzungen. Definition des Clusters Forst- und Holzwirtschaft: Kernbereich (Forstwirtschaft und Holzbearbeitendes Gewerbe): A02 Forstwirtschaft und Holzeinschlag, C161 Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke, C1621 Herstellung von Furnier- und Holzfasertafeln. Eng verflochtene Sektoren (Holzverarbeitendes Gewerbe und Holz im Baugewerbe (ohne Fertigteilbauten aus Holz)): C1622 Herstellung von Parketttafeln, C1623 Herstellung von Ausbauelementen aus Holz, C1624 Herstellung von Verpackungsmitteln aus Holz, C1629 Herstellung von Holzwaren a. n. g.; Korbwaren, C171 Herstellung von Holz-, Zellstoff, Papier, Karton, C31 Herstellung von Möbeln, C322 Herstellung von Musikinstrumenten, C323 Herstellung von Sportgeräten, C324 Herstellung von Spielwaren, C329 Herstellung von Erzeugnissen a. n. g., F4332 Bautischlerei und -schlosserei, F4333 Fußboden-, Fliesenlegerei, Tapeziererei, F4391 Dachdeckerei und Zimmerei. Weniger eng verflochtene Sektoren (Papier und Zellstoff, Verlags- und Druckgewerbe, Handel): C172 Herstellung von Waren aus Papier und Pappe, C18 Herstellung von Druckerzeugnissen, C206 Herstellung von Chemiefasern, G4613 Handelsvermittlung von Holz, Baustoffen usw., G4673 Großhandel – Holz und Baustoffe, G4676 Großhandel mit sonstigen Halbwaren, G4759 Einzelhandel – Möbel und Einrichtungsgegenstände, G4761 Einzelhandel mit Büchern, G4762 Einzelhandel mit Zeitschriften, Zeitungen usw., J581 Verlegen von Büchern und Zeitschriften usw. Cluster Forst- und Holzwirtschaft: Summe aus Kernbereich und eng und weniger eng verflochtenen Sektoren. Zusätzliche Sektoren (Fertigteilbauten aus Holz, Energie): F412 Bau von Gebäuden, darunter Errichtung von Fertigteilbauten aus Holz (Annahme: 25% der Bauten sind aus Holz), D3511 Elektrizitätserzeugung, davon aus biogenen Brennstoffen (Annahme 5,8% Anteil holzbasiert einschließlich Laugen), D3530 Wärme- und Kälteversorgung, davon aus biogenen Brennstoffen (Annahme: 30% Anteil holzbasiert einschließlich Laugen). Die Kombination aus Buchstabe und Nummer (z. B. A02) bezeichnet den Sektor laut ÖNACE 2008 (Klassifikation der Wirtschaftstätigkeiten).

Die nominelle Bruttowertschöpfung des Kernbereichs sowie der beiden enger bzw. weniger eng verflochtenen Bereiche wurde in Übersicht 8 ausgewiesen. Das anhand der Wertschöpfung gemessene Gewicht der einzelnen Bereiche ist sehr unterschiedlich: Der Kernbereich erzielte zuletzt eine Wertschöpfung von 2,6 Mrd. € (2019). In den Sektoren mit enger Verflechtung betrug die Wertschöpfung 6,8 Mrd. €, in den weniger eng verflochtenen Branchen 6,3 Mrd. €. In Summe betrug die Wertschöpfung des Clusters Forst- und Holzwirtschaft somit etwa 15,7 Mrd. € (2019). Werden die Schätzungen für zusätzliche Sektoren mit einbezogen, steigt sie auf 17 Mrd. € (Übersicht 8). Holz ist wie erwähnt ein wichtiger Rohstoff, der auch in der Bauwirtschaft und der Energieerzeugung eine wichtige Rolle spielt. Eine große Menge Holz wird zudem auch in privaten Haushalten zur Energiegewinnung eingesetzt. Der dadurch erzielte Nutzen entzieht sich aber der Quantifizierung als Wertschöpfung und kann nur geschätzt werden.

Der Anteil des Kernbereichs des Clusters und der Branchen mit enger Verflechtung an der Gesamtwertschöpfung betrug 2005 in Summe 3,0% und zuletzt 2,6% (2019). Werden Branchen mit weniger enger Verflechtungen (etwa die Papier- und Faserherstellung, Druckereien) dazugerechnet, so steigt dieser Anteil um fast zwei Prozentpunkte (4,4% im Jahr 2019).

Innerhalb des Clusters Forst- und Holzwirtschaft verlief die Entwicklung weniger homogen als innerhalb der Wertschöpfungskette Agrargüter und Lebensmittel. In der Forstwirtschaft selbst und in mehreren damit verflochtenen Branchen nahm die reale Wertschöpfung zwischen 2005 und 2019 ab (Übersicht 9). Besonders kräftig war der Rückgang in der Herstellung von Druckerzeugnissen, wo sich die Wertschöpfung beinahe halbierte. Besonders günstig entwickelten sich dagegen die Bautischlerei und -schlosserei sowie Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke.

Übersicht 9: Nominelle und reale Wertschöpfung der einzelnen Glieder des Clusters Forst- und Holzwirtschaft

	Bruttowertschöpfung					
	2005	2019	2005/2019	2005	2019	2005/2019
	Mrd. €, nominell		Veränderung in %	Mrd. €, real ¹⁾ , zu Preisen von 2015		Veränderung in %
Kernbereich	1,86	2,62	+ 40,4	2,25	2,46	+ 9,6
A02 Forstwirtschaft	0,88	1,04	+ 19,3	1,06	0,98	- 6,9
C161 Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke	0,63	1,09	+ 72,5	0,76	1,02	+ 34,7
C1621 Herstellung von Furnier- und Holzfaserverleimungen	0,36	0,48	+ 35,4	0,43	0,46	+ 5,8
Eng verflochtene Sektoren	4,94	6,75	+ 36,7	5,95	6,35	+ 6,7
C1623 Herstellung von Ausbauelementen aus Holz	0,62	0,96	+ 55,1	0,74	0,90	+ 21,1
C171 Herstellung von Holz-, Zellstoff, Papier, Karton	0,80	1,08	+ 34,6	0,97	1,02	+ 5,1
C31 Herstellung von Möbeln	1,16	1,36	+ 17,0	1,40	1,28	- 8,7
F4391 Dachdeckerei und Zimmerei	0,90	1,25	+ 39,1	1,09	1,18	+ 8,6
F4332 Bautischlerei und -schlosserei	0,25	0,60	+ 144,0	0,30	0,56	+ 90,5
F4333 Fußboden-, Fliesenlegerei, Tapeziererei	0,50	0,76	+ 50,9	0,61	0,71	+ 17,8
Sonstige eng verflochtene Sektoren	0,70	0,74	+ 4,8	0,85	0,69	- 18,1
Weniger eng verflochtene Sektoren	5,15	6,33	+ 22,8	6,21	5,96	- 4,1
C172 Herstellung von Waren aus Papier und Pappe	0,79	0,95	+ 20,8	0,95	0,90	- 5,7
C18 Herstellung von Druckerzeugnissen	1,13	0,75	- 33,3	1,36	0,71	- 47,9
G4673 Großhandel Holz und Baustoffe	0,82	1,39	+ 69,5	0,32	0,49	+ 52,8
C206 Herstellung von Chemiefasern	0,27	0,52	+ 95,6	0,99	1,31	+ 32,3
G4759 Einzelhandel Möbel und Einrichtungsgegenstände	0,88	1,20	+ 37,1	1,06	1,13	+ 7,1
Sonstige weniger eng verflochtene Sektoren	1,27	1,51	+ 18,9	1,53	1,42	- 7,2
Cluster Forst- und Holzwirtschaft	11,95	15,69	+ 31,3	14,40	14,77	+ 2,5

Q: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik (LSE) ab 2008 – Unternehmensdaten (ÖNACE 2008), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; WIFO-Berechnungen. Daten abgerufen am 15. 7. 2021. – ¹⁾ Die nominellen Werte wurden mit dem BIP-Deflator deflatiert.

6.4 Perspektiven der Bioökonomie in Österreich

Der vorliegende Beitrag bot einen Überblick über die aktuelle Lage der österreichischen Land- und Forstwirtschaft und betrachtete diese im Kontext der Bioökonomie. Während zur Untersuchung des Primärsektors – Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und Aquakultur – auf lang etablierte statistische Konzepte zurückgegriffen werden kann, ist dies im Fall der Bioökonomie noch nicht möglich. Die Bioökonomie wird derzeit noch als ein in der Zukunft zu realisierendes Modell nachhaltigen Wirtschaftens behandelt. Dabei wird übersehen, dass bestimmte Wirtschaftsbereiche dieses Modell bereits verwirklichen und ein nicht unbedeutender Teil der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung unmittelbar von diesen Branchen abhängt. Werden die Wertschöpfung im Bereich Agrargüter und Lebensmittel und jene des Clusters Forst- und Holzwirtschaft addiert, so betrug deren Anteil an der heimischen Gesamtwertschöpfung 2019 rund 10%.

Da die in diesem Beitrag vorgestellte Zuordnung auf ganze Branchen abzielt und zum Teil auf Schätzungen beruht, ist die Quantifizierung nicht endgültig. Nicht berücksichtigt wurden etwa die Beschäftigung und Wertschöpfung in den entsprechenden Bereichen der Forschung und Entwicklung sowie in der öffentlichen Verwaltung. Zudem kann ein Teil der Abfall- und Recyclingwirtschaft ebenfalls der Bioökonomie zugeordnet werden.

In dem Maße, in dem fossile Materialien und Energieträger an Bedeutung verlieren, wird das Gewicht biogener Rohstoffe zunehmen, wenn die Transformation des Wirtschaftssystems in Richtung Klimaneutralität und Nachhaltigkeit an Tempo gewinnt. Auch wenn nicht zu erwarten ist, dass die derzeit auf fossilen Energieträgern und Materialien basierenden Wirtschaftsbereiche zur Gänze durch Bioökonomie ersetzt werden, wird dieser künftig eine höhere Bedeutung für die Volkswirtschaft zukommen als heute.

Die Bioökonomie wird in dem Maße an Bedeutung für die Volkswirtschaft gewinnen, in dem fossile Rohstoffe durch biogene Materialien ersetzt werden.

7. Literaturhinweise

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2012). *Ressourceneffizienz Aktionsplan (REAP)*.

Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, & Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (2018). *#mission 2030: Die österreichische Klima- und Energiestrategie*.

Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, & Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (2019). *Bioökonomie. Eine Strategie für Österreich*.

Charlemont, N., Kupka, C., & Mayr-Birklbauer, V. (2020). Leistungs- und Strukturstatistik 2018. *Statistische Nachrichten*, (8/2020), 613-630.

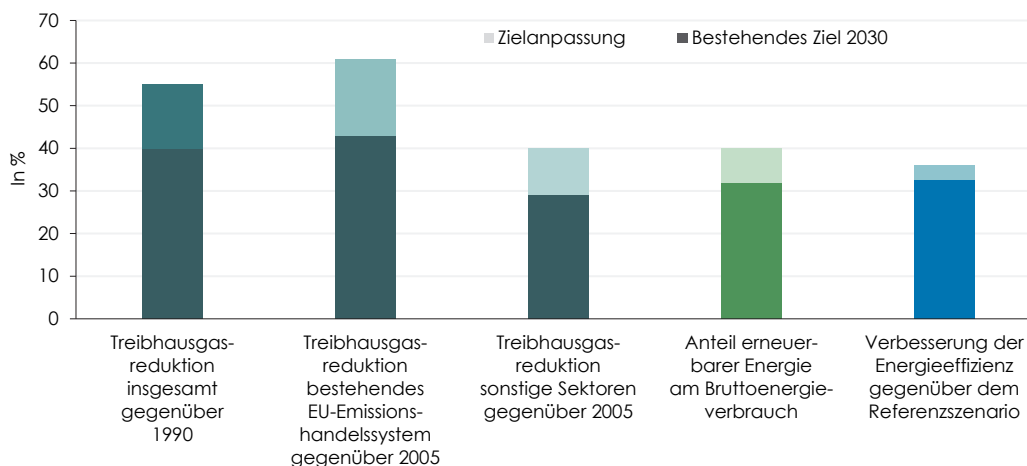
- Dieckhoff, C., Appellath, H.-J., Fishedick, M., Grunwald, A., Höfler, F., Mayer, C., & Weimer-Jehle, W. (2014). Zur Interpretation von Energieszenarien. *Schriftenreihe Energiesysteme der Zukunft*.
- Europäische Kommission, GD RTD (2012). *Innovating for Sustainable Growth. A Bioeconomy for Europe*. <https://op.europa.eu/s/suDs>.
- Eurostat (2021). Performance of the agricultural sector. *Statistics Explained*. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Performance_of_the_agricultural_sector (abgerufen am 6. 9. 2021).
- Gangelberger, E., & Sturm, T. (2014). FTI-Strategie für die biobasierte Industrie in Österreich. *Berichte aus Energie- und Umweltforschung*, (38/2014).
- OECD (2009), *The Bioeconomy to 2030: Designing a Policy Agenda*.
- Sinabell, F. (2020). "25 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs – der Agrarsektor und die Lebensmittelwirtschaft im Gemeinsamen Markt". *ÖGfE Policy Brief*, (08'2020). <https://www.oegfe.at/policy-briefs/25-jahre-eu-agrarsektor/>.
- Sinabell, F. (2020). 2019 neuerlich Einkommensrückgang in der Landwirtschaft. Österreichs Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2019 im Kontext von 25 Jahren EU-Mitgliedschaft. *WIFO-Monatsberichte*, 93(9), 673-685. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66420>.
- Sinabell, F., & Streicher, G. (2020). *Die Wertschöpfungskette von Agrargütern und Lebensmitteln in Österreich*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66355>.
- Sinabell, F., & Streicher, G. (2021). *Regionale Beschäftigung im Cluster Forst- und Holzwirtschaft in Österreich*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66984>.
- Statistik Austria (2020). *Standard-Dokumentation Metainformation. Leistungs- und Strukturstatistik*.
- Statistik Austria (2021). Landwirtschaftliche Gesamtrechnung. Ergebnisse für 2020. Stand Juli 2021. *Schnellbericht*, (1.36).
- Tschannen, A., Walker, D., Kammerhofer, A. W., Richter, K., & Sinabell, F. (2021). Strategien zur Bioökonomie in Deutschland, Österreich und der Schweiz. *Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen*, 172(1), 25-31. <https://doi.org/10.3188/szf.2021.0025>.

Fit for 55? Das neue Klima- und Energiepaket der EU

Claudia Kettner-Marx, Gerald Feichtinger

- Das neue Klima- und Energiepaket der Europäischen Kommission umfasst 13 Vorschläge zur Überarbeitung bestehender und zur Einführung neuer Regelwerke.
- Zu den wichtigsten Punkten zählen die Verschärfung der Emissionsreduktionsziele, sowohl für die im EU-ETS erfassten als auch für die übrigen Sektoren, die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus sowie die Errichtung eines separaten Emissionshandelssystems für die Bereiche Verkehr und Gebäude.
- Vorgeschlagen werden weiters eine umfassende Restrukturierung der Energiebesteuerung, eine deutliche Steigerung des Anteils erneuerbarer Energieträger und eine merkliche Reduktion des End- bzw. Primärenergieverbrauchs bis 2030 sowie die Einführung eines Klima-Sozialfonds zur Abfederung regressiver Verteilungseffekte.
- Der kurzfristige Zeithorizont bis 2030 ist sowohl für die Finalisierung des Regelwerks als auch für die Zielerreichung herausfordernd.
- Die vorgeschlagenen Maßnahmen erfordern umfassende Investitionen sowie eine EU-weite Kooperationsbereitschaft und Koordination.
- Um negative Effekte des Paketes auf vulnerable Gruppen abzufedern, sind verschiedene Kompensationsmaßnahmen geplant. Ob diese ausreichen werden, hängt von den konkreten Maßnahmen und deren Ausgestaltung ab.

Anpassungen der klima- und energiepolitischen Zielsetzungen der EU durch das "Fit for 55"-Paket



"Das von der Europäischen Kommission vorgeschlagene "Fit for 55"-Paket umfasst Reformen der wichtigsten klima- und energiepolitischen Regelwerke der EU sowie die Einführung neuer Instrumente. Es soll sicherstellen, dass die EU ihr rechtlich verbindliches Treibhausgasreduktionsziel von 55% im Jahr 2030 erreicht."

Im "Fit for 55"-Paket werden eine Aufteilung des Treibhausgasreduktionsziels der EU von 55% auf das bestehende EU-ETS und die übrigen Sektoren sowie neue Ziele für erneuerbare Energie und Energieeffizienz vorgeschlagen (Q: Europäische Kommission, 2020a, 2021a, 2021d, 2021g, 2021h).

Fit for 55? Das neue Klima- und Energiepaket der EU

Claudia Kettner-Marx, Gerald Feichtinger

Fit for 55? Das neue Klima- und Energiepaket der EU

Das "Fit for 55"-Paket der Europäischen Kommission umfasst 13 Vorschläge zur Überarbeitung bestehender und zur Einführung neuer klima- und energiepolitischer Regelwerke. Der Beitrag fasst zentrale Änderungen der Zielsetzungen für die Effort-Sharing-Sektoren, die Bereiche Energieeffizienz und erneuerbare Energien, sowie für die Bepreisung von Treibhausgasemissionen zusammen. Der kurzfristige Zeithorizont bis 2030 ist sowohl für die Finalisierung des Regelwerks als auch für die Zielerreichung herausfordernd. Die vorgeschlagenen Maßnahmen erfordern umfassende Investitionen sowie eine EU-weite Kooperationsbereitschaft und Koordination. Um negative Effekte auf vulnerable Gruppen abzufedern, sind verschiedene Kompensationsmaßnahmen geplant. Ob diese ausreichen, hängt von den konkreten Maßnahmen und deren Ausgestaltung ab.

JEL-Codes: Q48, Q58 • **Keywords:** EU, Klimapolitik, Energiepolitik

Begutachtung: Daniela Kletzan-Slamanig • **Wissenschaftliche Assistenz:** Eva Wretschitsch (eva.wretschitsch@wifo.ac.at), Katharina Köberl-Schmid (katharina.koeberl-schmid@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 25. 8. 2021

Kontakt: Dr. Claudia Kettner-Marx, MSc (claudia.kettner-marx@wifo.ac.at), Dr. Gerald Feichtinger (gerald.feichtinger@wifo.ac.at)

Fit for 55? The EU's New Climate and Energy Package

The "Fit for 55" package by the European Commission includes 13 proposals for the revision of existing and the introduction of new climate and energy policies. This article summarises key changes to the objectives for the effort sharing sectors, energy efficiency and renewable energies, as well as changes regarding the pricing of greenhouse gas emissions. The tight time horizon until 2030 will be challenging both for the finalisation of the package and for the achievement of the goals. The proposed measures require extensive investments as well as a high level of cooperation and coordination among EU member countries. Various compensation measures are planned to mitigate detrimental effects on vulnerable groups. Whether these are sufficient will depend on the specific measures and their design.

1. Einleitung

Der von der Europäischen Kommission im Jahr 2019 vorgestellte "Europäische Green Deal" ist ein Paket, mit dem sich die EU weit aus ambitioniertere Reduktionsziele als zuvor steckte. Es sieht die Erreichung der europäischen Netto-Klimaneutralität bis 2050 vor. Dieses sehr umfassende Bündel an energie- und klimapolitischen Maßnahmen wird von der Europäischen Kommission laufend evaluiert und weiterentwickelt, um die Erreichung der Klimaziele zu gewährleisten.

Am 14. Juli 2021 veröffentlichte die Kommission im Rahmen des Green Deal ein Paket von Vorschlägen, mit dem die EU ihr rechtlich verbindliches Ziel erreichen soll, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55% gegenüber 1990 zu senken (Europäische Kommission, 2020a, 2020b). Dieses "Fit for 55"-Paket umfasst Reformen der wichtigsten klima- und energiepolitischen Maßnahmen und Regelwerke der EU sowie die Einführung neuer Instrumente.

Das Paket beinhaltet 13 Vorschläge. Darin vorgesehen sind Verschärfungen im bestehenden europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS) und dessen Ausweitung auf die Schifffahrt, die Schaffung eines neuen, separaten Emissionshandelssystems für Gebäude und den Straßenverkehr, eine umfassende Restrukturierung der Energiebesteuerung, ambitioniertere Ziele zur Nutzung erneuerbarer Energieträger und zur Energieeffizienz, die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus und überarbeitete CO₂-Emissionsstandards für Neuwagen (Übersicht 1).

Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die wesentlichen Neuerungen in den Bereichen "Bepreisung" und "Zielvorgaben". Die Aktualisierung der Landnutzungsverordnung wurde dabei ausgeklammert.

Übersicht 1: Das "Fit for 55"-Paket der Europäischen Kommission

Bepreisung	Zielvorgaben	Vorschriften ¹⁾
<ul style="list-style-type: none"> • Verschärfung des Emissionshandels, auch im Luftverkehr 	<ul style="list-style-type: none"> • Aktualisierung der Lastenteilungsverordnung 	<ul style="list-style-type: none"> • Strengere CO₂-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge
<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung des Emissionshandels auf den See- und den Straßenverkehr sowie auf Gebäude 	<ul style="list-style-type: none"> • Aktualisierung der Verordnung über Landnutzung, Forstwirtschaft und Landwirtschaft¹⁾ 	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Infrastruktur für alternative Kraftstoffe
<ul style="list-style-type: none"> • Aktualisierung der Energiebesteuerungsrichtlinie 	<ul style="list-style-type: none"> • Aktualisierung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie 	<ul style="list-style-type: none"> • "ReFuelEU": nachhaltigere Flugkraftstoffe
<ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines neuen CO₂-Grenzausgleichssystems 	<ul style="list-style-type: none"> • Aktualisierung der Energieeffizienzrichtlinie 	<ul style="list-style-type: none"> • "FuelEU": umweltfreundlichere Schiffskraftstoffe
Unterstützungsmaßnahmen		
<ul style="list-style-type: none"> • Nutzung von Einnahmen und der Regulierung zur Förderung von Innovation und Solidarität und zur Abfederung der Auswirkungen auf vulnerable Bevölkerungsgruppen, insbesondere durch den neuen Klima-Sozialfonds und den erweiterten Modernisierungs- und Innovationsfonds 		

Q: Europäische Kommission (2021j). – ¹⁾ Im vorliegenden Beitrag nicht behandelt.

2. Eckpunkte des "Fit for 55"-Paketes in den Bereichen Bepreisung und Zielvorgaben

2.1 Reform des bestehenden Emissionshandelssystems

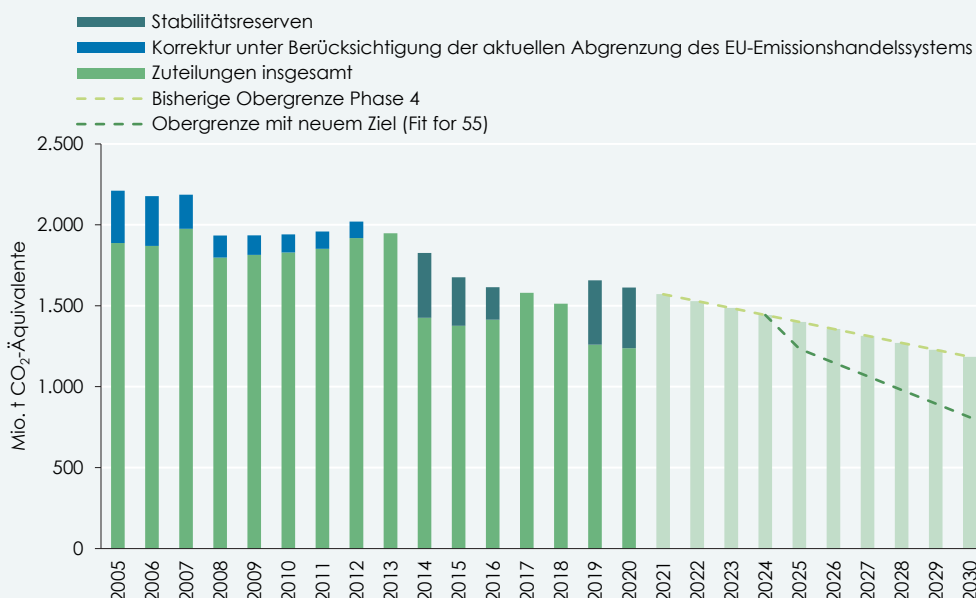
Das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) ist seit 2005 ein zentrales Instrument der europäischen Klimapolitik. Aktuell umfasst es Emissionen aus der Energiebereitstellung, der emissionsintensiven Industrie und aus dem innereuropäischen Flugverkehr. Es deckt damit rund 40% der Treibhausgasemissionen in der EU ab. Die bestehenden Regelungen für die vierte Phase des Emissionshandels (2021/2030) sollen im Rahmen des "Fit for 55"-Paketes weiter angepasst werden (Europäische Kommission, 2021a).

2.1.1 Emissionsobergrenze und Zuteilung von Zertifikaten

Die Emissionen der derzeit im EU-ETS erfassten Sektoren sollen bis 2030 stärker gesenkt werden, statt wie bisher um 43% um 61% gegenüber 2005. Um dieses Ziel zu erreichen, soll der jährliche lineare Emissionsreduktionsfaktor von 2,2% auf 4,2% erhöht werden, nachdem die Gesamtobergrenze für Emissionen einmalig um 117 Mio. Zertifikate reduziert wurde (Abbildung 1).

Das Reduktionsziel für 2030 soll erhöht werden: Die Emissionen sollen statt wie bisher um 43% um 61% gegenüber 2005 gesenkt werden.

Abbildung 1: Entwicklung der Emissionsgrenze im bestehenden Emissionshandelssystem



Q: Europäische Umweltagentur (2021), Europäische Kommission (2019a, 2020c, 2020d, 2021a). Allokation für Schifffahrt ab 2025 nicht berücksichtigt.

Um das Risiko von "Carbon Leakage" – einer Verlagerung von Produktion und Emissionen in Länder mit weniger ambitionierter Klimapolitik – zu verringern, sollen Zertifikate den betroffenen Branchen weiterhin kostenlos zugeteilt werden (auf Basis strikterer branchenspezifischer Benchmarks), wobei die Zuteilung entsprechend dem linearen Reduktionsfaktor reduziert wird. Bei Anlagen, die zur Durchführung eines Energieaudits gemäß Energieeffizienz-Richtlinie verpflichtet sind, wird die kostenlose Zuteilung nur dann in vollem Umfang gewährt, wenn die Empfehlungen des Auditberichts umgesetzt werden¹⁾. Mittelfristig soll der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (siehe Abschnitt 2.3) die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sicherstellen und die kostenlose Allokation ersetzen (Europäische Kommission, 2021a).

2.1.2 Luft- und Schifffahrt

Flüge innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) sowie Flüge in die Schweiz und das Vereinigte Königreich sollen weiterhin dem EU-ETS unterliegen. Die Gesamtzahl der Luftverkehrszertifikate im EU-ETS soll entsprechend dem linearen Reduktionsfaktor jährlich um 4,2% reduziert werden. Die Zahl der kostenlos zugeteilten Zertifikate soll dabei schrittweise verringert werden, mit dem Ziel, die kostenlose Zuteilung an den Luftverkehr mit Ende 2026 einzustellen (Europäische Kommission, 2021b). Emissionen von Flügen, die nicht vom EU-ETS erfasst werden, sollen gemäß den Vorgaben von CORSIA²⁾ kompensiert werden (Europäische Kommission, 2021c).

Auch die CO₂-Emissionen von großen Schiffen mit einer Bruttotonnage von über 5.000 t sollen künftig im EU-ETS erfasst werden, unabhängig davon, unter welcher Flagge sie fahren. CO₂-Emissionen von Fahrten, deren Start- und Zielhafen innerhalb der EU liegt, sollen zu 100%, die übrigen zu 50% erfasst werden. Die Eingliederung des Schiffsverkehrs in den Emissionshandel soll schrittweise erfolgen: 2023 sollen gemäß Kommissionsvorschlag für 20% der Emissionen Zertifikate abgegeben werden, für 2026 ist bereits eine vollständige Abdeckung vorgesehen (Europäische Kommission, 2021a).

2.1.3 Einnahmenverwendung

Der Großteil der Erlöse aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten soll weiterhin an die Mitgliedsländer fließen. Diese sollen dazu

¹⁾ Dies ist dann der Fall, wenn die Amortisationszeit für die betreffenden Investitionen fünf Jahre nicht überschreitet und die Kosten dieser Investitionen verhältnismäßig sind oder der Betreiber nachweist, dass er andere Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen durchgeführt hat, die den im Prüfbericht empfohlenen gleichwertig sind.

²⁾ Das Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation (CORSIA) ist ein (derzeit freiwilliges) Programm der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) zur Kompensation und Reduktion von

verpflichtet werden, die Auktionserlöse aus dem Emissionshandel ausschließlich für klima- und energiebezogene Maßnahmen zu verwenden, einschließlich der Unterstützung einkommensschwacher Haushalte. Der Innovationsfonds, der derzeit mit 450 Mio. Zertifikaten dotiert ist, soll um mehr als 200 Mio. Zertifikate aufgestockt werden³⁾. Der Modernisierungsfonds zur Unterstützung einkommensschwacher Mitgliedsländer, dem bisher 2% der Zertifikate des EU-ETS 2021/2030 zugewiesen wurden, soll um weitere 2,5% aufgestockt werden. Von dieser Aufstockung soll ein erweiterter Kreis an Ländern profitieren, deren BIP pro Kopf 65% des EU-Durchschnittes unterschreitet (Europäische Kommission, 2021a).

2.2 Implementierung eines neuen Emissionshandelssystems für Verkehr und Gebäude und Festlegung neuer nationaler Emissionsziele

Die Kommission schlägt vor, für die CO₂-Emissionen aus dem Straßenverkehr und Gebäuden ein neues, separates Emissionshandelssystem einzurichten. Dabei soll es sich um ein so genanntes Upstream-System handeln, d. h. die Lieferanten von Treib- und Heizstoffen sollen anstelle der direkten Emittenten am Handel teilnehmen (Europäische Kommission, 2021a). Nationale Emissionsziele für jene Sektoren, die nicht dem ursprünglichen EU-ETS unterliegen, sollen weiterhin aufrecht bleiben (Europäische Kommission, 2021d).

2.2.1 Emissionsobergrenze, Zuteilung und Einnahmenverwendung

Das neue Emissionshandelssystem soll 2025 implementiert werden, ab 2026 sollen die entsprechenden Zertifikate abgegeben werden, wobei alle Zertifikate versteigert werden sollen. 2026 sollen 130% der Zuteilung auktioniert werden ("frontloading"). Analog zum bestehenden EU-ETS soll die Emissionsobergrenze entsprechend einem linearen Reduktionsfaktor jährlich um 5,43% reduziert werden.

Die Erlöse aus dem neuen Emissionshandel sollen von den Mitgliedsländern ausschließlich für klima- und energiebezogene Projekte verwendet werden und teilweise den Innovationsfonds speisen. Zusätzlich soll im Rahmen von "Fit for 55" ein neuer "Klima-Sozialfonds" eingerichtet werden, um unerwünschte soziale Auswirkungen des

CO₂-Emissionen. Teilnehmende Unternehmen müssen im Rahmen von CORSIA den Zuwachs ihrer Emissionen seit dem Jahr 2019 kompensieren (Wozny et al., 2021).

³⁾ 50 Mio. Zertifikate sollen dem bestehenden EU-ETS entstammen und 150 Mio. dem neuen Emissionshandelssystem, das Emissionen aus dem Straßenverkehr und Gebäuden abdeckt sowie Zertifikate umfasst, die in Folge der Einführung des Grenzausgleichsmechanismus nicht mehr kostenlos zugeteilt, sondern versteigert werden sollen.

Das bestehende EU-ETS soll auf die Schifffahrt ausgedehnt und Erlöse aus dem Emissionshandel zukünftig ausschließlich für klima- und energiebezogene Maßnahmen verwendet werden.

Emissionshandels im Straßenverkehr und im Gebäudesektor auf vulnerable Gruppen (private Haushalte, Kleinunternehmen sowie Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer) abzufedern. Die für diesen Fonds bereitgestellten Mittel sollen etwa 25% der erwarteten Auktionserlöse aus dem neuen Emissionshandelssystem im Zeitraum 2026/2032 entsprechen (Europäische Kommission, 2021 a).

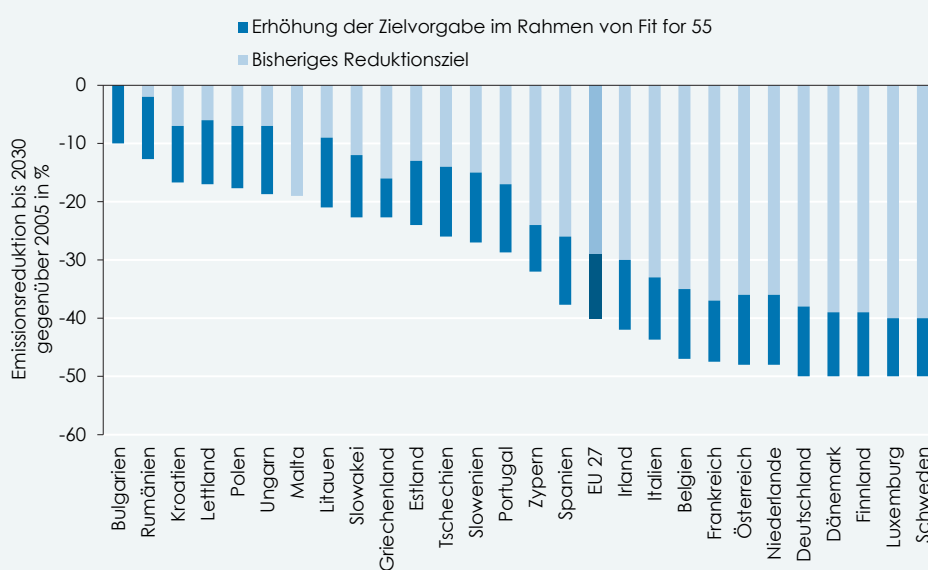
2.2.2 Verschärfung der nationalen Emissionsreduktionsziele für 2030

Ergänzend zum neuen Emissionshandel sollen für jene Sektoren, die nicht unter das ursprüngliche EU-ETS fallen, weiterhin verbindliche Emissionsreduktionsziele für die Mitgliedsländer gelten. Die einzelnen Mitglieds-

länder müssen daher weiterhin über ihre Politik zur Verringerung der Emissionen in diesen Sektoren beitragen. EU-weit sollen die Emissionen in den nicht vom EU-ETS erfassten Bereichen bis 2030 um 40% gegenüber 2005 gesenkt werden (bisheriges Ziel: 29%). Die neuen Reduktionsvorgaben für die einzelnen Mitgliedsländer sollen zwischen 10% (Bulgarien) und 50% (Deutschland, Dänemark, Finnland, Luxemburg, Schweden) liegen. Sie wurden auf Basis des Pro-Kopf-Einkommens der Länder sowie von Kosteneffizienzkriterien festgelegt. Für Österreich soll das nationale Reduktionsziel von 36% auf 48% erhöht werden (Abbildung 2). Die Mechanismen für die Erreichung der nationalen Ziele sollen weiter flexibilisiert werden (Europäische Kommission, 2021 d).

Nationale Emissionsziele für Sektoren außerhalb des ursprünglichen EU-ETS sollen weiterhin gelten; Österreichs Reduktionsziel soll von 36% auf 48% erhöht werden.

Abbildung 2: **Veränderung der nationalen Emissionsreduktionsziele für Verkehr, Gebäude und sonstigen Kleinverbrauch ("Effort-Sharing-Sektoren")**



Q: Europäische Kommission (2018a, 2021 d).

2.3 CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Boarder Adjustment Mechanism – CBAM)

Um das Risiko von Carbon Leakage im produzierenden Bereich zu reduzieren, soll ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus eingeführt werden (Europäische Kommission, 2021e). Für bestimmte Güter sollen Importeure künftig Emissionszertifikate kaufen müssen, um die im Rahmen der Produktion entstandenen Emissionen zu kompensieren. Der Preis dieser Zertifikate soll dabei dem durchschnittlichen wöchentlichen Auktionspreis der Emissionshandelszertifikate im EU-ETS entsprechen. Unterliegen die importierten Güter bereits im Ursprungsland einer CO₂-Bepreisung, soll sich die Anzahl der zu kaufenden Zertifikate entsprechend reduzieren. Das Ausmaß der abzugebenden Zertifikate soll entweder von den Importeuren individuell

nachgewiesen werden müssen oder es sollen Standardwerte herangezogen werden.

Der Grenzausgleichsmechanismus soll schrittweise eingeführt werden und zunächst nur für ausgewählte Güter gelten, bei denen ein hohes Risiko für Carbon Leakage besteht: Eisen und Stahl, Zement, Düngemittel, Aluminium und elektrischen Strom. Ab 2023 soll zunächst für diese Güter ein Berichterstattungssystem für die importierten Emissionen implementiert werden, während die Importeure ab 2026 Zertifikate in Höhe der importierten Emissionen abgeben sollen. Wird dieser Verpflichtung nicht oder nicht rechtzeitig nachgekommen, sollen – wie auch im EU-ETS – Strafzahlungen anfallen und die Zertifikate nachgekauft werden müssen.

Die Zertifikate sind bis zum 31. Mai des nachfolgenden Jahres abzugeben. Die

Der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus soll ein zentrales Instrument zur Bekämpfung von Carbon Leakage im europäischen Emissionshandel werden.

Importeure sollen dazu verpflichtet werden, Zertifikate im Ausmaß von mindestens 80% der im jeweiligen Quartal importierten Emissionen zu halten. Zertifikate im Rahmen des CBAM sollen nach zwei Jahren ihre Gültigkeit verlieren. Haben Unternehmen zu viele Zertifikate gekauft, sollen bis zu einem Drittel der gekauften Zertifikate zurückgegeben werden können, wobei der Kaufpreis erstattet wird.

Die Einnahmen aus dem CBAM sollen als Eigenmittel für den EU-Haushalt genutzt werden, wie in der interinstitutionellen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission im Dezember 2020 festgelegt (ABl. L 433I vom 22. 12. 2020).

2.4 Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie

In der EU werden seit 2003 durch die Energiesteuerrichtlinie Mindeststeuersätze für die verschiedenen Energieträger definiert, wobei zwischen Energieträgern, Einsatzbereich (Heizen, Transport, Sonstiges) und Nutzungsart (gewerblich, nichtgewerblich) unterschieden wird. Die tatsächlich geltenden Energiesteuersätze unterscheiden sich jedoch stark zwischen den einzelnen Mitgliedsländern und liegen in vielen Fällen deutlich über den Mindeststeuersätzen von 2003 (siehe Kettner und Kletzan-Slamanič, 2017). Im Jahr 2010 gab es Bestrebungen der Kommission, die Energiesteuerrichtlinie zu reformieren und die Mindeststeuersätze auf Basis des Energiegehaltes und der CO₂-Intensität der Energieträger zu überarbeiten. Diese Pläne scheiterten aber am Widerstand einzelner Mitgliedsländer. Im Rahmen des "Fit for 55"-Paketes legte die Kommission einen neuen Vorschlag für eine Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie vor (Europäische Kommission, 2021f).

2.4.1 Änderung der Steuerstruktur

Die Besteuerung soll grundsätzlich auf Basis des Energiegehaltes der Energieträger erfolgen, wobei je nach Verwendungszweck drei Kategorien unterschieden werden: allgemeine Treibstoffe, Treibstoffe, die in der Land- und Forstwirtschaft, in Standmotoren, Baufahrzeugen u. Ä. sowie in Offroadfahrzeugen eingesetzt werden, und Heizstoffe. Innerhalb von zehn Jahren sollen die Steuersätze auf allgemeine Treibstoffe auf 10,75 € je GJ (zu realen Preisen) angehoben bzw. vereinheitlicht werden, für die anderen beiden Kategorien soll der Steuersatz auf 0,9 € je GJ steigen. Für fortgeschrittene klimafreundliche Energieträger sollen jeweils reduzierte Sätze gelten, für elektrischen Strom – unabhängig vom Verwendungszweck – der niedrigste Steuersatz von 0,15 € je GJ zur Anwendung kommen (Übersicht 2). Zusätzlich sollen alle Mindeststeuersätze jährlich automatisch an den Kernindex der

Verbraucherpreise (ohne Energie und Nahrungsmittel) angepasst werden. Im Gegensatz zur bestehenden Energiesteuerrichtlinie sieht der Vorschlag auch vor, dass Energieträger, für die ein gleicher Mindeststeuersatz vorgegeben wird, gleich besteuert werden, was ein Ende des "Dieselprivilegs" – also der geringeren Besteuerung von Diesel gegenüber Benzin – bedeuten würde. Zudem soll die Rangfolge der Steuersätze eingehalten werden müssen: Nicht nachhaltige Energieträger sind daher laut Kommissionsvorschlag höher zu besteuern als nachhaltige. Für elektrischen Strom und fortgeschrittene biogene Brenn- und Treibstoffe haben die niedrigsten Steuersätze zu gelten (Europäische Kommission, 2021f).

2.4.2 Ausweitung der Steuerbasis

Für den innergemeinschaftlichen Luftverkehr sollen zukünftig die Energiesteuerbefreiungen entfallen und der Steuersatz innerhalb einer Übergangsphase von zehn Jahren auf das Niveau der übrigen fossilen Treibstoffe angehoben werden. Die Steuerbefreiung für Treibstoff, der für reine Frachtflüge verwendet wird, soll jedoch weiterhin bestehen bleiben. Treibstoff für die innergemeinschaftliche Schifffahrt einschließlich Fischerei soll ebenfalls besteuert werden. Um das Risiko für Carbon Leakage gering zu halten, soll für Schiffstreibstoffe derselbe ermäßigte Steuersatz wie z. B. in der Landwirtschaft gelten. So soll vermieden werden, dass Schiffe, die für Fahrten innerhalb der EU eingesetzt werden, mit Treibstoff von außerhalb der EU betankt werden. Für nachhaltige Kraftstoffe ist im Übergangszeitraum keine Besteuerung vorgesehen (Europäische Kommission, 2021f).

2.4.3 Ausnahmen

Elektrischer Strom aus erneuerbaren Energieträgern oder hoch-effizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) soll von den Mitgliedsländern von der Besteuerung ausgenommen oder niedriger besteuert werden dürfen. Zudem soll in bestimmten Bereichen eine Reduktion der Steuersätze möglich sein, z. B. für Energieträger, die in KWK, im öffentlichen Verkehr oder in Einsatzfahrzeugen eingesetzt werden, für armutsgefährdete Haushalte (deren Einkommen weniger als 60% des Medianeinkommens beträgt) und gemeinnützige Organisationen. Ausnahmen sollen weiters für die Land- und Forstwirtschaft, für energieintensive Betriebe sowie für Unternehmen erlaubt sein, die bereits anderen Regelungen zur Energieeffizienzsteigerung oder zum Umweltschutz unterliegen. Solche reduzierten Steuersätze sollen jedoch nicht die vorgegebenen Mindeststeuersätze unterschreiten dürfen. Alternativ zur Reduktion sollen vulnerable Haushalte für einen Zeitraum von zehn Jahren von der Besteuerung ausgenommen werden können (Europäische Kommission, 2021f).

Die Besteuerung von Energieträgern soll nach Nutzungsart und Nachhaltigkeitskriterien vereinheitlicht werden.

Steuerbefreiungen für die Luft- und Schifffahrt sollen entfallen.

Übersicht 2: Mindeststeuersätze auf ausgewählte Energieträger laut Vorschlag der Europäischen Kommission und derzeitige Steuersätze in Österreich

	Für die Neufassung der Energiesteuerrichtlinie vorgeschlagene Mindeststeuersätze				Derzeit in Österreich geltende Steuersätze
	Nicht indexiert		Indexiert		
	Beginn des Übergangszeitraumes (2023)	Ende des Übergangszeitraumes (2033)	Beginn des Übergangszeitraumes (2023)	Ende des Übergangszeitraumes (2033)	
	In € je GJ				In € je GJ
Treibstoffe					
Benzin	10,75	10,75	11,53	13,25	15,20
Dieselmotoren	10,75	10,75	11,53	13,25	11,43
Kerosin	10,75	10,75	11,53	13,25	
Nicht nachhaltige Biotreibstoffe	10,75	10,75	11,53	13,25	
Flüssiggas	7,17	10,75	7,68	13,25	11,98
Erdgas	7,17	10,75	7,68	13,25	1,66
Nicht erneuerbarer Wasserstoff	7,17	10,75	7,68	13,25	
Nachhaltige Biotreibstoffe (nicht fortgeschritten)	5,38	5,38	5,76	6,63	
CO ₂ -arme Treibstoffe	0,15	5,38	0,16	6,63	
Kerosin (Luffahrt)	0	10,75	0	13,25	
Treibstoffe für die Landwirtschaft, stationäre Motoren und die See- und Binnenschifffahrt sowie Brennstoffe					
Dieselmotoren	0,9	0,9	0,97	1,11	3,14 ¹⁾
Schweres Heizöl	0,9	0,9	0,97	1,11	1,64 ²⁾
Kohle und Koks	0,9	0,9	0,97	1,11	1,7 ¹⁾
Kerosin	0,9	0,9	0,97	1,11	
Nicht nachhaltige Biotreibstoffe, flüssige Biobrennstoffe und feste Biobrennstoffe (Holz und Pellets)	0,9	0,9	0,97	1,11	
Flüssiggas	0,6	0,9	0,64	1,11	1,97 ¹⁾
Erdgas	0,6	0,9	0,64	1,11	1,66
Nicht erneuerbarer Wasserstoff	0,6	0,9	0,64	1,11	
Nachhaltige Biotreibstoffe, flüssige Biobrennstoffe und feste Biobrennstoffe (Holz und Pellets)	0,45	0,45	0,48	0,55	
CO ₂ -arme Brenn- und Treibstoffe	0,15	0,45	0,16	0,55	
Elektrischer Strom und fortgeschrittene biogene Brenn- und Treibstoffe					
Elektrischer Strom	0,15	0,15	0,16	0,18	4,17
Fortgeschrittene biogene Brenn- und Treibstoffe	0,15	0,15	0,16	0,18	

Q: Erdgasabgabegesetz, Mineralölsteuergesetz, Europäische Kommission (2021f). – 1) Derzeitiger Steuersatz für private Haushalte und Dienstleistungen. – 2) Derzeitiger Steuersatz für Industrie.

2.5 Erneuerbare-Energien-Richtlinie

2.5.1 Allgemeine Zielsetzungen

Die Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III)⁴⁾ verschärft die durch die bestehende Fassung (EU) 2018/2001 (RED II) festgesetzten Ziele, was den Anteil erneuerbarer Energie im europäischen Energiesystem betrifft. Als neues verbindliches Unionsziel wurde ein Anteil erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch von 40% bis zum Jahr 2030 vorgeschlagen. Gemäß RED II beträgt dieser Zielwert bisher 32%. Die Anhebung soll sicherstellen, dass das primäre Emissionsreduktionsziel der EU – die Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55% gegenüber 1990 – tatsächlich

erreicht wird (Europäische Kommission, 2018b). Die überarbeitete Zielsetzung zum Anteil erneuerbarer Energieträger gilt als gemeinsames Unionsziel, wobei für den Zeitraum 2021 bis 2030 die verpflichtenden Ziele der einzelnen Mitgliedsländer für das Jahr 2020 als Untergrenze festgelegt werden sollen (Europäische Kommission, 2021g). Abbildung 3 zeigt eine exemplarische und auf Ebene der einzelnen Mitgliedsländer unverbindliche Hochrechnung des neuen sowie des derzeit gültigen Unionsziels bis 2030⁵⁾, die aktuellen und von der Europäischen Kommission genehmigten Ausbaupläne der Mitgliedsländer bis 2030⁶⁾ sowie die für die Mitgliedsländer verbindlichen nationalen Zielsetzungen für das Jahr 2020⁷⁾.

Eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energieträger am Gesamtenergieverbrauch auf 40% erfordert umfassende sektorübergreifende Maßnahmen.

⁴⁾ Renewable Energy Directive III.

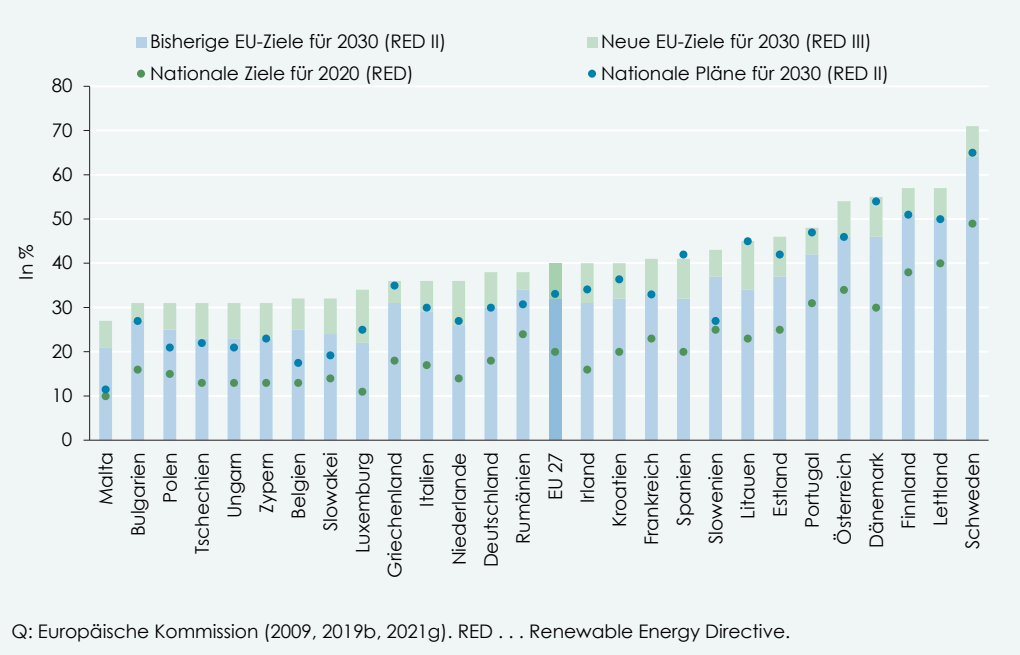
⁵⁾ Für das Jahr 2030 ist ausschließlich das gemeinsame Unionsziel verbindlich.

⁶⁾ Die Werte basieren auf den "Nationalen Energie- und Klimaplänen" (NEKP), die von den

Mitgliedsländern unter der aktuell gültigen RED-II-Richtlinie zur Genehmigung eingereicht wurden (Europäische Kommission, 2021g).

⁷⁾ Diese dürfen im Zeitraum 2021 bis 2030 nicht unterschritten werden.

Abbildung 3: Vergleich der Zielvorgaben der Erneuerbare-Energien-Richtlinien (RED) zur Steigerung des Anteils erneuerbarer Energieträger am Gesamtenergieverbrauch bis 2030



Die Mitgliedsländer sollen im Zuge der Überarbeitung der Richtlinie dazu verpflichtet werden, der Europäischen Kommission ab 2023 zweijährliche Fortschrittsberichte zur Prüfung vorzulegen. Ab dem Jahr 2025 soll zudem die Verpflichtung bestehen, zumindest ein Projekt gemeinsam mit zumindest einem anderen EU-Mitgliedsland umzusetzen. Seitens der Europäischen Kommission wurde dazu bereits mit der Verordnung 2020/1294 ein Finanzierungsmechanismus für erneuerbare Energien⁸⁾ umgesetzt, der ab dem Jahr 2021 für alle Mitgliedsländer sowie für private Investoren verfügbar ist (Europäische Kommission, 2020e).

2.5.2 Sektorale Zielsetzungen

Die Überarbeitung der bestehenden Biomasse-Strategien soll primär zu einer möglichst effizienten Nutzung der festen Biomasse-Ressourcen beitragen, durch Aufbau eines Biomasse-Rohstoffmarktes einen fairen Zugang zu diesen Ressourcen gewährleisten und die Entwicklung einer biologischen Kreislaufwirtschaft mit einem Fokus auf feste Biomasse⁹⁾ ermöglichen.

Im Gebäudesektor soll der Anteil erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch bis 2030 auf 49% erhöht werden. Dies soll insbesondere im Bereich der Raumwärme durch eine verstärkte Elektrifizierung (u. a. durch die Integration von Wärmepumpen oder Photovoltaikanlagen), die Nutzung von erneuerbarer Wärme (u. a. Geothermie,

⁸⁾ Dieser Finanzierungsmechanismus soll sicherstellen, dass der unionsweite Ausbau erneuerbarer Energieträger kosteneffizient und unter Berücksichtigung der nationalen Potentiale erfolgt, um die Zielvorgaben bis 2030 zu erreichen. Die Zurechnung der dadurch

Umgebungswärme oder Solarthermie) sowie durch Verwendung von Fernwärme und Fernkälte erreicht werden. Im Bereich Heizung und Kühlung soll der Anteil erneuerbarer Energie jährlich um 1,1% steigen. Im Zuge dessen soll eine kontinuierliche Integration von effizienten, auf erneuerbaren Quellen basierenden Anlagen im Bereich der Fernwärme und -kälte vorangetrieben werden. Dazu sollen die Mitgliedsländer den Anteil erneuerbarer Energieträger in diesem Bereich jährlich um 2,1% statt wie bisher um 1% steigern.

Der Anteil erneuerbarer Energie am Gesamtenergiebedarf der Industrie soll jährlich um 1,1% wachsen. Diese Zielsetzungen sollen durch neue Anreize für die Entwicklung und Kennzeichnung von nachhaltigen Produkten, eine Forcierung der Elektrifizierung von Produktionsprozessen (u. a. durch Elektroöfen) sowie eine verstärkte Integration erneuerbarer Energieträger im Bereich Heizung und Kühlung erreicht werden.

Im Transportwesen ist ein umfassendes Maßnahmenbündel zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie vorgesehen. Im Zuge dessen sollen Treibstoffhersteller bzw. -lieferanten zu einer Reduktion der Treibhausgasintensität um 13% verpflichtet werden (unter Berücksichtigung des internationalen Flug- und Seeverkehrs). Ergänzend dazu soll bis 2030 der Anteil fortgeschrittener Biotreibstoffe auf 2,2% des Gesamtbedarfs erhöht werden. Jener von Wasserstoff und wasser-

erzielten Steigerung des Anteils erneuerbarer Energieträger erfolgt aliquot zum Umfang der Investitionsbeteiligung.

⁹⁾ Dazu zählen etwa Sägeholz, Furnierholz, Stümpfe, Wurzeln oder Qualitätsrundholz.

stoffbasierten Treibstoffen soll schrittweise auf 2,6% des Gesamtbedarfs steigen. Die Nutzung erneuerbarer Elektrizität im Transportsektor soll durch Einführung eines Kreditmechanismus verbessert werden: Jene Marktteilnehmer, die Strom aus erneuerbaren Quellen über Ladestationen zur Verfügung stellen, sollen "Credits" erhalten. Diese Credits können an Treibstoffhersteller bzw. -lieferanten verkauft werden, damit diese ihre definierte Zielsetzung erfüllen können.

2.6 Energieeffizienzrichtlinie

2.6.1 Allgemeine Zielsetzungen

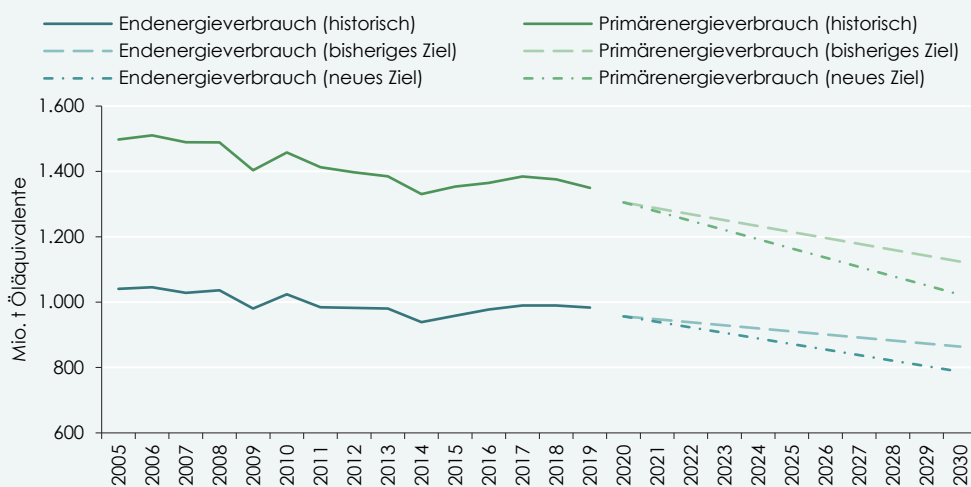
Die Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie (EER; Europäische Kommission, 2021h) untermauert die Relevanz von Energieeffizienzmaßnahmen zur Erreichung der europäischen Klimaneutralität bis 2050. Gemäß vorliegendem Vorschlag sollen der Endenergiebedarf und der Primärenergiebedarf der EU bis 2030 im Vergleich zum derzeit gültigen Reduktionsziel (32,5% bis 2030¹⁰), Europäische Kommission, 2018c) um weitere 9% verringert werden; das entspricht einer Reduktion des End- bzw. Primärenergieverbrauchs um 36% bzw. 39% bis 2030¹¹). Um diese Zielvorgabe zu erreichen, dürfte der End- bzw. Primärenergiebedarf der EU 2030 höchstens 786 bzw. 1.023 Mio. t Öläquivalent betragen, statt rund 864 bzw. 1.124 Mio. t Öläquivalent

laut der bislang gültigen EER. Im Vergleich zum Jahr 2005 ergäbe sich dadurch eine Verringerung des Endenergieverbrauchs um 25% (derzeit 17%) und des Primärenergieverbrauchs um 32% (derzeit 25%; Abbildung 4). Die Mitgliedsländer sollen ab 2025 dazu verpflichtet werden, der Europäischen Kommission alle vier Jahre Fortschrittsberichte zur Prüfung vorzulegen. Ergänzend soll die Kommission dazu verpflichtet werden, die überarbeitete EER ab 2027 alle fünf Jahre zu evaluieren.

Die Verteilung der zusätzlichen Reduktionsverpflichtungen auf die Mitgliedsländer soll anhand einer neuen Berechnungsmethode erfolgen und nationale Faktoren wie etwa die individuelle Einsparungsverpflichtung, die Energieintensität, das BIP pro Kopf und das jeweilige Energiesparpotential berücksichtigen. Um das verschärfte Unionsziel sektorübergreifend zu realisieren, sollen alle Mitgliedsländer¹²) im Zeitraum 2021 bis 2023 (bisher 2030) einheitlich zu jährlichen Energieeinsparungen im Ausmaß von 0,8% im Vergleich zum Durchschnitt der Periode 2016 bis 2018 verpflichtet werden. Für die Jahre 2024 bis 2030 beträgt die jährliche Vorgabe 1,5% im Vergleich zum Durchschnitt der Periode 2017 bis 2019. Die bereits umgesetzten nationalen Fonds, die der Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz¹³) dienen, sollen mit Blick auf die neuen Zielvorgaben höher dotiert werden¹⁴).

Umfassende Energieeffizienzmaßnahmen in den Bereichen Gebäude und Verkehr erfordern begleitende Maßnahmen, die unerwünschte, vulnerable Gruppen betreffende Verteilungswirkungen abmildern.

Abbildung 4: Entwicklung der Ziele der EU zum End- und Primärenergieverbrauch bis 2030



Q: Eurostat, Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (2019), Europäische Kommission (2018c, 2021h), WIFO-Berechnungen.

¹⁰) Für das Jahr 2030 im Vergleich zum Referenzszenario 2007.

¹¹) Für das Jahr 2030 im Vergleich zum neuen Referenzszenario 2020.

¹²) Für Malta und Zypern galt bisher eine reduzierte Einsparungsverpflichtung von jährlich 0,24%. Diese Vergünstigung fällt ab dem Jahr 2024.

¹³) Dazu zählen in Österreich u. a. der Klima- und Energiefonds, die Umweltförderung im Inland sowie

weitere nationale und regionale Unterstützungsschemata (BMNT, 2019; BMWFW, 2017).

¹⁴) Die Mittelaufstockung erfolgt durch "freiwillige" Beiträge des jeweiligen Mitgliedslandes, sofern dieses vom geplanten Einsparungspfad abweicht, sowie durch Einnahmen aus der Versteigerung von Zertifikaten des neuen Emissionshandelssystems für die Bereiche Gebäude und Transport.

2.6.2 Sektorale Zielsetzungen

Im öffentlichen Sektor soll der Endenergiebedarf in der Periode 2021 bis 2030 jährlich um 1,7% im Vergleich zu einer noch zu definierenden Periode reduziert werden. Die verpflichtende jährliche Renovierungsrate von 3% der öffentlichen Gebäude mit einer Nutzfläche ab 250 m² soll auf alle Körperschaften öffentlichen Rechts des jeweiligen Mitgliedslandes ausgedehnt werden. Derzeit gilt diese Vorgabe nur für öffentliche Gebäude im Besitz von Körperschaften der zentralen Regierungen. Außerdem soll das Prinzip "Energy Efficiency First" verpflichtend in allen öffentlichen Ausschreibungen verankert werden¹⁵⁾.

Für den Bereich Nah-, Fernwärme und -kälte sollen neue Kriterien für die Definition von effizienten Heiz- und Kühlsystemen festgelegt werden. Dadurch soll der Anteil erneuerbarer Energie in Heiz- und Kühlsystemen zwischen 2025 und 2050 schrittweise auf 60% erhöht werden. Die Verwendung anderer Energiequellen soll auslaufen.

Im Zuge der europäischen Digitalisierungsstrategie wird bis 2030 ein deutlicher Anstieg des Energiebedarfs der Informations- und Kommunikationstechnologie prognostiziert, insbesondere aufgrund des Verbrauchs von Rechenzentren innerhalb der EU (Europäische Kommission, 2020f). Daher sollen Nachhaltigkeitsindikatoren zum Energie- und Wasserbedarf solcher Datenverarbeitungszentren definiert werden, um zeitgerecht und nach eigenem Ermessen geeignete Energieeffizienzmaßnahmen umsetzen zu können.

Alle Betreiber von Verteil- und Übertragungsnetzen sollen dazu verpflichtet werden, zur Reduktion bestehender Netzverluste geeignete Energieeffizienzmaßnahmen umzusetzen und diese Maßnahmen bzw. Fortschritte laufend zu melden. Die Regulierungs-

behörden sollen bestehende Netztarife beiseitigen, die der Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen hinderlich sein könnten.

Ergänzend sind alle EU-Mitgliedsländer dazu angehalten, rechtzeitig Energieeffizienzmaßnahmen für vulnerable Gruppen umzusetzen und zu bewerben.

2.7 Finanzierung und Abfederung regressiver Verteilungseffekte

Die Umsetzung des "Fit for 55"-Paketes erfordert ein beträchtliches Investitionsvolumen¹⁶⁾ und kann – nicht zuletzt aufgrund des neuen Emissionshandelsystems für die Bereiche Gebäude und Verkehr – zu regressiven Verteilungseffekten führen, wenn keine entsprechenden Maßnahmen zur Unterstützung vulnerabler Gruppen getroffen werden. Seitens der EU werden für die Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft in verschiedenen Unterstützungsfonds zur Förderung von Energieeffizienz- und Dekarbonisierungsmaßnahmen Finanzmittel bereitgestellt. Dazu zählen der Mehrjährige Finanzrahmen, die Aufbau- und Resilienzfazilität (vgl. Feichtinger et al., 2021), der Innovations- und der Modernisierungsfonds des EU-ETS und auch der im Zuge der Umsetzung des "Fit for 55"-Paketes neu geschaffene und mit über 144 Mrd. € dotierte "Klima-Sozialfonds"¹⁷⁾, der Investitionen im Gebäude- und Transportsektor unterstützen und unerwünschte Verteilungseffekte abfedern soll. Weitere Mittel für die "Grüne Transformation" werden seitens der Europäischen Union über InvestEU, den Just Transition Fund und die Programme LIFE und Horizont Europa bereitgestellt. Die Mitgliedsländer sollen zudem Einnahmen aus den beiden Emissionshandelsystemen zur Unterstützung vulnerabler Gruppen und zur Finanzierung von energie- und klimapolitischen Maßnahmen verwenden (siehe die Abschnitte 2.1 und 2.2).

3. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Das von der Europäischen Kommission am 14. Juli 2021 vorgestellte Paket "Fit for 55" stellt eine Diskussionsgrundlage für ein Regelwerk zur Erreichung des Emissionsreduktionsziels von 55% im Jahr 2030 dar. Es ist davon auszugehen, dass einzelne Punkte oder Vorschläge des Paketes im Zuge von Verhandlungsprozessen der EU noch adaptiert werden¹⁸⁾. Der kurzfristige Zeithorizont bis 2030 ist sowohl in Hinblick auf die Finalisierung des Regelwerks als auch auf die Zielerreichung

eine Herausforderung. Die vorgeschlagenen Maßnahmen und Instrumente erfordern umfassende Investitionen in das Energiesystem sowie eine EU-weite Kooperationsbereitschaft und Koordination der Mitgliedsländer.

Die Einführung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus ist in Politik und Forschung umstritten, da das Risiko von Konflikten mit Handelspartnern besteht und die Auswirkungen auf die klimapolitischen Anstrengungen

Der kurzfristige Zeithorizont bis 2030 ist sowohl für die Finalisierung des Regelwerks als auch für die Zielerreichung herausfordernd.

¹⁵⁾ Die nationalen Energie- und Klimapläne sollen zukünftig um die Einsparungsergebnisse des öffentlichen Sektors ergänzt werden.

¹⁶⁾ Laut "Climate Target Plan Impact Assessment" sind für die Erreichung des Treibhausgasreduktionsziels von 55% im Zeitraum 2021/2030 durchschnittliche jährliche Investitionen in das Gesamtenergiesystem von 401 Mrd. € bis 438 Mrd. € erforderlich (ohne den Bereich Transport). Dazu kommen noch Investitionen für die Fit-for-55-Policies (Europäische Kommission, 2021h).

¹⁷⁾ Die Dotierung des Fonds wird jeweils zur Hälfte von der EU und den Mitgliedsländern getragen. Ein Änderungsantrag zur Anpassung des laufenden EU-Finanzrahmens 2021/2027 wird von der Europäische Kommission gesondert eingebracht.

¹⁸⁾ Dies gilt insbesondere für den Beschluss der Reform der Energiesteuerrichtlinie, da auf EU-Ebene Einstimmigkeit in Steuerfragen erforderlich ist.

anderer Länder ungewiss sind. Darüber hinaus würden durch den derzeitigen Vorschlag zwar gleiche Wettbewerbsbedingungen am europäischen Markt geschaffen, die europäische Exportwirtschaft würde aber nicht davon profitieren (z. B. Droege und Fischer, 2020; Marcu et al., 2021; Bierbrauer et al., 2021; Zachmann und McWilliams, 2020)¹⁹⁾.

Die Effort-Sharing-Verordnung wird sich mit dem neuen Emissionshandelssystem für Gebäude und Verkehr überschneiden²⁰⁾. Dadurch ist in den betroffenen Sektoren ein Ausgleich der Kosten der Emissionsreduktion, der gemäß der ökonomischen Theorie zum Kostenoptimum führt, durch das neue Emissionshandelssystem nicht möglich. Die Europäische Kommission (2021i) argumentiert jedoch, dass ein Festhalten an den nationalen Reduktionszielen für die Bereiche Verkehr und Gebäude notwendig sei, da in diesen Bereichen preisbasierte Instrumente durch flankierende Maßnahmen ergänzt werden müssten, etwa durch Investitionen in Infrastruktur, die Gebäudesanierung oder die Förderung emissionsfreier Fahrzeuge. Dadurch könnten Investitionsentscheidungen erleichtert und unerwünschte Effekte der CO₂-Bepreisung minimiert werden.

Die Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie aus dem Jahr 2003 war schon lange auf der Agenda der Europäischen Kommission, da insbesondere die Struktur der Steuersätze den aktuellen Herausforderungen der Energie- und Klimapolitik nicht gerecht wird. Die geltenden Regelungen senden kein kohärentes Preissignal. Da die Steuersätze derzeit nicht laufend angepasst werden, sind sie real rückläufig. Die Reform der Energiesteuerrichtlinie würde diese Defizite beseitigen. Dabei muss allerdings darauf geachtet werden, potentielle negative Effekte auf vulnerable Haushalte abzufedern. Reduzierte Energiesteuersätze bzw. Ausnahmen von der Besteuerung können derartige Effekte allenfalls kurzfristig abschwächen. Mittel- bis langfristig ist eine "Grüne Transformation" durch Investitionen in klimafreundliche Gebäude und Mobilität sicherzustellen.

Die präsentierten Zielsetzungen sind eine deutliche Verschärfung der bisherigen Ziele.

Der bereits von der Europäischen Kommission vorgestellte und umgesetzte Vorschlag eines Finanzierungsmechanismus für den Ausbau erneuerbarer Energieträger²¹⁾ soll innerhalb der EU einen Anreiz schaffen, um unionsweit den kosteneffizienten Ausbau entsprechend der wirtschaftlich-technischen Ausbaupotentiale zu unterstützen. Der Vorschlag zur Etablierung einer umfassenden, nachhaltigen Kreislaufwirtschaft, u. a. für holzartige Biomasse ("Bio-Ökonomie"), ergänzt die ambitionierten Umsetzungsziele. Eine nachhaltige Etablierung dieser Kreislaufwirtschaft erfordert jedenfalls eine breitere Diskussion über soziale Aspekte (u. a. die Schaffung von Arbeitsplätzen, vermehrte Landnutzung), Maßnahmen zur Steigerung der Kooperationsbereitschaft entlang der Wertschöpfungsketten und die Berücksichtigung von negativen Effekten durch die stufenweise Nutzung von Biomasse-Ressourcen in Endprodukten (Stegmann et al., 2020; Johnson et al., 2021). Der flächendeckende Ausbau der Infrastruktur für Nah-, Fernwärme und -kälte ist herausfordernd und bedarf eines Entwicklungsprozesses unter Einbeziehung der lokal angesiedelten Industrie und der Energiegemeinschaften.

Für die Einhaltung des angestrebten Emissionsreduktionspfades sind EU-weit umfassende Bemühungen unerlässlich, den Energieverbrauch der Endenergienutzer zu reduzieren. Dabei gibt es vielfach Komplementaritäten. Beispielsweise ist die im Transportbereich geplante Reduktion der Treibhausgasintensität sehr eng mit den überarbeiteten Emissionsstandards für Fahrzeuge und Transporter, aber auch mit der Einführung des neuen Emissionshandelssystems verknüpft. Umfassende Energieeffizienzmaßnahmen senken nicht nur mittel- und langfristig die Energiekosten, sie reduzieren auch die Importabhängigkeit der EU im Bereich der Primärenergieträger und stärken somit die Resilienz des Industriestandortes.

Um unbeabsichtigte Nebenfolgen für vulnerable Bevölkerungsgruppen oder Unternehmen zu vermeiden, werden verschiedene Kompensationsmaßnahmen angedacht. Ob diese ausreichen werden, hängt von den konkreten Maßnahmen und deren Ausgestaltung ab.

¹⁹⁾ Bierbrauer et al. (2021) weisen darauf hin, dass ein EU-Grenzausgleichsmechanismus ein indirektes Carbon Leakage aufgrund sinkender Preise für fossile Energieträger nicht verhindern könnte und schlagen als Alternative die Gründung eines "Klima-Clubs" durch die EU, die USA und andere gleichgesinnte Länder vor. Ein solcher Zusammenschluss könnte sich auf einen gemeinsamen CO₂-Mindestpreis und einen CO₂-

Grenzausgleichsmechanismus gegenüber Drittländern einigen.

²⁰⁾ Ähnliches war bereits in der Vergangenheit zu beobachten, z. B. in Hinblick auf die Effort-Sharing-Verordnung und die CO₂-Vorgaben für neue Pkw.

²¹⁾ Dieser stellt neben nationalen Maßnahmen und Kooperationsmechanismen (Europäische Kommission, 2009) die dritte Säule zur Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energieträger dar.

4. Literaturhinweise

- Amtsblatt der Europäischen Union, L 433I, 22. 12. 2020.
- Bierbrauer, F., Felbermayr, G., Ockenfels, A., Schmidt, K. M., & Südekum, J. (2021). A CO₂-Border Adjustment Mechanism as a Building Block of a Climate Club. *Kiel Policy Brief*, (151).
- Bundesgesetz, mit dem eine Abgabe auf die Lieferung und den Verbrauch von Erdgas eingeführt wird (Erdgasabgabegesetz), BGBl. Nr. 201/1996 idF BGBl. I Nr. 103/2019.
- Bundesgesetz, mit dem die Mineralölsteuer an das Gemeinschaftsrecht angepaßt wird (Mineralölsteuergesetz 1995), BGBl. Nr. 630/1994 idF BGBl. I Nr. 104/2019.
- Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus – BMNT (2019). *Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich. Periode 2021-2030*. https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/at_final_necp_main_de.pdf.
- Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft – BMWFW (2017). *Zweiter Nationaler Energieeffizienzaktionsplan der Republik Österreich 2017 gemäß Energieeffizienzrichtlinie 2012/27/EU*. https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/at_neeap_2017_de.pdf.
- Droege, S., & Fischer, C. (2020). Pricing carbon at the border: Key questions for the EU. *ifo DICE Report*, 18(01), 30-34.
- Europäische Kommission (2009). *Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG*.
- Europäische Kommission (2018a). *Verordnung (EU) 2018/842 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021 bis 2030 als Beitrag zu Klimaschutzmaßnahmen zwecks Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013*.
- Europäische Kommission (2018b). *Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung)*.
- Europäische Kommission (2018c). *Richtlinie (EU) 2018/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Änderung der Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz*.
- Europäische Kommission (2019a). *Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Bericht über das Funktionieren des CO₂-Marktes der EU*. COM(2019) 557 final/2.
- Europäische Kommission (2019b). *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Vereint für Energieunion und Klimaschutz – die Grundlage für eine erfolgreiche Energiewende schaffen*. COM(2019) 285 final.
- Europäische Kommission (2020a). *Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1999 (Europäisches Klimagesetz)*. COM(2020) 563 final.
- Europäische Kommission (2020b). *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Mehr Ehrgeiz für das Klimaziel Europas bis 2030. In eine klimaneutrale Zukunft zum Wohl der Menschen investieren*. COM(2020) 562 final.
- Europäische Kommission (2020c). *Beschluss (EU) 2020/1722 der Kommission vom 16. November 2020 über die unionsweite Menge der im Rahmen des EU-Emissionshandelsystems für 2021 zu vergebenden Zertifikate*. COM(2020) 7704.
- Europäische Kommission (2020d). *Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Bericht über das Funktionieren des CO₂-Marktes der EU*. COM(2020) 740 final.
- Europäische Kommission (2020e). *Durchführungsverordnung (EU) 2020/1294 der Kommission vom 15. September 2020 über den Finanzierungsmechanismus der Union für erneuerbare Energie*.
- Europäische Kommission (2020f). *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Gestaltung der digitalen Zukunft Europas*. COM(2020) 67 final.
- Europäische Kommission (2021 a). *Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council amending Directive 2003/87/EC establishing a system for greenhouse gas emission allowance trading within the Union, Decision (EU) 2015/1814 concerning the establishment and operation of a market stability reserve for the Union greenhouse gas emission trading scheme and Regulation (EU) 2015/757*. COM(2021) 551 final.
- Europäische Kommission (2021 b). *Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council amending Directive 2003/87/EC as regards aviation's contribution to the Union's economy-wide emission reduction target and appropriately implementing a global market-based measure*. COM(2021) 552 final.
- Europäische Kommission (2021 c). *Proposal for a Decision of the European Parliament and of the Council amending Directive 2003/87/EC as regards the notification of offsetting in respect of a global market-based measure for aircraft operators based in the Union*. COM(2021) 567 final.
- Europäische Kommission (2021 d). *Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EU) 2018/842 on binding annual greenhouse gas emission reductions by Member States from 2021 to 2030 contributing to climate action to meet commitments under the Paris Agreement*. COM(2021) 555 final.
- Europäische Kommission (2021 e). *Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council establishing a carbon border adjustment mechanism*. COM(2021) 564 final.

- Europäische Kommission (2021f). *Proposal for a Council Directive restructuring the Union framework for the taxation of energy products and electricity (recast)*. COM(2021) 563 final.
- Europäische Kommission (2021g). *Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council amending Directive (EU) 2018/2001 of the European Parliament and of the Council, Regulation (EU) 2018/1999 of the European Parliament and of the Council and Directive 98/70/EC of the European Parliament and of the Council as regards the promotion of energy from renewable sources, and repealing Council Directive (EU) 2015/652*. COM(2021) 557 final.
- Europäische Kommission (2021h). *Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council on energy efficiency (recast)*. COM(2021) 558 final.
- Europäische Kommission (2021i). *Fragen und Antworten – Lastenteilungsverordnung und Verordnung über Landnutzung, Forstwirtschaft und Landwirtschaft*. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/QANDA_21_3543 (abgerufen am 20. 8. 2021).
- Europäische Kommission (2021j). *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. "Fit für 55": auf dem Weg zur Klimaneutralität – Umsetzung des EU-Klimaziels für 2030*. COM(2021) 550 final.
- Europäische Umweltagentur (2021). *EU Emissions Trading System (ETS) data*. <https://www.eea.europa.eu/data-and-maps/dashboards/emissions-trading-viewer-1>.
- Eurostat. *Complete energy balances [nrg_bal_c]*. https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nrg_bal_c.
- Feichtinger, G., Kettner-Marx, C., Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A., Meyer, I., Sinabell, F., & Sommer, M. (2021). Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2021. Sonderthema: Umwelt- und Klimamaßnahmen im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan. *WIFO-Monatsberichte*, 94(7), 513-530. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/67373>.
- Johnson, C., Ruiz Sierra, A., Dettmer, J., Sidiropoulou, K., Zicmane, E., Canalis, A., Llorente, P., Paiano, P., Mengal, P., & Puzolo, V. (2021). The Bio-Based Industries Joint Undertaking as a catalyst for a green transition in Europe under the European Green Deal. *EFB Bioeconomy Journal*, 1. <https://doi.org/10.1016/j.bioeco.2021.100014>.
- Kettner, C., & Kletzan-Slamanig, D. (2017). Carbon taxation in EU Member States: evidence from the transport sector. In Weishaar St. E., Kreiser, L., Milne, J. E., Ashiabor, H., & Mehling, M. (Hrsg.). *The Green Market Transition. Carbon Taxes, Energy Subsidies and Smart Instrument Mixes* (Band 19, 17-29). Edward Elgar.
- Marcu, A., Mehling, M., & Cosbey, A. (2021). Border Carbon Adjustments in the EU. Sectoral Deep Dive. *Roundtable on Climate Change and Sustainable Transition*. <https://ercst.org/border-carbon-adjustments-in-the-eu/>.
- Stegmann, P., Londo, M., & Junginger, M. (2020). The circular bioeconomy: Its elements and role in European bioeconomy clusters. *Resources, Conservation & Recycling: X*, 6. <https://doi.org/10.1016/j.rcrx.2019.100029>.
- Wozny, F., Scheelhaase, J., Grimme, W., & Maertens, S. (2021). CORSIA – A Feasible Second Best Solution? *Discussion Paper Series, German Aerospace Center – Institute of Air Transport and Airport Research*. <https://elib.dlr.de/141745/>.
- Zachmann, G., & McWilliams B. (2020). A European carbon border tax: much pain, little gain. *Policy Contribution*, 05. Bruegel. <https://www.bruegel.org/2020/03/a-european-carbon-border-tax-much-pain-little-gain/>.

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung österreichischer Unternehmen zu ihrer wirtschaftlichen Lage und deren Entwicklung in den nächsten Monaten. Ziel ist es, mit möglichst geringem Aufwand für die Befragten die aktuelle und bevorstehende Entwicklung der österreichischen Wirtschaft zu erfassen. Die Ergebnisse werden zwölfmal pro Jahr jeweils vor dem Ende des Monats der Erhebung veröffentlicht. Sie liegen damit wesentlich früher vor als Daten der amtlichen Konjunkturstatistik. So sind die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für einen bestimmten Monat rund zwei Monate vor der Veröffentlichung des vorläufigen Wertes und rund drei Monate vor der Publikation des ersten Wertes des Produktionsindex verfügbar.

Pro Monat nehmen rund 1.600 Unternehmen mit mehr als 200.000 Beschäftigten freiwillig am WIFO-Konjunkturtest teil. An dieser Stelle sei den Unternehmen gedankt, ohne ihre Mitwirkung wäre der WIFO-Konjunkturtest nicht möglich.

9/2021 Konjunkturdynamik stabilisiert sich in den meisten Bereichen, Rückgänge in Gastronomie und Tourismus. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom September 2021

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Die Konjunkturbeurteilungen der österreichischen Unternehmen blieben im September zuversichtlich, allein in Gastronomie und Tourismus zeigte sich ein stärkerer Rückgang, der auf die vierte Welle der COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist. Der WIFO-Konjunkturklimaindex notierte bei 17,1 Punkten (saisonbereinigt) und damit um 0,5 Punkte unter dem Wert des Vormonates (17,6 Punkte). Die Erwartungen der Unternehmen deuten darauf hin, dass sich die Konjunkturdynamik im Herbst in den meisten Wirtschaftsbereichen trotz Pandemie und Lieferengpässen weiterhin stabil entwickeln dürfte.

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67987>

Frühere Ausgaben

Sonderausgabe 2/2021 Erwartungen bezüglich Geschäftstätigkeit, Beeinträchtigungen und Liquidität in der vierten COVID-19-Welle. Ergebnisse der sechsten Sonderbefragung zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom August 2021

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67941>

8/2021 Aufschwung verliert an Dynamik, Indizes bleiben auf hohem Niveau. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom August 2021

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67451>

7/2021 Konjunkturaufschwung stabilisiert sich. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2021

Werner Hölzl, Julia Bachtrögler-Unger, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67179>

6/2021 Konjunkturaufschwung verfestigt sich. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Juni 2021

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67247>

5/2021 Konjunktur nimmt Fahrt auf. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Mai 2021

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67179>

4/2021 Konjunktüreinschätzungen verbessern sich merklich. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom April 2021

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67122>

<https://www.wifo.ac.at/themen/wifo-konjunkturtest/wifo-konjunkturtest>

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusentwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2018	2019	2020	2020		2021			2021				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
OECD insgesamt	5,5	5,4	7,2	7,7	7,0	6,7	6,6	6,7	6,6	6,7	6,5	6,4	6,2
USA	3,9	3,7	8,1	8,8	6,8	6,2	5,9	6,2	6,0	6,1	5,8	5,9	5,4
Japan	2,4	2,4	2,8	3,0	3,0	2,8	2,9	2,9	2,6	2,8	3,0	2,9	2,8
Euro-Raum	8,2	7,6	7,9	8,5	8,2	8,1	8,0	8,1	8,1	8,2	8,0	7,8	7,6
Belgien	6,0	5,4	5,6	6,2	5,9	6,6	6,5	6,7	6,8	6,7	6,5	6,2	5,9
Deutschland	3,4	3,2	3,9	4,1	4,1	3,9	3,7	3,9	3,8	3,8	3,7	3,7	3,6
Irland	5,8	5,0	5,8	7,0	6,3	7,4	7,0	7,5	7,7	7,4	7,0	6,7	6,5
Griechenland	19,3	17,3	16,4	16,7	16,1	16,5	15,8	16,3	16,8	17,1	15,6	14,8	14,6
Spanien	15,3	14,1	15,5	16,5	16,2	15,6	15,3	15,7	15,4	15,5	15,4	15,0	14,3
Frankreich	9,0	8,4	8,0	8,9	8,0	8,0	8,2	8,1	8,1	8,3	8,3	8,0	7,9
Italien	10,7	10,0	9,3	10,0	9,8	10,1	9,8	10,1	10,0	10,2	9,9	9,4	9,3
Luxemburg	5,5	5,6	6,7	6,8	6,4	6,4	6,1	6,4	6,3	6,3	6,2	5,9	5,7
Niederlande	3,8	3,4	3,8	4,5	4,1	3,6	3,3	3,6	3,5	3,4	3,3	3,2	3,1
Österreich	5,2	4,8	6,1	6,5	6,3	7,0	6,7	7,0	6,7	7,1	6,7	6,2	6,2
Portugal	7,2	6,7	7,1	8,1	7,2	6,8	6,9	6,9	6,6	7,0	7,0	6,8	6,6
Slowakei	6,6	5,7	6,7	7,1	7,1	7,1	6,9	7,1	7,2	7,0	6,9	6,7	6,6
Finnland	7,4	6,7	7,8	8,5	8,1	8,0	8,1	8,0	7,6	8,5	8,2	7,7	7,8
Tschechien	2,2	2,0	2,5	2,8	3,1	3,3	3,1	3,2	3,4	3,3	3,1	2,8	2,8
Ungarn	3,6	3,3	4,1	4,3	4,2	4,4	4,1	4,5	3,9	4,5	3,9	4,0	4,3
Polen	3,9	3,3	3,2	3,3	3,3	3,8	3,8	3,9	4,0	3,9	3,8	3,6	3,4
Schweiz	4,7	4,4	4,8	5,0	5,1	-	-	-	-	-	-	-	-

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2018	2019	2020	2020		2021		2021					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Konjunkturdaten¹⁾													
Produktion ²⁾													
Bauwesen insgesamt	+ 6,3	+ 7,3	- 3,1	- 1,5	- 1,8	+ 9,7	.	+29,3	+44,4	+22,4	.	.	.
Hochbau	+ 9,1	+ 9,6	- 5,0	- 4,8	- 2,8	+12,7	.	+38,3	+45,8	+15,9	.	.	.
Tiefbau	- 3,7	+ 5,9	- 3,2	- 0,1	- 4,5	+ 9,2	.	+27,7	+51,5	+19,2	.	.	.
Baunebengewerbe ³⁾	+ 7,7	+ 6,2	- 1,9	+ 0,3	- 0,4	+ 8,0	.	+24,6	+41,5	+28,3	.	.	.
Auftragsbestände	+16,3	+ 4,8	- 0,4	+ 1,0	+ 3,5	+ 9,6	.	+13,4	+18,7	+18,6	.	.	.
Auftragsgänge	+11,4	- 1,7	+ 0,0	+ 0,9	+ 7,1	+38,4	.	+58,8	+49,2	+24,8	.	.	.
Arbeitsmarkt													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 3,4	+ 3,8	- 0,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 6,8	+ 7,4	+17,8	+10,1	+ 7,4	+ 4,9	+ 2,6	+ 3,3
Arbeitslose	- 9,8	- 8,6	+29,9	+39,3	+18,8	- 8,3	-37,0	-48,0	-42,5	-36,9	-28,7	-23,7	-21,2
Offene Stellen	+48,0	+10,5	+ 2,2	- 0,7	+ 4,9	+ 7,8	+28,9	+44,3	+39,4	+26,2	+22,8	+25,6	+30,7
Baupreisindex													
Hoch- und Tiefbau	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,8	+ 0,8
Hochbau	+ 3,8	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,7	+ 0,8
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,7	+ 0,7
Sonstiger Hochbau	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,8	+ 0,8
Tiefbau	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,8

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). Ab 2020: vorläufig. – ²⁾ Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – ³⁾ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauintallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2018	2019	2020	2020		2021		2021					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Nettoumsätze nominell	+ 3,7	+ 1,2	- 5,3	- 1,0	- 3,4	+ 3,5	+22,3	-15,9	- 0,2	+27,1	+33,8	+17,3	+17,6
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 2,1	+ 0,6	-10,7	+ 0,6	- 1,3	+17,7	+35,6	-18,7	+ 2,0	+89,4	+82,8	+27,9	+14,4
Großhandel	+ 4,9	+ 0,9	- 7,0	- 4,8	- 5,8	+ 1,1	+26,7	-13,5	- 1,6	+16,9	+31,8	+24,1	+24,5
Einzelhandel	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,1	+ 4,8	- 0,5	+ 2,1	+10,6	-18,5	+ 1,0	+25,3	+21,4	+ 4,0	+ 8,3
Nettoumsätze real ¹⁾	+ 1,3	+ 0,6	- 4,8	- 0,5	- 3,2	+ 1,1	+15,4	-16,5	- 2,1	+21,8	+27,7	+10,3	+10,3
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 0,7	- 1,2	-12,5	- 1,3	- 3,1	+15,7	+32,7	-20,2	+ 0,5	+86,2	+78,7	+25,3	+11,9
Großhandel	+ 2,1	+ 0,6	- 5,3	- 2,8	- 5,0	- 3,0	+15,5	-14,7	- 4,7	+ 9,2	+22,0	+12,4	+12,6
Einzelhandel	+ 0,3	+ 1,2	- 0,2	+ 4,3	- 0,5	+ 2,1	+ 8,6	-18,1	+ 1,3	+24,7	+20,7	+ 1,5	+ 5,9
Beschäftigte ²⁾	+ 1,3	+ 0,2	- 1,7	- 0,9	- 1,4	- 1,1	+ 2,4	- 2,7	- 2,4	+ 1,8	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,8
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 2,2	+ 0,9	- 1,8	- 1,0	- 1,7	- 1,5	+ 0,9	- 3,1	- 2,9	+ 1,5	+ 2,0	+ 0,8	- 0,2
Großhandel	+ 2,0	+ 0,9	- 1,5	- 1,3	- 1,7	- 1,5	+ 1,3	- 2,5	- 2,2	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,1
Einzelhandel	+ 0,8	- 0,4	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 0,8	+ 3,4	- 2,8	- 2,3	+ 2,8	+ 4,1	+ 3,5	+ 2,5

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – ¹⁾ Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – ²⁾ Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2018	2019	2020	2020		2021		2021					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Privater Konsum	+ 1,1	+ 0,8	- 8,2	- 3,6	- 9,5	- 7,0	9,5						
Dauerhafte Konsumgüter	+ 1,1	- 0,4	+ 2,1	13,4	10,8	23,0	28,1						
In % des persönlichen verfügbaren Einkommens													
Sparquote ¹⁾	7,8	8,2	14,5	11,3	14,5	15,2	.						
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)													
Konsumklimaindikator	+ 0,9	- 2,7	-10,1	- 9,2	-13,1	-10,1	- 4,1	- 5,9	- 8,0	- 2,3	- 2,0	- 0,3	- 0,3
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	- 1,2	+ 1,9	- 2,3	- 5,7	- 6,2	- 8,0	- 8,1	- 7,1	-11,0	- 5,8	- 7,6	- 5,5	- 2,4
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 3,4	+ 6,2	+ 0,4	+ 1,5	- 2,2	+ 0,4	+ 4,7	+ 3,1	+ 5,4	+ 3,3	+ 5,5	+ 4,6	+ 5,7
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	+13,0	- 4,9	-22,2	-16,7	-30,0	-21,6	± 0,0	-13,0	-14,6	+ 5,0	+ 9,6	+10,2	+ 8,5
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	-11,5	-14,0	-16,3	-15,8	-14,0	-11,1	-13,0	- 6,7	-11,9	-11,6	-15,4	-10,4	-13,0

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2018	2019	2020	2020		2021		2021						
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	
													Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Güterverkehr														
Verkehrsleistung														
Straße	+ 1,1	+ 1,7	- 0,9	+ 2,2	- 0,5	+ 9,9
Schiene	- 1,9	- 0,4	- 5,7	- 7,2	+ 4,3	- 6,0
Luftfahrt ¹⁾	+ 4,6	- 4,6	- 26,6	- 34,1	- 25,9	- 9,0	.	+ 5,0	+ 57,3	+ 43,0
Binnenschifffahrt	- 28,4	+ 20,7	- 10,2	- 15,4	+ 0,1	- 8,4	.	+ 8,8
Lkw-Fahrleistung ²⁾	+ 5,6	+ 0,9	- 4,6	- 2,5	+ 1,3	+ 5,0	+ 22,6	+ 20,2	+ 36,5	+ 16,7	+ 16,5	+ 5,0	.	.
Neuzulassungen Lkw ³⁾	+ 10,6	+ 1,5	- 17,1	+ 6,6	+ 4,0	+ 32,7	+125,7	+129,5	+ 91,0	+ 77,5	+ 197,9	+ 30,6	+ 69,5	.
Personenverkehr														
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	- 3,5	- 3,4	- 24,5	- 17,6	- 4,2	+ 16,2	+ 22,0	+177,1	+ 98,7	+ 11,3	- 2,3	- 19,7	- 15,2	.
Bahn (Personenkilometer)	+ 4,7	+ 0,8	- 44,6
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	+ 9,7	+ 14,0	- 74,3	- 80,0	- 90,4	- 90,6	.	- 78,6	+2.042,2	+1.827,8
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei														
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 3,1	+ 1,6	- 3,8	- 2,8	- 5,5	- 5,1	+ 0,8	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,3	- 0,7	- 0,5	.
Arbeitslose	- 6,8	- 1,0	+ 52,0	+ 53,0	+ 42,4	+ 11,6	- 34,1	- 25,0	- 33,3	- 34,6	- 34,4	- 32,4	- 29,8	.
Offene Stellen	+ 34,6	+ 6,0	- 31,4	- 38,6	- 30,9	- 20,0	+ 61,1	+ 14,4	+ 28,4	+ 62,6	+ 93,2	+107,1	+107,3	.
Kraftstoffpreise														
Dieselmotorkraftstoff	+ 10,5	- 1,4	- 12,8	- 14,4	- 15,7	- 3,5	+ 17,8	+ 6,8	+ 13,0	+ 19,8	+ 20,8	+ 20,7	.	.
Normalbenzin	+ 7,5	- 2,0	- 12,4	- 15,3	- 14,4	- 2,6	+ 20,5	+ 7,9	+ 15,9	+ 22,7	+ 23,0	+ 23,5	.	.

Q: Statistik Austria; BMK; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2018	2019	2020	2020		2021		2021						
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu. In %	II. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	
Geld- und Kapitalmarktzinssätze														
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Taggeldsatz	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Dreimonatszinssatz	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Sekundärmarktrendite Bund														
Benchmark	0,7	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,1	0,0	- 0,0	0,1	0,0	- 0,1	.	.
Umlaufgewichtete Durchschnittstrendite	0,3	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,3	.
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute														
An private Haushalte														
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	3,9	3,7	4,2	4,1	3,9	4,2	4,4	.	.
Für Wohnbau: über 10 Jahre	2,3	1,9	1,5	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,3	1,4	1,4	.	.
An nichtfinanzielle Unternehmen														
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,7	1,7	1,6	1,6	1,6	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	.	.
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,3	1,2	1,3	1,5	1,3	1,4	1,0	1,3	1,4	1,4	1,3	1,5	.	.
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen														
In Yen	1,5	1,5	1,4	1,2	1,8	1,4	1,2	1,2	1,3	1,2	1,2	1,2	.	.
In Schweizer Franken	1,0	1,0	1,0	1,2	1,1	1,2	1,1	1,1	0,9	0,9	1,1	1,2	.	.
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute														
Einlagen von privaten Haushalten														
Bis 1 Jahr	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	.	.
Über 2 Jahre	0,6	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	.	.
Spareinlagen von privaten Haushalten														
Bis 1 Jahr	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	.	.
Über 2 Jahre	0,6	0,5	0,4	0,5	0,4	0,6	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5	.	.
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %														
Einlagen und Kredite														
Einlagen insgesamt	+ 5,4	+ 3,7	+ 8,6	+ 5,6	+ 6,9	+ 8,6	+ 7,6	+ 6,1
Spareinlagen	- 0,0	+ 0,3	+20,0	- 0,6	- 0,1	+20,0	+21,2	+22,0
Einlagen ohne Bindung	.	+ 6,4	+13,5	+ 8,8	+11,7	+13,5	+12,5	+11,3
Einlagen mit Bindung	.	- 1,8	- 2,2	- 1,1	- 3,1	- 2,2	- 3,3	- 6,0
Forderungen an inländische Nichtbanken														
	+ 4,9	+ 4,4	+ 3,8	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,6

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2018	2019	2020	2020		2021		2021					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,9	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,8	+ 3,2
Verbraucherpreisindex	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,2
Ohne Saisonwaren	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,2
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 1,5	+ 1,0	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,3	+ 0,2	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,9	+ 3,3
Bekleidung und Schuhe	+ 0,5	+ 0,8	- 0,1	+ 0,5	- 0,6	- 0,8	+ 2,2	- 1,6	+ 0,0	+ 2,3	+ 4,2	+ 2,4	+ 2,9
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,6
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 2,2	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 2,5	+ 0,5	+ 1,3	+ 2,9	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,2
Gesundheitspflege	+ 2,2	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,3
Verkehr	+ 2,9	+ 0,2	- 1,7	- 2,6	- 2,9	+ 0,7	+ 5,1	+ 3,6	+ 3,5	+ 5,4	+ 6,5	+ 8,1	+ 9,2
Nachrichtenübermittlung	- 2,8	- 3,1	- 3,0	- 1,9	- 1,7	- 3,6	- 2,4	- 3,1	- 2,6	- 2,2	- 2,4	- 2,9	- 3,2
Freizeit und Kultur	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1
Erziehung und Unterricht	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1
Restaurants und Hotels	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,4	+ 3,3	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,8	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,7
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2
Großhandelspreisindex	+ 4,2	+ 0,0	- 4,1	- 4,5	- 3,5	+ 2,3	+ 10,8	+ 6,9	+ 8,7	+ 10,9	+ 11,2	+ 12,1	+ 12,0
Ohne Saisonprodukte	+ 4,3	- 0,1	- 4,3	- 4,8	- 3,7	+ 2,1	+ 10,9	+ 6,8	+ 8,9	+ 11,0	+ 11,5	+ 12,3	+ 12,1

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauningner@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariflöhne

	2018	2019	2020	2020		2021		2021					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9
Angestellte	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Die Werte für das Jahr 2018 beruhen auf dem Tariflohnindex 2006, alle übrigen Werte auf dem Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2018	2019	2020	2020		2021		2021					
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 5,0	+ 4,4	- 1,7	- 6,5	- 1,5	- 0,7	- 2,3						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 4,5	+ 4,5	.										
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 2,7	+ 2,9	+ 0,6	- 1,3	+ 0,4	+ 1,4	- 0,1						
Netto	+ 2,2	+ 2,9	.										
Netto, real ²⁾	+ 0,2	+ 1,4	.										
Herstellung von Waren³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 6,3	+ 4,1	- 1,0	- 3,0	- 2,7	+ 0,5	- 0,5	+ 1,6	- 2,0	- 0,9	+ 1,3	+ 7,6	+ 6,4
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,7	+ 2,5	+ 0,1	- 1,6	- 1,2	+ 2,2	+ 0,9	+ 3,5	- 0,2	+ 0,7	+ 2,0	+ 7,2	+ 5,8
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 2,9	+ 2,9	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,1	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,1	+ 4,5	+ 1,8	- 1,1	+ 5,2	+ 2,4
Bauwesen³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 7,3	+ 8,4	+ 4,0	- 1,1	+ 4,4	+ 5,4	+ 5,1	+ 6,8	- 0,5	+ 3,0	+ 12,5	+ 18,7	+ 12,5
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,6	+ 3,2	+ 2,3	- 1,2	+ 1,9	+ 3,2	- 0,4	+ 5,4	- 1,7	+ 0,6	- 0,3	+ 9,3	+ 6,0
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,5	- 0,5	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,3	- 4,3	+ 3,2	+ 2,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut ESVG 2010. Stand Ende Mai 2021. – ²⁾ Referenzjahr 2015. – ³⁾ Konjunkturerhebung (Primärerhebung). – ⁴⁾ Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

11/2020 Wirtschaftsentwicklung im III. Quartal von Nachholeffekten geprägt • COVID-19-Pandemie bestimmt weiterhin Konjunkturbeurteilung der Unternehmen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2020 • COVID-19-Krise stoppt dynamische Expansion im Tourismus • EU und Mercosur – Auswirkungen eines Abbaus von Handelsschranken und Aspekte der Nachhaltigkeit

12/2020 Zweiter COVID-19-Lockdown dämpft Wirtschaftsleistung • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft • Die ökonomischen Auswirkungen einer Erhöhung der Gleichstellung von Frauen und Männern • Die Entwicklung der Nachfrage nach Gütertransportleistungen in Österreich zwischen 1995 und 2015. Ergebnisse einer Input-Output-Analyse

1/2021 Österreichs Wirtschaftspolitik in COVID-19-Zeiten und danach. Eine Einschätzung zur Jahreswende 2020/21 • Kompensation hoher Wertschöpfungseinbußen. Prognose für 2020 bis 2022 • 2020 Einbruch der Investitionen der Sachgütererzeugung – 2021 leichte Erholung erwartet. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2020 • Bundeshaushalt und Staatsschuld in der COVID-19-Krise. Bundesvoranschlag 2021 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2021 bis 2024 • Der Beitrag der Konjunkturbelebung zur Transformation. Einordnung von Maßnahmen der Bundesländer

2/2021 Wirtschaftsentwicklung weiterhin träge • Zweite COVID-19-Welle bestimmt Konjunkturbeurteilung der Unternehmen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2021 • COVID-19-Krise führt zu tiefer Rezession im europäischen Bauwesen. Euroconstruct-Prognose bis 2023 • COVID-19-Krise dämpft die Innovationstätigkeit österreichischer Unternehmen. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Dezember 2020 • Ökonomische Wirkung von Interventionen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in Österreich seit 1995 • Indikatoren zum österreichischen Energiesystem

3/2021 Wirtschaftsaktivität in Österreich bleibt stark beeinträchtigt • Europäische Wirtschaftspolitik in der COVID-19-Krise. Zwischen Rettungspaketen und Maßnahmen zur Konjunkturbelebung • Selbständig Erwerbstätige in Österreich. Struktur, Einkommen und Betroffenheit von der COVID-19-Krise • Importwettbewerb mit China. Auswirkungen auf das Wachstum der Unternehmensproduktivität in der EU • Die Breitbandförderung des Bundes 2015/2018. Ergebnisse der zweiten Zwischenevaluierung des Programmes Breitband Austria 2020

4/2021 Editorial • Verzögerte Erholung bei erneutem Lockdown. Prognose für 2021 und 2022 • Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021 bis 2025 • Stärkster BIP-Einbruch seit 1945. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2020 • Geldpolitik und Kreditwesen in der COVID-19-Krise • Der europäische COVID-19-Aufbauplan

5/2021 Konjunkturaussichten verbessern sich • Konjunktüreinschätzungen verbessern sich, Lieferengpässe hemmen die Produktion. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2021 • Der österreichische Arbeitsmarkt im Zeichen der COVID-19-Pandemie • COVID-19-Krise – Aufholprozess nach tiefem Einbruch im Frühjahr 2020. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2020

6/2021 Zügige Konjunkturerholung zeichnet sich ab • Regionale Konjunkturentwicklung im Zeichen der COVID 19-Krise. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2020 • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt, digitale Skills und Infrastrukturausstattung in Zeiten von COVID-19 • Unternehmerische Unsicherheit und wirtschaftspolitische Risikofaktoren in der COVID-19-Krise. Ergebnisse des Updates der WIFO-Industriebefragung vom Sommer 2020

7/2021 Kräftiger Konjunkturaufschwung in Österreich. Prognose für 2021 und 2022 • Deutliche Erholung der Investitionen der Sachgütererzeugung von der COVID-19-Krise. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2021 • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2021. Sonderthema: Umwelt- und Klimamaßnahmen im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan • BERIO – Ein kleinräumiges Input-Output- und Emissionsmodell der österreichischen Wirtschaft

8/2021 Aufschwung der heimischen Wirtschaft hält an, Dynamik erreicht jedoch bald Plafond • Mittel-, Ost- und Südosteuropa auf dem Weg der Erholung von der COVID-19-Krise • Konjunktüreinschätzungen verbessern sich weiter, Lieferengpässe und Arbeitskräftemangel hemmen die Produktion. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2021 • COVID-19-Krise ließ Cash-Flow-Marge in der heimischen Sachgütererzeugung 2020 erneut sinken

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

Andreas Brandstetter, Renate Brauner, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Markus Gratzner, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Gerhard K. Humpeler, Johann Kalliauer, Christoph Klein, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Günther Platter, Walter Rothensteiner, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Rainer Seele, Michael Strugl, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walsler, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

Leitung

Leiter: em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt

Stellvertretende Leiterin und Leiter:

Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD, Mag. Dr. Jürgen Janger, MSc, Mag. Alexander Loidl

Ökonominnen und Ökonomen

Johannes Amann, Julia Bachtröglger-Unger, Susanne Börenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Elisabeth Christen, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Ulrike Famira-Mühlberger, Gerald Feichtinger, Marian Fink, Matthias Firgo, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Ina Meyer, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Andreas Reinstaller, Silvia Rocha-Akis, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman, Lukas Schmoigl, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulentinnen und Konsulenten

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. Dr. Ingrid Kubin, Vorständin des Instituts für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien

Mag.^a Maria Kubitschek, Stellvertretende Direktorin und Bereichsleiterin Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Harald Waiglein, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner und Goldene Förderer

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, Österreichische Hoteliervereinigung, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG

WIFO Associates

Jarko Fidmuc, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugerell

Wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten

Anna Albert, Elisabeth Arnold, Anna Brunner, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Andrea Grabmayer, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner, Eva Wretschitsch

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Bettina Bambas, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Michaela Gaber, Lucia Glinsner, Claudia Hirschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klotz, Gwendolyn Kremser, Thomas Leber, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppl-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Gabriele Schober, Kristin Smeral, Eva Sokoll, Klara Stan, Karin Syböck, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Michaela Zinner-Doblhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen